Antifaschistisches Info Blatt

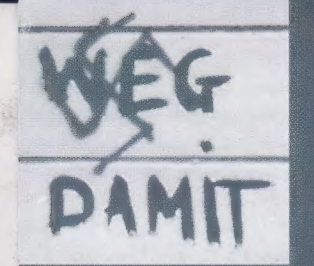
Antifaschistisches info Blatt

Mai 2005 | 3,10 Euro

VERGESSEN
VERSCHWEIGEN

AIB-Spezial – Erinnerungskultur in Deutschland

VEREINNAHMEN



Inhalt

AIB 67 Mai · 2005

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Diese Ausgabe wurde gefördert von:





Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus erscheint das Antifaschistische Infoblatt mit einer Ausgabe, die sich ausschließlich dem Thema Erinnerungspolitik in Deutschland zuwendet.

Seit den ersten Ausgaben unseres Blattes, Ende der 80er Jahre, wandten wir uns neben der Analyse aktueller Entwicklungen der extremen Rechten immer wieder der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner faschistischen Nebenströmungen zu. Unser Bezugspunkt für die heutige antifaschistische Arbeit und den Kampf gegen Rechtsextremismus war und ist dabei die kritische Reflektion der antifaschistischen Traditionen der sozialdemokratischen und revolutionären Arbeiter/innenbewegung ebenso, wie die des bürgerlichen Antifaschismus. Dank der kritisch-solidarischen, politisch nicht immer konfliktfreien, Begleitung unserer Arbeit durch antifaschistische Widerstandskämpfer/innen und Überlebende der NS-Herrschaft, sind wir um viele weitergegebene Erfahrungen und Einsichten reicher. Die Authentizität ihrer Zeitzeugenschaft ist nicht zu ersetzen. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Gespräche zwischen Widerstandskämpfer/innen und jüngeren antifaschistischen Aktivist/innen, auch aus unserer Redaktion. Hieraus ist das Interview mit Peter Gingold entstanden, dessen Gesprächsfaden wir gerne aufnehmen wollen.

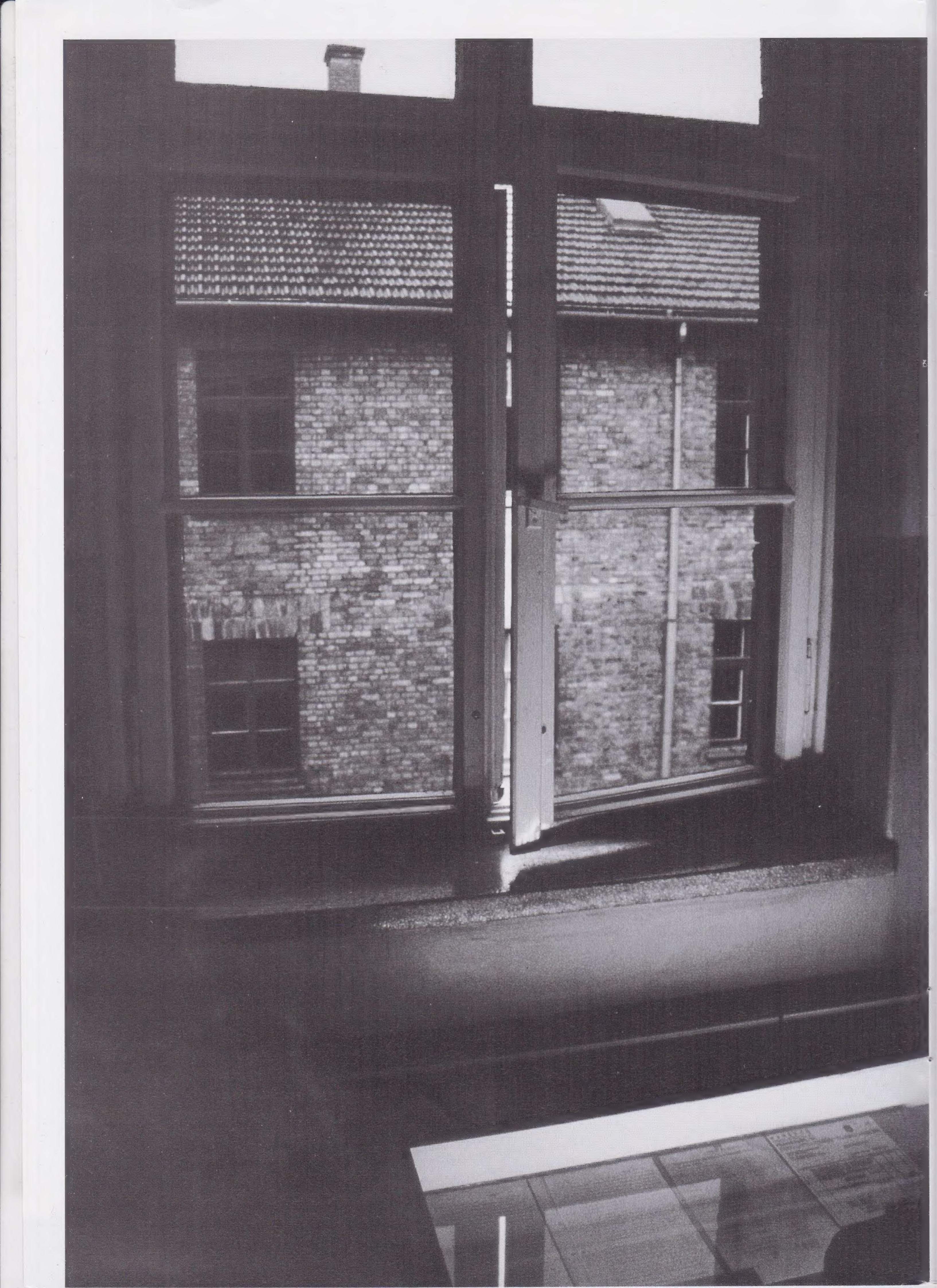
Neben einem Einleitungstext, der die Position der Redaktion wiedergibt, baten wir Autor/innen aus Wissenschaft, geschichtspolitischen Initiativen und Journalisten unterschiedliche Aspekte der deutschen Erinnerungspolitik zu beleuchten.

Diese Ausgabe stellt im Supergedenkjahr vergangenheitspolitische Positionen zur Diskussion, die sich einer Nivellierung der Opfer der NS-Vernichtungspolitik im Zuge geschichtspolitischer, deutscher Selbstvergewisserung widersetzen. In Zeiten eines aktualisierten deutschen Opferdiskurses, offener Bezugnahme rechtsextremer Gruppen auf den Nationalsozialismus und der machtpragmatischen Indienstnahme der NS-Vergangenheit durch Rot-Grün, will das Heft dazu anregen, bisherige vergangenheitspolitische Positionen und Praxen zu prüfen und nach Wegen politischer Intervention in erinnerungspolitische Diskurse zu suchen.

Für die Unterstützung bei der Herausgabe des Heftes danken wir unseren Autor/innen für Ihre Mitarbeit, zahlreichen Diskussionspartner/innen für kritische Anmerkungen und der Rosa Luxemburg Stiftung und Netzwerk e.V. Berlin für die finanzielle Unterstützung des Projekts.

P.S. Die Redaktion steht für Veranstaltungen unter dem Titel »Die Zukunft der Vergangenheit – Rück- und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik« zur Verfügung.

Redaktion Antifaschistisches Infoblatt Berlin



Die Zukunft der Vergangenheit

Rückblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik

»Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen.« Mit diesen Worten bilanzierte der italienische Schriftsteller Primo Levi seine lebenslange Auseinandersetzung mit der Erfahrung von Auschwitz und Buchenwald. Am Ende war die Verzweiflung und die Scham darüber, das »präzedenzlose Verbrechen Auschwitz« (Yehuda Bauer) überlebt zu haben, stärker. Im Frühjahr 1987 nahm sich Primo Levi das Leben. Über Jahrzehnte setzte sich Levi für eine Kultur der Anerkennung gegenüber den Opfern ein. Doch letztlich überwog sein Pessimismus. War es nach der Befreiung die Angst gewesen, niemand würde ihm seine Erlebnisse in Auschwitz glauben, so fürchtete Levi, das Verdrängen des Grauens in Form der Instrumentalisierung und Trivialisierung der Shoah könnten am Ende obsiegen. Die heutigen Erinnerungskulturen müssen sich befragen lassen, ob sie dem Anspruch gerecht werden, ein Bewusstsein von der Dimension des Grauens zu schaffen, das gegen einen erneuten Aufbruch in die Barbarei zu immunisieren vermag.

In absehbarer Zeit wird es keine lebenden Zeugen der Shoah mehr geben. Umso so dringlicher stellt sich die Frage nach der Zukunft der Vergangenheit und wer sie zu bestimmen vermag. Was in Deutschland als »Bewältigung der Vergangenheit« galt und gilt, sagt mehr über das Land der Täter und seine Mentalität als alle Gedenktagsreden zusammengenommen. So unterschiedlich die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung in beiden deutschen Staaten auch waren, so gab es doch augenfällige blinde Flecken.

Postfaschistische Geschichtsteleologie – Erinnerungspolitik in der DDR

In der DDR erklärten die den Staat repräsentierenden kommunistischen Emigranten und ehemaligen KZ-Häftlinge ihr antifaschistisches Selbstverständnis zur Staatsräson. Die Meistererzählung der DDR-Vergangenheitspolitik bestand darin, dass die Deutschen als verführtes Kollektiv erschienen. Die Frage nach der Verantwortung der unversehens auf die Siegerseite der Geschichte geratenen Bevölkerung stellte sich kaum. Sie wurde auf Westdeutschland und die dortigen Kontinuitäten mit dem NS-Staat projiziert. Schon im Exil hatte die Moskauer KPD-Führung um Walter Ulbricht sich gegen die Auffassung einiger KPD-Westemigranten gewandt, die von der Unterstützung des NS-Systems durch die Mehrheit der Deutschen, auch der Arbeiterklasse, ausgingen. Das noch im Exil skizzierte Ansinnen Paul Merkers, jüdische Überlebende des nationalsozialistischen Verfolgung zu entschädigen und ihr arisiertes Eigentum zurückzugeben, bezahlte dieser mit seiner Entmachtung und einem antisemitischen Motiven folgenden Schauprozess.

Heroischer Antifaschismus

Seit Ende der 1940er Jahre schlug die Partei wieder nationale Töne an. In der Kulturpolitik verfolgten die SED-Dogmatiker um Wilhelm Girnus alles, was ihnen »westlich-dekadent«, »kosmopolitisch« und »formalistisch« erschien. Stattdessen gedachte man die deutsche Klassik und Teile der politischen Romantik ideologisch für den Aufbau des Sozialismus in Dienst zu nehmen. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit speiste sich in der DDR ohne Zweifel aus einer grundsätzlichen antifaschistischen Motivation ihrer handelnden Akteure. Doch pragmatisch-politische Erwägungen spielten im Kontext des Kalten Krieges eine erhebliche Rolle. Die Propagandakampagnen des SED-Chefideologen Albert Norden gegen westdeutsche Ex-Nazis in führenden Positionen entsprachen den Fakten, waren jedoch Teil des ideologischen Kampfes und klammerten ehemalige Nazis in der DDR aus. Während hohe NS-Funktionsträger und Kriegsverbrecher verurteilt wurden oder in den Westen gingen, suchte man die Mitläufer in der NDPD zu integrieren.

Zentraler Bezugspunkt der DDR-Gedenkstättenpolitik war und blieb der →

→ kommunistische, eingeschränkt auch der sozialdemokratische Widerstand. Im Mittelpunkt antifaschistischer Gesellschaftspolitik stand, von Straßen- und Schulnamen, bis zur wissenschaftlichen Literatur, der aktive Kämpfer gegen den Faschismus. In diesem Konzept eines heroischen Antifaschismus hatten unpolitische Opfer der NS-Diktatur wenig Platz. Der Antisemitismus und die Vernichtung der Juden waren keine zentralen Themen vergangenheitspolitischer Diskurse. Diese Sichtweise wurde erst spät relativiert, als Ende der 1980er Jahre in der DDR Dokumentationen zur Geschichte des Shoah erschienen.

Als zu Beginn der 1980er Jahre in der DDR rechtsextreme Gruppen auftraten, war die Authentizität des Antifaschismus der Gründergeneration aufgebraucht und erstarrt. Die autoritäre Formierung und Militarisierung der DDR-Gesellschaft begünstigte die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen, die sich Ende der 1980er Jahre in damals unveröffentlichten Studien spiegelte. Die Abwesenheit einer unabhängigen, kritischen Öffentlichkeit machte es unmöglich, den Widerspruch zwischen rechtsextremen Tendenzen und der Proklamation, in der DDR sei der »Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet«, zu problematisieren. Wer es, wie einige junge unabhängige Antifaschist/innen dennoch versuchte, machte recht bald Bekanntschaft mit den Sicherheitsorganen des antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaates.

»Vergangenheit die nicht vergeht« – Erinnerungspolitik in der »alten« Bundesrepublik

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik spielten die beispiellosen nationalsozialistischen Verbrechen weder im öffentlichen Bewusstsein, noch in der Publizistik oder der Geschichtswissenschaft eine nennenswerte Rolle. Konstatiert wurde ein deutscher Irrweg in die Moderne, der die deutsche Bevölkerung anfällig für die »Dämonie« Hitlers gemacht habe. Diese Sichtweise stützte die in der deutschen Gesellschaft verbreitete Auffassung, die Verbrechen des Nationalsozialismus seien im Wesentlichen das Werk Hitlers und einer kleinen Clique fanatischer Überzeugungstäter gewesen.

Derartige exkulpierende Geschichtsdeutungen fanden ihre Entsprechung auf administrieller und juristischer Ebene in einer »Vergangenheitspolitik«[1], die darauf zielte, möglichst bald einen Schlussstrich unter die Bewältigung der NS-Zeit ziehen zu können. So kamen die von den alliierten Besatzungsmächten in Angriff genommenen Entnazifizierungsmaßnahmen bereits am Ende der 1940er Jahre praktisch zum Erliegen, nachdem die Verantwortung hierfür weitgehend in deutsche Hände gelangt war. Ähnlich verhielt es sich mit der juristischen Ahndung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Tausende von nationalsozialistischen Funktionsträgern aus den mittleren und gehobenen Verwaltungsebenen gelangten wieder in Beamten- und Angestelltenpositionen des Öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik.

Wesentlich schleppender hingegen verlief die Politik der »Wiedergutmachung« gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Die Prozeduren, denen sich zahlreiche NS-Opfer unterziehen mussten, um ihre Ansprüche tatsächlich geltend machen zu können, wurden von den Betroffenen – zu Recht – als demütigend empfunden. Zudem schloss das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) zahlreiche Opfergruppen, wie etwa ZwangsarbeiterInnen, sogenannte »Asoziale« und Euthanasieopfer von Entschädigungszahlungen über Jahrzehnte hinweg aus. Das Luxemburger Abkommen, das u.a. Israel eine Globalentschädigung von 3 Milliarden DM zusicherte, konnte am 18. März 1953 im Bundestag nur mit den Stimmen der oppositionellen SPD-Fraktion verabschiedet werden.

Im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik dominierte die Erinnerung an die deutschen Opfer des Krieges. Mahnmale wurden errichtet oder Kirchenruinen in Gedenkorte umgewandelt, die bis heute an die deutschen Opfer des Bombenkriegs erinnern. Auch in Familien und Schulen war dieses Thema ständig präsent. Mit ähnlich großer Aufmerksamkeit konnten die Vertriebenen und deren Verbände rechnen. Der Formel vom »kommunikativen Beschweigen der Vergangenheit«[2], das für die 1950er Jahre charakteristisch gewesen sei, ist demnach nur bedingt zu zustimmen. Über den Zweiten Weltkrieg und seine schmerzlichen Folgen für die Deutschen wurde allenthalben gesprochen, das Beschweigen betraf das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus.

Von der »Rückkehr der NS-Vergangenheit« zur »zweiten Verdrängung«

Angesichts dieser Entwicklungen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik erscheint es im Rückblick umso erstaunlicher, dass der vielfach herbeigesehnte Schlussstrich unter die NS-Zeit ausblieb. Die 1960er Jahre waren vielmehr von einer »Rückkehr der NS-Vergangenheit« gekennzeichnet. Bereits der »Ulmer Einsatzgruppenprozess« 1957/58, in dem sich ehemalige Angehörige der Einsatzgruppe A für ihre tausendfachen Mordaktionen im Baltikum verantworten mussten, stieß auf ein vergleichsweise großes mediales Interesse. Der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht (1961) sowie der Frankfurter »Auschwitzprozess« (1963-1965), in dem gegen 22 ehemalige Angehörige des Lagerpersonals verhandelt wurde, verdeutlichten den organisatorischen Aufwand und die Präzision, mit der der Massenmord an den europäischen Juden betrieben worden war. Die Metapher »Auschwitz« avancierte zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin.

In diesem Kontext rief die Tatsache Proteste hervor, dass unzählige vormalige NS-Funktionäre in der Politik, in der Verwaltung und in den Medien der Bundesrepublik wieder über einfluss-

1| Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
2| Vgl. Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579-599.

reiche Positionen verfügten. Die prominentesten Altnazis auf politischer Ebene waren Hans Globke, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer, der an der Ausarbeitung der »Nürnberger Rassegesetze« beteiligt gewesen war; Vertriebenenminister Theodor Oberländer und Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU). Neben Intellektuellen wie Karl Jaspers, Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno, die schon während der 1950er Jahre eine konsequente Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gefordert hatten, waren es nun vor allem jüngere Journalisten und Schriftsteller, wie etwa Erich Kuby oder Peter Weiss, die »Auschwitz« thematisierten. Darüber hinaus war es nicht zuletzt die seit Mitte der 1960er Jahre entstehende Studentenbewegung, die die personellen Kontinuitäten zwischen »Drittem Reich« und Bundesrepublik skandalisierte.

Dennoch erwuchsen aus dieser Kritik an den Formen der Geschichts- und Vergangenheitspolitik in der Folgezeit nur in bedingtem Maße Erinnerungskulturen, die das Erleben und die Erfahrungen der Opfer der Shoah in den Mittelpunkt rückten. Vielmehr lassen sich die 1970er Jahre in mehrfacher Hinsicht als Phase einer »zweiten Verdrängung«[3] der NS-Vergangenheit beschreiben. Zwar setzte besonders in den verschiedenen linken und linksradikalen Strömungen eine intensive Beschäftigung mit Faschismustheorien ein. Kennzeichnend für diese Theorien war jedoch ein ökonomistischer Reduktionismus, der Faschismus lediglich als radikale Ausprägung des Kapitalismus definierte und die Bedeutung des Antisemitismus v.a. für den deutschen Nationalsozialismus fast vollständig ausklammerte.

Zu bemerken war in diesem Zusammenhang eine regelrechte Inflationierung des Faschismusbegriffs, der nun vollkommen unreflektiert in der Analyse aller möglichen Erscheinungen des politischen Zeitgeschehens angewendet wurde und etwa in der beliebten Demoparole »USA – SA – SS« zum Ausdruck kam. Als Hort des Faschismus galt vielen Linken nicht zuletzt Israel, dessen Politik unverhohlen mit der des NS-Regimes gleichgesetzt wurde. Die Tatsache, dass in Israel zahlreiche Überlebende der Shoah Zuflucht und eine neue Existenz gefunden hatten, interessierte die deutsche Linke kaum.

Bei bürgerlichen Historikern, die sich schwerpunktmäßig mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten, war eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber den Opfern des Holocaust zu beobachten. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses standen vor allem die organisatorischen Strukturen des Nationalsozialismus. Die konkreten Handlungsweisen der »Täter, Opfer und Zuschauer« (Raul Hilberg) gerieten dabei nicht ins Blickfeld.

Seit dem Ende der 1970er Jahre rückte die Shoah allmählich stärker in das öffentliche Bewusstsein. Einer der Gründe hierfür war die Fernsehserie »Holocaust«, die in vier Folgen das Schicksal der (fiktiven) deutsch-jüdischen Familie Weiss erzählt. Die Serie erzielte im Januar 1979 beachtliche Einschaltquoten und löste knapp 35 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Staates die bis dahin wohl umfangreichsten Debatten über die Beteiligung der »ganz normalen« Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen aus.

Weitere Impulse, sich der Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, zugleich aber auch mehr über die Handlungsmuster und die Motive der Täter zu erfahren, gingen von den an zahlreichen Orten entstehenden basisorientierten Geschichtswerkstätten aus. Der neue Ansatz der Alltagsgeschichte fragte vor allem nach den Bedingungen für das »Hinnehmen und Mitmachen der Vielen«[4], das den reibungslosen Vollzug der Shoah erst ermöglicht hatte. Gleichzeitig begannen lokale Initiativen zur Geschichte der vergessenen bzw. verdrängten Opfer und Opfergruppen zu forschen. Die Ausplünderung, Verfolgung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde in den jeweils lokalen Kontexten rekonstruiert. Erstmals fanden die Schicksale der Sinti und Roma, der ZwangsarbeiterInnen, der Deserteure, der »Asozialen« und der Zwangssterilisierten öffentliche Aufmerksamkeit.

Auf dem Weg zur »Normalisierung«?

Die von Bundeskanzler Kohl nach dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Koalition (1982) angekündigte »geistig-moralische Wende« sollte ihren Ausdruck auch in einem »normalisierten« Umgang mit der NS-Vergangenheit finden. Die Geschichtspolitik der Regierung Kohl während der 1980er Jahre bezweckte, so resümiert der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, »die durch Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage verschuldete Sondersituation Deutschlands nunmehr auszugleichen und damit zur inneren Integration der westdeutschen Gesellschaft beizutragen.«[5] So reklamierte Helmut Kohl ganz in diesem Sinne anlässlich seines Israel-Besuchs im Jahr 1984 für sich und den überwiegenden Teil der Deutschen die »Gnade der späten Geburt«. Im Mai 1985 löste Kohls Drängen auf »Normalisierung« einen handfesten geschichtspolitischen Skandal aus. Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und anlässlich eine Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan verlangte die Bundesregierung von den USA eine »über die Gräber hinweg eine Geste für Frieden und Versöhnung zu finden«. Mit einem Besuch auf dem deutsch-amerikanischen Soldatenfriedhof im rheinland-pfälzischen Bitburg sollten Reagan und Kohl einen in die Zukunft weisenden Schulterschluss demonstrieren. Als bekannt wurde, dass auf dem Friedhof auch Angehörige der Waffen-SS begraben seien, wuchs vor allem in den USA der Druck auf Reagan, seine Teilnahme an der Zeremonie abzusagen. Doch Kohl beharrte auf der Veranstaltung und machte gegenüber den US-Medien deutlich, dass eine Absage des Bitburg-Besuchs »die Gefühle unseres Volkes →

3| Vgl. Ulrich Herbert, Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des »Holocaust«, in: Ders. (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/M. 1998, S. 9-66, hier S. 19.

4| Vgl. Alf Lüdtke, Die Praxis von Herrschaft: Zur Analyse von Hinnehmen und Mitmachen im deutschen Faschismus, in: Brigitte Berlekamp/ Werner Röhr (Hg.): Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 226-245.

5| Vgl. Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 94-113, hier S. 95.

→ tief verletzen würde«.[6] In den geschichtspolitischen Debatten im Kontext des 8. Mai 1985 im Allgemeinen sowie der Bitburg-Affäre im Besonderen waren geschichtsrevisionistische und tendenziell antisemitische Töne kaum zu überhören. Während Politiker mit Blick auf die in Bitburg begrabenen Soldaten der Waffen-SS forderten, keine »Selektion von Toten« vorzunehmen, schwadronierten auflagenstarke Boulevardmedien, wie etwa die Zeitschrift Quick, über die »sagenhafte jüdische Lobby«, die 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus immer noch »deutsche Wunden« aufreiße.[7]

Die Tendenz, die NS-Vergangenheit zu »entkonkretisieren« (Sabine Moller) und letztendlich zu historisieren, kam auch im »Historikerstreit« 1986/1987 zum Ausdruck. Auslöser der über die Medien ausgetragenen Kontroverse war der Historiker Ernst Nolte, der die (rhetorische) Frage aufwarf, ob nicht »der ‚Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmordes' der Nationalsozialisten« gewesen sei. Nolte bezeichnete die Shoah als »asiatische Tat« und knüpfte daran die (wiederum in eine rhetorische Frage gekleidete) Behauptung, der Archipel Gulag sei »ursprünglicher« als Auschwitz gewesen.[8] Demnach stellte die nationalsozialistische Vernichtungspolitik eine Reaktion auf die Verbrechen des Bolschewismus während der Epoche des »europäischen Bürgerkrieges« dar. Die Thesen Noltes wurden von einer Reihe konservativer Historiker und Publizisten aufgegriffen, riefen aber auch massiven Widerspruch hervor, so dass sich Nolte mit seinen Auffassungen im öffentlichen Diskurs zunächst nicht durchsetzen konnte.

In der Rückschau erwiesen sich die von unterschiedlichen Akteuren vorangetriebenen Bemühungen, einen »Schlussstrich« unter die NS-Vergangenheit zu ziehen und somit eine »normalisierte« deutsche Identität zu fundieren, als nur bedingt erfolgreich. Die Wiedervereinigung löste eine bis dahin beispiellose nationalistische Welle in Deutschland aus, das allseits herbeigesehnte »Vergehen der Vergangenheit« blieb jedoch aus. Im Gegenteil: Die NS-Vergangenheit schien in den 1990er Jahren präsenter denn je zu sein: So rückte mit dem Abschluss des »Zwei-plus-vier«-Vertrages, der die völkerrechtliche Grundlage der deutschen Wiedervereinigung darstellte, auch die über vier Jahrzehnte ausgeklammerte Frage nach der Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen ins Zentrum geschichts- und außenpolitischer Diskussionen. Die erste »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung löste ebenso wie Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« seit Mitte der 1990er Jahre umfangreiche Kontroversen über die Partizipation »ganz normaler Deutscher« an den Massenverbrechen aus.

In der radikalen Linken gewann die Auseinandersetzung mit der Shoah an Bedeutung. Die blinden Flecken der eigenen Geschichte wurden entdeckt und zum Gegenstand innerlinker Kontroversen. Während die traditionellen ökonomistisch geprägten Faschismustheorien zunehmend auf Kritik stießen, wurde der Antisemitismus nun als zentrales Axiom des Nationalsozialismus erkannt. Zudem entbrannten seit dem Beginn der 1990er Jahre in Folge des Golfkrieges (1991) und im Kontext der Goldhagen-Debatte (1996) heftige Diskussionen um die Erscheinungsformen eines linken Antisemitismus.

Erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel – Versuch eines Ausblicks

60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus zeichnet sich, nicht nur in der Bundesrepublik, ein einschneidender »erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel« (Norbert Frei) ab. Ganz allgemein sind in diesem Zusammenhang drei Entwicklungslinien festzustellen. Erstens beginnt sich die Erinnerung an die Shoah und die Zeit des Nationalsozialismus von ihren eigentlichen Trägern zu lösen. Mit dem allmählichen Verschwinden der Zeitzeugen vollzieht sich ein Wechsel vom »kommunikativen« zum »kulturellen« Gedächtnis, mit der Konsequenz, dass die »Erinnerung an den Holocaust [...] fortan vermittelt werden« muss und dabei »ausschließlich auf Repräsentation angewiesen« ist.[9]

Zweitens sind seit einigen Jahren Tendenzen zu eine »Europäisierung« der Shoah zu bemerken. Im Zuge des europäischen Einigungsprozess fungiert die Metapher »Auschwitz« als (negativer) Gründungsmythos eines sich gleichermaßen demokratisch wie wehrhaft begreifenden Europa. In der Abschlusserklärung des »Stockholm International Forum on the Holocaust« im Januar 2000 bezeichneten die Vertreter der teilnehmenden EU-Staaten die Erfahrung der Shoah als eine der zentralen Legitimationsgrundlagen einer gemeinsamen künftigen Interventionspolitik in Krisen- und Konfliktregionen.

Drittens lässt sich nicht nur von einer »Europäisierung«, sondern auch von einer »Globalisierung« der Shoah-Erinnerung sprechen. Vermittelt durch die grenzüberschreitende Medialisierung der Welt, ist der Begriff »Holocaust« im globalen Rahmen zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin avanciert. Die jüdischen Opfer der Shoah fungieren nunmehr oftmals als Bezugspunkte und Kronzeugen für soziale oder ethnische Gruppen, die sich in der Gegenwart mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert sehen.

Die Feststellung, dass die Shoah Eingang in ein entstehendes »globales Gedächtnis« gefunden hat, ist zunächst positiv zu bewerten. Auch gegen eine vor allem von den USA ausgehende Menschenrechtserziehung, die sich die Shoah zum Bezugspunkt ihrer Pädagogik wählt, dürfte wenig einzuwenden sein. Im Hinblick auf die Intentionen rot-grüner Geschichtspolitik sowie die aktuellen erinnerungspolitischen Diskurse in Deutschland, erweisen sich die geschilderten Entwicklungen jedoch als hoch problematisch. Be-

6| Zitiert nach: Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt/M. 1999, S. 240.

7| Zitiert nach: Ebenda.

8| Vgl. Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39-47, hier S. 45.

9| Vgl. Viola Georgi, Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003, S. 13.

reits in seiner Regierungserklärung im November 1998 machte Bundeskanzler Schröder deutlich, dass sich mit dem Machtwechsel auch »ein Generationswechsel im Leben unserer Nation vollzogen« habe. Er reklamierte für die Bundesrepublik »das Bewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über- , aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt.«[10]

Die Ziele rot-grüner Geschichtspolitik unterscheiden sich demnach kaum von der Geschichtspolitik der Kohl-Ära, geht es doch darum, das Projekt einer »demokratisch geläuterten«, aber nach Weltgeltung strebenden Nation historisch zu fundieren und ideologisch zu legitimieren. Auf dem Weg hin zur »Normalisierung« lassen sich jedoch spätestens seit 1998 Paradigmenwechsel feststellen, die tatsächlich aus dem von Schröder konstatierten generationellen Umbruch resultieren. Anders als die von Kohl repräsentierte »Flakhelfergeneration« verstehen sich die Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik als Repräsentanten einer vor allem durch die Chiffre »1968« geprägten Generation, die zum einen vorbehaltlos die Auseinandersetzung mit der Shoah ins Zentrum ihrer geschichtspolitischen Positionen rückt, zum anderen jedoch wie selbstverständlich einen »unverkrampften« (Roman Herzog) Umgang mit der Vergangenheit praktiziert. Als ein Beispiel für diese Haltung mag die Kontroverse um die Flick-Collection dienen, deren öffentliche Präsentation in Berlin die Bundesregierung im September 2004 gegen alle Proteste entschieden befürwortete.

Geschichts- und Außenpolitik unter rot-grüner Hegemonie sind eng miteinander verkoppelt. Eine Verbindung, die sich in besonders deutlich zeigte, als es im Frühjahr 1999 darum ging den von deutscher Seite maßgeblich forcierten Kosovokrieg der NATO mit dem Hinweis zu legitimieren, im Kosovo drohe ein zweites »Auschwitz«. Die bereits erwähnten Tendenzen zu einer »Europäisierung« der Shoah-Erinnerung kommen dem kühl berechnenden Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik entgegen. »Auschwitz« ließe sich einfügen in die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungspolitisch zu fundieren. Die Shoah würde somit eine Facette innerhalb eines negativen europäischen Gründungsmythos darstellen, der die unterschiedlichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts bündelt und letztendlich als eine Geschichte kollektiv erfahrenen Leids interpretiert.

Den großen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit wird es auch nach 60 Jahren nicht geben. Wohl aber dürfte das Gedenkjahr 2005 eine Zäsur darstellen. In ihren Bemühungen, den Umgang mit der NS-Vergangenheit zu »normalisieren«, haben sich die geschichts- und erinnerungspolitischen Vorstöße der rot-grünen Regierung schon jetzt als wesentlich erfolgreicher erwiesen als die vergleichsweise plumpen Initiativen der Kohl-Ära.

Allerdings könnte ein Regierungswechsel 2006 auch zu einer Neupositionierung der Geschichtspolitik führen. Die im Namen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Anträge zur »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland« lassen erkennen, wohin die Entwicklung gehen soll. Künftige Erinnerungskulturen dürften demnach gekennzeichnet sein durch eine »Entdifferenzierung des Gedenkens«[11] unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen. Die Erkenntnisse über die Ursachen, die Kausalitäten, die vollkommen unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, letztendlich auch über die Präzedenzlosigkeit der Shoah, werden, so steht zu befürchten, im Gerede von der »doppelten Diktatur« verloren gehen.

Dieser »Rhetorik der Plattitüden« (Norbert Frei) entgegenzutreten, sollte eines der zentralen Anliegen einer sich antifaschistisch begreifenden Linken sein. 60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sind die Tendenzen, die Erinnerung an die Opfer der Shoah für vordergründige machtpolitische Ziele entweder zu vereinnahmen oder zu nivellieren, stärker denn je. Der »abstrakte Radikalismus« (Klaus Theweleit) einer Linken, die zwar vorgibt, das Wissen um die Präzedenzlosigkeit der Shoah zum Grundaxiom ihrer politischen Praxis gemacht zu haben, in Wirklichkeit mit diesem »Wissen« aber lediglich szeneimmanente Identitätspolitik betreibt, wird den geschilderten Entwicklungen kaum Einhalt gebieten können. Angesichts der Tatsache, dass uns die letzten überlebenden Opfer des Nationalsozialismus verlassen, ist es umso dringlicher deren Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen zu bewahren und weiter zu erzählen. Eine Aufgabe, die Empathie und Beharrlichkeit erfordert, die sich verbalradikaler Phrasendrescherei ebenso verschließen muss, wie geschichtsblindem Aktionismus. Diese Aufgabe mag mühselig sein und alles andere als revolutionär. Für eine Linke, die ihren Antifaschismus nicht nur als Attitüde begreift, ist sie jedoch unverzichtbar. ■

10| Zitiert nach: Cornelia Siebeck, Inszenierung von Geschichte in der »Berliner Republik«. Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989, in: WerkstattGeschichte 33 (2002), S. 45-58, hier S. 50.

11| Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 18.



Anfang 2004 kam es zur spektakulären Aufkündigung der Mitarbeit des Zentralrats der Juden in Deutschland in der »Stiftung sächsischer Gedenkstätten«, die sich mit der Neukonzeption der Gedenkstättenarbeit in Sachsen beschäftigte. Was die Kritik von VVN-BdA und PDS nicht erreichte, trat mit dem Schritt des Zentralrats ein. Die überregionalen Medien nahmen die geäußerte Kritik an den hier diskutierten Konzeptionen auf, die für den Zentralrat, aber auch die anderen Kritiker in der »sich abzeichnenden Analogisierung und Relativierung von NS-Verbrechen gegenüber denen des Stalinismus und der Staatssicherheit der DDR«[1] bestand. In den Blick rückte dabei ein von der Unionsfraktion im Bundestag vorbereiteter Antrag, der ein Gesamtkonzept für NS- und DDR-Gedenkstätten nach sächsischem Vorbild forderte. Die inhaltlichen und geschichtspolitischen Implikationen werden im Titel des Antrags – »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen« – und in einigen inhaltlichen Passagen deutlich, in denen die Einbeziehung von »Opfern von Krieg und Vertreibung« und »zivilen(n) Opfern der alliierten Luftangriffe des Zweiten Weltkriegs« gefordert wird. Hier spiegeln sich zwei geschichtspolitische Konzeptionen, die in Deutschland eine lange Tradition haben: die identifizierende Totalitarismustheorie, die rechte und linke Diktatur, Faschismus (Nationalsozialismus) und Kommunismus als wesensgleich ansieht und der Versuch, den Status als Opfer des Faschismus (Nationalsozialismus) auch für einen großen Teil der Deutschen zu reklamieren – als Opfer von Krieg und Vertreibung.

Totalitarismus, Faschismus, National-sozialismus

Zur Aktualität eines Streits um mehr als Wörter

Gerd Wiegel

Die bis heute unterschiedliche Sichtweise der NS-Vergangenheit wurde auch im Rahmen einer Debatte des Thüringischen Landtags im November 2004 zum Thema Rechtsextremismus deutlich. Sichtlich entnervt von den historischen Verweisen der PDS-Fraktion auf den Faschismus in Deutschland bemerkte ein CDU-Abgeordneter, es habe in Deutschland überhaupt keinen Faschismus gegeben. Diese Äußerung führte zu Tumulten und schließlich zu einem offenen Brief einer PDS-Parlamentarierin an die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel.

Vermutet wurde, der Abgeordnete habe die faschistische Vergangenheit in Deutschland leugnen wollen, dabei ging es sehr viel wahrscheinlicher um eine begriffliche Definition dieser Vergangenheit, die von konservativer Seite immer als »Nationalsozialismus« und nie als Faschismus bezeichnet wird.

Die hier skizzierten aktuellen politischen Diskurse zur deutschen Vergangenheit zeigen, dass die geschichtspolitische Brisanz des Themas bis heute anhält. Trotz einem zeitweiligen Abebben der Debatte nach den Diskussionen um Wehrmacht, Goldhagen und Mahnmal in den neunziger Jahren, ist bis heute kein Thema so leicht skandalisierbar und für politische Zwecke nutzbar, wie die NS-Vergangenheit. Die gegenwärtige politische Indienstnahme hat etwas mit dem generellen Verständnis dieser Vergangenheit zu tun, ihrer definitorischen Einordnung und der daraus ableitbaren politischen Bewertung. »Politische Diktatur des Monopolkapitals« oder »totalitäre Vernichtung der bürgerlich-liberalen Gesellschaft«, mit diesen zwei Sichtweisen (gleichsam die beiden Pole der Debatte) verbinden sich unterschiedliche politische Reaktionen auf die Vergangenheit und unterschiedliche Bewertungen gegenwärtiger politischer Konzeptionen. Totalitarismus, Faschismus, Nationalsozialismus, welcher Begriff trifft den Gegenstand am besten? Welche geschichtspolitischen Implikationen verbinden sich mit den jeweiligen Begriffen? Ausgehend von einer Kritik des →

Totalitarismusbegriffs sollen hier die Möglichkeiten und Grenzen des Faschismusbegriffs diskutiert werden.

Totalitarismustheorie[2]

Die Genese des Totalitarismusbegriffs liegt im Italien der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Hier versuchten bürgerliche Intellektuelle die neuartige Erscheinung der faschistischen Bewegung, welche die ganze italienische Gesellschaft durchdrang, zu beschreiben. Die Selbstaussagen des ab 1922 unter Mussolini regierenden Regimes, man wolle eine totale Durchdringung des Staates, führte zu einer Verstetigung des Begriffs, der sich hier noch in keiner Weise auf den Kommunismus der Sowjetunion bezog. Dies geschah erst ab den dreißiger Jahren, als die Sowjetunion zusammen mit dem Faschismus in Italien und Deutschland als Bedrohung für des Westen wahrgenommen wurde.[3]

Für das bis heute vorherrschende Begriffsverständnis des Totalitarismus war die Entwicklung der Theorie nach 1945 von entscheidender Bedeutung. In der Ausprägung der beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich und Zbigniev Brezezinski nahm die Totalitarismustheorie eine kanonisierte Form an, die für die frühe Bundesrepublik als verbindlich galt. Friedrich/Brezezinski sehen Kommunismus und Faschismus[4] als wesensgleich (»basiacly alike«) an, was sie an einem sechs Punkte umfassenden Kriterienkatalog zur Definition des Totalitarismus verdeutlichen: Dieser umfasst 1. eine offizielle Ideologie, 2. eine Massenpartei, 3. eine terroristische Geheimpolizei, 4. ein Nachrichtenmonopol, 5. ein Waffenmonopol und 6. ein System zentraler Wirtschaftslenkung.[5]

Worum geht es in der Auseinandersetzung mit dieser auf den ersten Blick recht einleuchtenden Theorie? Zunächst geht es um die Frage, ob sich bei einem Vergleich zwischen Faschismus/Nationalsozialismus auf der einen und Kommunismus auf der anderen Seite insgesamt mehr Unterschiede oder mehr Gemeinsamkeiten in wesentlichen Fragen ergeben. Die Antwort fällt unterschiedlich aus, je nach dem, was für wesentlich gehalten wird.

Ein zentrales Problem beim Streit um die Totalitarismustheorie liegt in der Bewertung des Verhältnisses von Form und Inhalt, Mittel und Zweck, Umsetzung und Intention von Herrschaftsprinzipien. Die grundsätzliche Schwäche der Totalitarismustheorie liegt darin, dass sie jeweils die eine Komponente dieser Dichotomien völlig vernachlässigt (Inhalt, Zweck, Intention) um gleichzeitig die andere Komponente um so stärker hervorzuheben: Form, Mittel und Umsetzung von Herrschaftsprinzipien. Kann aber eine vom Inhalt der Herrschaft abstrahierende Beschreibung der Herrschaftsformen und -methoden zu brauchbaren Erkenntnissen führen? Bis zu welchem Grad »heiligt« welcher Zweck welche Mittel?[6] Und: Macht es für die Bewertung der Herrschaftsausübung einen Unterschied, wie die ihr zugrunde liegende Motivation bewertet wird? Die Beschränkung auf Phänomene wie die Herrschaftsstruktur und die Vernachlässigung der Analyse der Herrschaftsfunktion, d.h. die Beschränkung auf das »Wie?« und die Ausblendung des »Warum?« und »Wozu?«, machen die Totalitarismustheorie untauglich für eine Erfassung des gesamten untersuchten Herrschaftssystems. Da somit die Ursprünge einer »totalitären Entwicklung« nicht erfaßt werden können, ist die Theorie zugleich untauglich, eine solche Entwicklung verhindern zu helfen.

Fraglich ist, ob phänomenologische Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Stalinismus hinsichtlich der Herrschaftsstruktur die Propagierung einer entsprechenden Theorie als dominierendes wissenschaftliches Orientierungsmodell rechtfertigen. Nach der hier vertretenen Auffassung müssen die vielfältigen Unterschiede zwischen beiden Herrschaftssystemen dazu führen, dass für beide je eigenständige Erklärungsansätze weiterentwickelt werden müssen, d.h. eine Faschismus- und eine Stalinismustheorie. In der Frage nach der Dominanz im wissenschaftlichen Diskurs deutet sich gleichzeitig das Problem der politischen Instrumentalisierbarkeit beider Vorgehensweisen an. Zu beachten ist, dass die differenzierteren Ansätze der Totalitarismusforschung dieses Dilemma zur Kenntnis nehmen und ihren Ergebnissen keinen »Alleinvertretungsanspruch« beimessen. Die Erkenntnisse der Totalitarismustheorie zur Herrschaftsstruktur bedürfen nach solchen Einschätzungen der Ergänzung durch Forschungen zur Herrschaftsfunktion. In solchen Fällen wird die Totalitarismustheorie als eine von vielen möglichen Herangehensweisen beurteilt, die gleichberechtigt nebeneinander stehen.[7]

Liefert die Totalitarismustheorie wesentliche Erkenntnisse zum Verständnis der Herrschaftssysteme? Hierzu ist festzuhalten, dass das Totalitarismuskonzept hinsichtlich der Herrschaftsstruktur Aspekte hervorgehoben hat, die von anderen Theorien vernachlässigt wurden. Dazu zählt die Feststellung von Ähnlichkeiten in der Aus-

→

1| Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.2.2004.

2| Der folgende Abschnitt beruht auf der Darstellung in Robert Erlinghagen/Gerd Wiegel, Das Totalitarismuskonzept: Zum wissenschaftlichen Gebrauch einer politischen Theorie, in: Johannes Klotz (Hg.), Schlimmer als die Nazis? »Das Schwarzbuch des Kommunismus« und die neue Totalitarismusdebatte, Köln 1999, S. 156-187.

3| Die Abhängigkeit des Begriffs von politischen Konjunkturen verdeutlicht sich in der Tatsache, dass mit Beginn der Anti-Hitler-Koalition die SU keineswegs mehr als totalitär bezeichnet wurde, was sich dann ab 1945/46 wieder änderte.

4| Trotz der bis heute auf konservativer Seite andauernden Ablehnung des Faschismusbegriffs wurde und wird der Bewertung des »Nationalsozialismus« als Totalitarismus vehement zugestimmt, wiewohl Friedrich/Brezezinski »Faschismus« und Kommunismus miteinander verglichen. Der Grund liegt in der politisch willkommenen Implikation des Totalitarismusbegriffs, für die aus dem Nationalsozialismus gerne auch ein Faschismus werden darf.

5| Vgl. Carl J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1958

6| Dass ein bestimmter Zweck auch Gewalt als letztes Mittel »heiligen« kann, wird wohl auch von den Vertretern der Totalitarismustheorie z.B. bei der Bewertung der militärischen Nieder- →

formung der Legitimationsideologien, z.B. das Motiv der Schaffung eines »neuen Menschen«, das manichäische Weltbild mit seinen Freund/Feind-Schemata und der historischen Determinismus. Dennoch leistet dieses Konzept nicht, was von einer Theorie zu erwarten ist, nämlich eine Erklärung der Entstehung von Herrschaftssystemen. Es bleibt auf der Stufe der Beschreibung stehen. Insofern kann eher von einem Totalitarismusmodell gesprochen werden. Sobald die Fragen des Inhalts der Herrschaft oder der gesellschaftlichen Interessen einbezogen werden, muss das Totalitarismusmodell durch Elemente anderer Theorien ergänzt werden.

Gleichzeitig führt die schablonenhafte Analyse von Herrschaftsstrukturen nicht selten dazu, dass Elemente der Herrschaftssysteme ignoriert werden, die durch das vorgegebene Modell nicht erfasst werden. Die Herangehensweise besteht in einer Übertragung ideologisch vorgeformter Konzepte auf eine passgerecht und entsprechend selektiv wahrgenommene Wirklichkeit und nicht in der Ableitung einer wissenschaftlichen Theorie aus den vorgefundenen Elementen der Herrschaftssysteme.

Greift man in diesem Zusammenhang auf das Sechs-Punkte-Schema von Friedrich/Brzezinski zurück, so zeigen sich hier deutliche Schwächen: Bei der Kriterienauswahl wird selbst ein solch fundamentales Phänomen wie der faschistische Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht als Element der Herrschaftsstruktur erfaßt. Ohne vom Totalitarismusmodell abzuweichen, stellt z.B. Wolfgang-Uwe Friedrich fest: »Zweifellos muss die auf Krieg und Vernichtung orientierte Aggressionspolitik als herausragendes Merkmal der NS-Diktatur betont werden. Nur ist dies im Gegensatz zum Herrschaftssystem nicht konstitutiv für den Totalitarismus.«[8] Dabei ist diese Aggressionspolitik unbestreitbar Teil der Herrschaftsstruktur. Wenn ein solches Merkmal nicht einbezogen werden kann, weil dies dem Konzept der Theorie zuwiderläuft – obgleich die Frage nach dem Zweck der Aggressionspolitik dabei nicht einmal gestreift wird –, dann ist fraglich, was die Totalitarismustheorie zu leisten imstande ist. Die bei der Kritik am Faschismusmodell angeführte Vernachlässigung des Holocaust als zentrales Element des NS-Regimes wird von Vertretern der Totalitarismustheorie überhaupt nicht systematisch behandelt. Allenfalls in Arbeiten, die aus der ungeheuren Opferzahl kommunistischer Regime und des NS-Regimes eine Gleichartigkeit ableiten, so etwa in Teilen das »Schwarzbuch des Kommunismus«[9], kommt der Holocaust vor, ohne seine Genese in den Blick zu nehmen. Schließlich müssen die politischen und wissenschaftlichen Konsequenzen, die das Totalitarismusmodell nahelegt, in den Blick genommen werden. Seine praktische Verwendung findet es in zwei Bereichen: einerseits in der Diskreditierung linker Politikentwürfe, andererseits in der Legitimation des parlamentarisch-demokratischen Systems westlicher Prägung, welches das Gegenmodell zum Totalitarismus abgibt. Diente die Totalitarismustheorie nach 1945 in der Bundesrepublik zur Legitimierung des aktuellen Feindbildes Sowjetunion, die, im Gegensatz zum Faschismus, als lebender Gegner betrachtet wurde, so spielt sie bis heute eine Rolle bei der Diskreditierung aller linken, systemoppositionellen Vorstellungen. Hier erscheint sie im Gewand der Extremismustheorie, die die »Extreme von rechts und links« fein säuberlich von der demokratischen Mitte des Verfassungsstaates separiert.[10] Ein solcher Ansatz ignoriert die historische Tatsache, dass die Weimarer Republik durch die Eliten aus Politik und Wirtschaft an die Nazibewegung ausgeliefert wurde. Ein solcher Ansatz ist blind für die Tatsache, das die Ideologeme der extremen Rechten ihren Platz weit in der Mitte des gesellschaftlichen Raums haben.[11]

Faschismustheorie

Faschismus als Begriff leitet sich von der Selbstbezeichnung der italienischen »Fasci di combattimento« ab, dem von Mussolini organisierten Bund (fascio = Bund), der eine gewaltsame »Wiedergeburt der Nation« anstrebte. Als Bezeichnung eines ideologischen Herrschaftssystems wurde »Faschismus« zur Bezeichnung zahlreicher politischer Regime in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wissenschaftlich ist der Begriff bis heute umstritten: In Frage steht, ob die verschiedenen so bezeichneten Regime eine Schnittmenge in ideologischer Ausformung und politischer Praxis aufweisen, die es rechtfertigt, sie, bei allen Unterschieden, mit einem gemeinsamen Begriff zu kennzeichnen.[12]

War der Faschismusbegriff in der bürgerlichen Wissenschaft der Bundesrepublik schon immer umstritten, so gilt er verstärkt seit 1989/90 als ideologischer Kampfbegriff einer vermeintlich diskreditierten DDR-Historiographie. Neben dieser älteren Kritiklinie entwickelte sich eine linke Kritik am Faschismusbegriff, die in einer vergleichenden Faschismusforschung eine Nivellierung und Verharmlosung →

schlagung der Nazi-Herrschaft nicht bestritten werden. Bei der Bewertung von Gewalt kommt es also gerade auf die Analyse des Verhältnisses zwischen Mittel und Zweck an.

7| Zu anderen, differenzierteren Ansätzen der Totalitarismustheorie vgl. Erlinghagen/Wiegel, Das Totalitarismuskonzept, a.a.O.

8| Wolfgang-Uwe Friedrich, Denkblockaden: Das Totalitarismusmodell aus der Sicht der PDS, in: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hg.), Halbherziger Revisionismus: zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996, S. 111-139, hier S. 131. Friedrich sieht darin ein Argument, auch die DDR als totalitär etikettieren zu können, obwohl ihr eine solche Aggressionspolitik nicht unterstellt werden kann.

9| Vgl. Klotz, Schlimmer als die Nazis?, a.a.O.

10| Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut und die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhardt Jesse sind die führenden Vertreter dieses Ansatzes. Vgl. das von ihnen herausgegebene Jahrbuch Extremismus & Demokratie

11| Vgl. hierzu Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände (bisher 3 Folgen), Frankfurt a.M. 2002-2004.

→ des vom NS-System in Gang gesetzten Völkermordes an den europäischen Juden sah. Die Shoah ist in dieser Sichtweise der ideologische und reale Kerngehalt des zwischen 1933 und 1945 in Deutschland herrschenden politischen Systems, alle Vergleiche mit anderen Systemen stellten eine Verharmlosung dar.

Diese Kritik am Faschismusbegriff gründet auf der tatsächlichen Nicht-Thematisierung der Vernichtung der europäischen Juden als exzeptionellen Akt des NS-Regimes durch zahlreiche Ausprägungen der Faschismusforschung in der Bundesrepublik und der DDR. Mit dieser berechtigten Kritik ist jedoch kein Vorschlag verbunden, wie das zwischen 1933 und 1945 in Deutschland herrschende Regime bezeichnet werden soll. Ebenso wenig ist die Behauptung unumstritten, Antisemitismus und Vernichtungspolitik seien von Anfang bis Ende der zentrale Kern des Regimes gewesen.

Mit der Bezeichnung »Nationalsozialismus« wird die Selbstetikettierung des Regimes übernommen und dessen behauptete Orientierung an einem nationalen »Sozialismus« für bare Münze genommen. Angesichts Ermordung zahlreicher Sozialisten und der expliziten Ablehnung des Marxismus verbietet sich eine solche Übernahme.

Erkenntnisfördernder scheint ein Anknüpfen an differenzierte Formen der Faschismustheorie zu sein, die Faschismus als Ausdruck ideologischer, kultureller Strömungen sehen, die in einer bestimmten, krisenhaften Phase der kapitalistischen Entwicklung zur Macht gelangten und deren Funktion aus Sicht der jeweiligen Eliten u.a. darin bestand, die sozialistische Auflösung der Krisenerscheinungen zu verhindern. Die einzelnen faschistischen Regime unterscheiden sich in ihrer konkreten Ausprägung stark, für die Begriffsbildung ist die Frage entscheidend, ob der kleinste gemeinsame Nenner ausreichend ist, um einen gemeinsamen Begriff zu verwenden. Karin Priester nennt »vier ineinandergreifende und sich bedingende Krisen«, die den historischen Faschismus hervorgebracht haben: »a) das Trauma des verlorenen Krieges (dies gilt auch für Italien; offiziell stand es zwar auf Seiten der alliierten Siegermächte; die nationalistische und frühfaschistische Propaganda verwob aber diverse Frustrationen und Enttäuschungen sehr rasch zum Mythos vom 'verstümmelten Sieg'); b) die ökonomische Krise bei gleichzeitiger Präsenz einer starken und gut organisierten, mehrheitlich reformistischen Arbeiterbewegung; c) die Krise der politischen Institutionen des parlamentarischen Parteienstaates; d) die ideologische Weltanschauungskrise des Bürgertums mit dem wachsenden Stellenwert von Lebensphilosophie, Vitalismus, Gewalt-, Männlichkeits- und Heldenverherrlichung bei einem traditionellen, aber keineswegs originellen Frauenbild.«[13]

Neben diesen historischen Voraussetzungen des Faschismus lässt sich der Begriff in weitere Dimensionen aufgliedern. Karl Heinz Roth schlägt folgende Ebenen vor: »In jeder Untersuchung sollten wir darüber hinaus zwischen drei Reflexionsebenen unterscheiden: Erstens zwischen der faschistischen Ideologie als gouvernementalem Gebrauch von Massenerfahrung, Mentalitäten und Massenvorurteilen; zweitens zwischen der Kontextabhängigen faschistischen Programmatik, aber auch programmatischen Entscheidungsvarianten; und drittens zwischen der zur Realität gewordenen politischen Sozialgeschichte, die wir anhand der Quellen rekonstruieren.«[14]

Stimmt man der Einschätzung zu, dass die Gemeinsamkeiten in der historischen Genese der Faschismen eine gemeinsame Kennzeichnung rechtfertigen, dann spricht nichts dagegen, die offensichtlichen Unterschiede zu benennen; für den deutschen Faschismus das ideologische Primat auf Antisemitismus und Rassismus. Die einst von Ernst Nolte vorgenommene Unterscheidung in »Normalfaschismus« und »Radikalfaschismus« kann nutzbar gemacht werden.[15]

Trefflich lässt sich über eine angemessene Definition des Faschismus streiten, die sich von schematischen Einengungen lösen muss und in der jüngeren, allerdings bislang schmalen Debatte, auch produktiv überwunden wurde.[16] Hält man allerdings an der Ansicht fest, dass im wissenschaftlichen Bereich theoretische Begriffe nicht der Beliebigkeit oder der politischen Opportunität unterliegen, sondern eine Erkenntnisfunktion besitzen, so trägt der Faschismusbegriff zu diesem Erkenntnisgewinn deutlich mehr bei, als sein Pendant »Nationalsozialismus«. ■

Dr. Gerd Wiegel ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter bei MOBIT in Thüringen

12| Vgl. zur Faschismustheorie generell Reinhard Kühnl, Faschismustheorien, Reinbek 1979; Richard Saage, Faschismustheorien, München 1976, Wolfgang Wippermann; Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982, Frankfurt a.M. 1983.

13| Karin Priester, Faschismus war mehr als Rassismus, in: Werner Loh/Wolfgang Wippermann, »Faschismus« – kontrovers, Stuttgart 2002, S. 125-130, hier S 128 f. (Hervorhebung im Orig.) Hier auch weitere interessante Aufsätze zur Debatte um die Begriffe Faschismus und Totalitarismus.

14| Karl Heinz Roth, Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte 2 (2004), S. 31-52, hier S. 32 f.

15| Vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1990 (8. Auflage). Bei aller späteren Faschismusapologetik Noltes bleibt diese Arbeit weiterhin anregend.

16| Vgl. neben den genannten Arbeiten Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln, Weimar, Wien 2002.


KROMHOLZ MIECZYSŁAW
11272
KAMINSKI JAN
ur. 2.2.1919 r., rolnik
przybył 5.4.1941, zginął 5.3.1942

Streit um den DDR-Antifaschismus

Eine kritische Rück- und Vorschau

Stefan Bollinger

Seit dem Zusammenbruch der DDR soll mit der Formel vom »verordneten Antifaschismus« der andere deutsche Staat delegitimiert werden. Damit wird nachdrücklich historisches Selbstverständnis und Existenzberechtigung der anderen »deutschen Möglichkeit«[1] nach der Zerschlagung des Faschismus attackiert. Heute werden Faschismus und Stalinismus in einem Atemzug genannt, wobei letzterer mit dem gesamten Sozialismusversuch gleichgesetzt wird. Die Totalitarismustheorie bestimmt die wissenschaftliche, wie politische Auseinandersetzung. Besonders Konservative pflegen nicht nur für Deutschland die Formel von den »zwei Diktaturen«, den »zwei gleichermaßen inhumanen totalitären Regimes«[2] und ihrer Kontinuität. Es geht um die Leugnung des antifaschistischen Charakters der DDR und der kommunistischen Bewegung. Verbreitet ist heute die These von den politischen Mythen als einer »besonderen Form der Aneignung der Vergangenheit ... Sie dienen der Imagination von Kollektividentität und damit zusammenhängend der Integration und Handlungsfähigkeit politischer Gemeinschaften.«[3] In der Arbeit der Bundestags-Enquete-Kommission wurde so der »'Antifaschismus' als Gründungsmythos der DDR und Legitimationsideologie der SED-Diktatur«[4] abgewertet. Natürlich müssen jene Ansatzpunkte benannt werden, welche die These von der Instrumentalisierung des Antifaschismus zu rechtfertigen scheinen: die strukturellen und symbolischen Gemeinsamkeiten der »zwei deutschen Diktaturen«. Die fatale »Nachnutzung« der KZ durch die sowjetische Besatzungsmacht für Inter-

nierungen, von denen neben Schuldigen auch Unschuldige, bald auch neue politische Gegner betroffen waren. Ebenso erweisen sich die jenseits minimalster Rechtsstaatlichkeit durchgeführten »Waldheim«-Prozesse als »wichtige(r) Katalysator der Diskussionen um die zweifache Diktaturvergangenheit«[5]. Untersuchungen belegen, dass auch kommunistischer Widerstand nicht makellos war.[6] Nicht zuletzt wird nach personellen Kontinuitäten gefahndet, in denen die DDR ehemalige kleinere oder mittlere Nazis weiterverwendete. Dafür wird die NVA oftmals herangezogen, was wenig ergiebig ist, da sie nur in minimalem Umfang, zudem meist durch die Nazis wegen »Hochverrat« in Abwesenheit zum Tode verurteilte Wehrmachtsoffiziere in ihrer Frühphase rekrutierte.

Bedenklich ist allerdings, dass nach 1989 im Osten eine gewaltbereite Neonazi-Szene entstand, für die vor allem die Verfolgungsdefizite der 1980er Jahre sowie spezifische politische und erzieherische Erfahrungen in der DDR verantwortlich gemacht werden.

Antifaschistischer Kampf der deutschen Kommunisten

Eigentlich beantwortet sich die Frage nach dem antifaschistischen Charakter der kommunistischen Bewegung selbst. Faschistischen Bewegungen, auch in Deutschland, entstanden als Reaktion auf deren Erstarken nach dem Ersten Weltkrieg. Sie richteten sich zuerst gegen radikale Linke und zugleich gegen demokratische Strukturen, die diese (aus ihrer Sicht) begünstigten. Nicht zuletzt griff der deutsche Faschismus den Antisemitismus auf und machte ihn zu totbringender Ideologie und Praxis. Die Weimarer Republik, besonders ihre Spätphase ist von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Kommunisten geprägt.

Damals offenbarten sich zwei Schwächen der Kommunisten, die deren Antifaschismus zwar nicht in Frage stellten, jedoch kontraproduktiv wirkten. Einerseits unterschätzten sie die parlamentarische Demokratie Weimars, die sie nicht für verteidigenswert, weil kapitalistisch, hielten. Bestärkt wurden sie durch die antikommunistische Ausrichtung weiter Teile der »auf dem rechten Auge blinden« Staatsbürokratie und Justiz. Andererseits richtete sich ihr pauschaler Faschismusbegriff gegen alle politischen Gegner und Verteidiger des Kapitalismus. Das betraf den Notverordnungs-Kanzler Brüning ebenso, wie die als »Sozialfaschisten« etikettierte SPD. Das entsprach zwar Befindlichkeiten gegenüber einem politischen Gegner, der für das Niederschlagen der Revolution 1918 und den »Blutmai« 1929 mitverantwortlich war, aber eigentlich potentieller Bündnispartner sein sollte. Die von beiden Seiten betriebene Spaltung der Arbeiterbewegung begünstigte letztlich Hitlers Sieg.

Dabei war der KPD die von den Nazis ausgehende Gefahr bewusst und ihre Losung aus dem Jahr 1932 »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler – wer Hitler wählt, wählt den Krieg!« sollte sich bewahrheiten. Nach Machtübernahme und Reichtagsbrand waren folgerichtig die Kommunisten die ersten, die systematisch verfolgt, inhaftiert, ermordet wurden. Ebenso konsequent war die KPD diejenige Kraft, die von 1933 an mit allen Mitteln Widerstand leistete und dafür einen hohen Blutzoll erbrachte. Sie tat dies früher und konsequenter als christliche, bürgerliche oder adlige Widerständler, von denen nicht wenige erst unter dem Eindruck von drohender Niederlage und Holocaust handelten.

Nicht durchlief die KPD einen Klärungsprozess, der sich auf dem VII. Weltkongress der KI und ihrer »Brüssler Konferenz« 1935 manifestierte. Zwar hatte die Formel vom »Faschismus an der Macht« als der »offene(n), terroristische(n) Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«[7] dessen sozialökonomischen Voraussetzungen erfasst, gleichzeitig jedoch sozialpsychologische Aspekte und seine in das Kleinbürgertum wie auch Teilen der Arbeiterklasse reichende Wirkung, wie Basis ausgeblendet. Immerhin rangen sich die Kommunisten zu einer Volksfrontpolitik breiter antifaschistischer Bündnisse durch, die potentiell ein weiter gefasstes Vorgehen hätten ermöglichen können.

Ein anderes Deutschland 1945

Nach Kapitulation und Befreiung 1945 sahen die Kommunisten die historische Chance für die Überwindung nicht allein des Faschismus, sondern auch des Kapitalismus. Sie sahen sich im Einklang mit den Beschlüssen der Alliierten von Potsdam. Für sie ging es um die Beseitigung der sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus. In der SBZ wurden die NSDAP-Mitglieder rigoros aus dem öffentlichen Leben verdrängt. In allen Zonen wurde entnazifiziert, der öffentliche Dienst umgekrempelt. »Der eigentliche Unterschied zur Entnazifizierung in den Westzonen lag nicht im Umfang der Entlassungen, sondern in der späteren Rehabilitierungspraxis. In den West- →

1| Siehe z.B. Günter Benser, Die DDR – eine deutsche Möglichkeit?, Potsdam 1992; Rolf Badstübner, Vom »Reich« zum doppelten Deutschland, Berlin 1999.

2| EPP-ED Group in the European Parliament: Condemning totalitarian Communism. Resolution adopted by the XVIth EPP Congress, Brussels 4 - 5 February 2004, http://www.epp-ed.org/Press/peve04/eve01/res-communism_en.asp [08.12.2004 12:33].

3| Rudolf Speth/ Edgar Wolfrum, Einleitung: Politische Mythen – Geschichtspolitik, in: dies. (Hrsg.): Politische Mythen und Geschichtspolitik. Berlin 1996, S. 7.

4| Schlußbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11000, Bonn 10.06.98, S. 227; publizistisch »bahnbrechend«: Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg 1993.

5| Schlußbericht, S. 240.

6| Siehe Lutz Niethammer (Hrsg.), Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

7| Georgi Dimitroff, Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. 2, Sofia 1976, S. 6.

→ zonen stellte die Rückflut ehemaliger NSDAP-Mitglieder die personelle Kontinuität im öffentlichen Dienst weitgehend wieder her, während in der Sowjetzone eine tiefgreifende politische und soziale Umstrukturierung stattfand. An die Stelle der alten Bildungs- und Besitzeliten traten Funktionsträger, die überwiegend aus bislang sozial unterprivilegierten Schichten stammten. Auch nach ihrer politischen Rehabilitierung blieb ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in aller Regel der Zutritt zum Bereich der inneren Verwaltung, des Polizei- und Justizapparats verwehrt.«[8]

Allein in Thüringen wurden 60.000 Personen aus der Verwaltung entfernt. Insgesamt wurden bis 1947 knapp 400.000 Personen entlassen bzw. nicht wieder eingestellt.[9] Bodenreform und Enteignung der Nazis und Kriegsverbrecher, großzügig interpretiert, aber doch auf positive Resonanz der verbitterten Bevölkerung stützend, schufen Voraussetzungen für weitergehende soziale Umwälzungen.

Zielstrebig wurden aus den unteren Schichten Staatsfunktionäre und eine neue Intelligenz herangebildet, die als von den Nazis Verführte begriffen, vielfach begierig die Chancen für einen geistigen und beruflichen Neuanfang nutzten. Gering zeitversetzt lief in der DDR ab 1948 (signifikant mit der Gründung der NDPD), aber auch in der Kaderpolitik von FDJ, ja selbst SED eine Suche nach Integrationsmöglichkeiten für kleine Nazis und Mitläufer. Im Unterschied dazu boten westliche Besatzungszonen und frühe Bundesrepublik nicht nur diesen, sondern wichtigen Funktionseliten des NS-Regimes eine neue Chance. Die Namen Hans Globke, Theodor Oberländer und vieler Nazi-Militärs und -Juristen belegten dies. Das Argument, den Faschisten nie wieder eine Chance geben zu wollen, nutzte sie aber auch zur Rechtfertigung ihrer diktatorischen Politik.

Konsequent erfolgte eine antifaschistische, zunehmend prosozialistische Umerziehung des Volkes, das sich zwar als durch die Nazis verführt, allerdings auch als verführbar erwiesen hatte. Eine Erziehungsdiktatur schien um so notwendiger und die Interpretation des 17. Juni 1953 gerade als Zeichen dieser Verführbarkeit verdeckte leicht eigene Fehler.

All dies macht die Ambivalenz des DDR-Antifaschismus aus. Die neuen führenden Politiker hatten antifaschistisches Handeln im Widerstand unter Beweis gestellt, waren dafür ins KZ geworfen oder ins Exil gezwungen worden. Sie waren eine Minderheit, die nun gerade Teile der Jugend für eine humanistische Sache begeistern wollte. Sie zielten auf die Beseitigung von Faschismus und Kapitalismus. Sozialpsychologische Befindlichkeiten, individuelles Umerziehen war ihr Ding (und vielleicht in dieser Zeit auch das anderer Neuanfänger) nicht. Die sowjetische Besatzungsmacht bot im Zweifelsfall Rückhalt und die Bonner Republik mit ihrer die Vergangenheit personell wie inhaltlich fortsetzenden kapitalistischen Ordnung stieß ab.

Antifaschistisches Selbstverständnis der DDR

Dank dieser rigorosen Politik begriffen sich die DDR und ihre Führungskader als Vollender des antifaschistischen Kampfes, als Umsetzer von Potsdam. Die DDR verstand sich als Gegenentwurf zu Adenauers Bundesrepublik mit ihren »alten Nazis«, ihrem Antikommunismus und Revanchismus. Innenpolitisch hatte das den Effekt, dass die DDR als »besserer deutscher Staat«, der aus der Geschichte gelernt hatte und von Widerstandskämpfern repräsentiert wurde, die eigenen Bürger weitgehend von Mitverantwortung für den Faschismus entschuldete. Denn die Schuldigen waren demnach allein Kapitalisten und Großagrarier, die in der DDR entmachtet waren. Obwohl kaum ein DDR-Bürger im Widerstand gekämpft, an der Seite der Alliierten, an der Befreiung seines Landes mitgewirkt hatte, wurde nun die Arbeit, im Idealfall die Identifizierung mit dem Arbeiter- und Bauernstaat zum Ticket für »Sieger der Geschichte«. Das war für die Legitimierung der DDR günstig, für die individuelle Auseinandersetzung der Millionen Mitläufer und Passiven, selbst für partiell Mitbeteiligte der leichteste Weg der Entschuldung. Wer aktiv Verbrechen begangen und nicht rechtzeitig in den Westen floh, konnte bis in die 1970er Jahre mit schwersten Strafen rechnen, wenn er entdeckt wurde.

Das Problem solchen Vorgehens liegt auf der Hand, auch wenn antifaschistischer Anspruch und Realität dadurch nicht außer Kraft gesetzt wurden und die DDR in der strukturellen und personellen Überwindung des Faschismus weiter ging als die BRD, obschon die individuelle Auseinandersetzung in Teilen der Gesellschaft im Westen unter dem Eindruck der 68er-Bewegung vielschichtiger und konsequenter erfolgte.

Zu diesen Schwachpunkten gehören: Die einzelnen Widerstandskräfte wurden unterschiedlich bewertet, der nicht-kommunistische Widerstand an den Rand gedrängt. Wertungen unterlagen der politischen Konjunktur, wie

8| Clemens Vollnhals, Einleitung. Das gescheiterte Experiment, in: ders. (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberungen und Rehabilitierungen in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, S. 53.
9 Siehe Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981, S. 45; Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Bonn 1992, S. 206; Klaus Schroeder, Der SED-Staat, München-Wien 1998, S. 66.

dies etwa der Umgang mit dem 20. Juli 1944 betraf, hier ergab sich erst im letzten Jahrzehnt eine souveränere Haltung.

Es erfolgte eine willkürliche Trennung in Kämpfer und Opfer des Faschismus, die bei allem Beklagen des Holocausts sowie der rassisch oder religiös begründeten Verfolgungen und Morden die »passiven« Kräfte benachteiligte und wenig Verständnis für deren spezifischen Probleme aufbrachte. Das schloss die Beschäftigung mit den Judenmorden und ihr Gedenken keineswegs aus, schlug sich in Kunstwerken nieder, aber eben nur in zweiter Linie und wurde zudem überlagert durch die Ablehnung der zionistischen Politik Israels.[10]

Die gelegentlich verschämte, allerdings breite Integration der Mitläufer und kleinen Nazis durch neue politische Strukturen (NDPD), aber auch nach entsprechender (oder vermeintlicher) Bewährung in der SED selbst.

Die Inanspruchnahme des Antifaschismus als Partei- und Staatsangelegenheit, eben als eines »verordneten« Antifaschismus, schloss Lernprozesse von unten, ohne Gängelung, weitgehend aus und musste andere gesellschaftliche Kräfte, angefangen bei der Kirche, abschrecken, zumindest ausschließen. Die allgemeine Krise des Staatssozialismus begünstigte die zunehmende Formalisierung des Antifaschismus. Dazu gehörte in den 1980er Jahren auch eine undifferenzierte Sicht auf abgelehnte Jugendkulturen. Ansätze einer Neonaziszene wurden sogar als noch am ehesten disziplinierte, preußische Tugenden pflegende Kräfte toleriert und sollten gegen andere jugendkulturelle Szenen instrumentalisiert werden Eine Abwertung des Antifaschismus ergab sich zudem durch die pauschale Etikettierung politischer Gegner als Faschisten, seien es unzufriedene Arbeiter 1953 mit der Formel vom »faschistischen Putsch«, die unreflektierte Identifizierung des Bonner Staates oder der USA mit dem Faschismus oder schließlich die Rechtfertigung der Mauer 1961 als »antifaschistischem Schutzwall«.

Der doppelte Mythos

Was der DDR fehlte, war die differenzierte, bis in die Familien hineingetragene Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seiner Massenpsychologie und mit seinen integrativ-korrumpierenden Aspekten. Daran scheiterte das Land der »historischen Sieger« mit seinen zu oft ritualisierten Ehrungen. Gerade darum machte Christa Wolfs »Kindheitsmuster« in den 1970er Jahren so Furore. Die Jugend verlor nicht nur die sozialistischen Ideale, sie hatte immer weniger Bezug zum antifaschistischen Selbstverständnis ihres Landes.

Zum 60. Jahrestag der Befreiung wird allerdings erneut auffallen: Der Streit um den DDR-Antifaschismus, seine vorgebliche Nichtexistenz, ist Streit um gesamtdeutsche Geschichte. Wenn es keine Legitimation für ein anderes, antifaschistisches Deutschland gab, wenn vergessen wird, dass 1945 Demokratie aus dem Westen importiert werden musste, dann wird auch die Frage nach Befreiung oder Kapitulation 1945 aufgehoben.

Im Westen war die Phase der selbstkritischen Reflexion der NS- Vergangenheit bereits vor dem Ende des Staatssozialismus beendet. Schlussstrichmentalität und eine deutsche Opferperspektive bestimmen heute weite Teile des öffentlichen Diskurses. Gerade »unter der Kohl-Regierung (wurde) ... eine offensive, nationalkonservative Besetzung der Geschichte staatspolitisch bereits weit vorangetrieben«[11].

Teile der politischen Klasse und mit ihr verbundene Intellektuelle wollen im Sinne des proklamierten »Endes der Geschichte« den sozialistischen Versuch im Osten nicht nur ad acta legen, sondern generell jede Idee von Utopie, gar Revolution tilgen. Um das eigene System zu legitimieren, muss der anders geartete Versuch kriminalisiert werden. Deren Antifaschismus gemahnt an die sozialökonomischen Voraussetzungen für Faschismus, die nicht alles sind, aber doch wesentlich. Und er erinnert daran, dass die demokratisch-kapitalistische Ordnung vor der faschistischen Option nicht gefeit ist.

Wir erleben, dass ein Mythos durch einen anderen ersetzt wird. Der Osten legitimierte sich durch den Antifaschismus. Dies wird zum Gründungsmythos stilisiert und verworfen. Durch die pauschale Erklärung, der Stalinismus sei mindestens so schlecht, auf jeden Fall länger als der Nationalsozialismus an der Macht gewesen, bleibt nun der Mythos von den »rotlackierten Faschisten« (Kurt Schumacher) zurück. Warum sollte man da noch Antifaschismus ernst nehmen? ■

Dr. Stefan Bollinger ist Historiker und lebt in Berlin

10| Siehe z.B. Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz, Berlin 1995.

11| Ebd., S. 13

KZ-Gedenkstätten in der BRD

Der lange Kampf um das Gedenken an die Opfer des NS und das Erinnern an die nationalsozialistischen Verbrechen

Marc Czichy

Zur Mitte bis zum Ende der 1990er Jahre schien es so, als hätten sich KZ-Gedenkstätten einen unangreifbaren Platz in der Erinnerungskultur der BRD verschafft. Die Vielfalt von Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen und ihre mannigfaltige Bedeutung als Orte des Gedenkens, als Orte des Lernens sowie als Orte wissenschaftlicher Forschung hatten – so schien es – eine gesellschaftliche und politische Anerkennung gefunden. Ein langer Weg, der seinen Anfang mit der Wiederkehr der NS-Vergangenheit in die BRD der 1960er Jahre und der Gründung der ersten KZ-Gedenkstätte (Dachau im Jahr 1965) genommen hatte, war offenkundig an einem ersten Markstein angekommen. Die Notwendigkeit von KZ-Gedenkstätten und deren gesellschaftliche und politische Bedeutung konnte nicht mehr wegdiskutiert werden.

Diesem Befund ist zunächst durchaus zu zustimmen. Gerade in den letzten zwei bis drei Jahren ist er allerdings massiv ins Wanken geraten. Angesichts der in dieser Zeit begonnen Debatten um die deutschen Bombenopfer und ein »Zentrum gegen Vertreibungen« ist ein »erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel« (Norbert Frei) manifest geworden, der den Unterschied zwischen NS-Opfern und NS-Tätern zunehmend verwischt. In diesem Kontext sieht sich auch die scheinbar unangreifbare Bedeutung von KZ-Gedenkstätten zur Disposition gestellt.

Geschichte der KZ-Gedenkstätten in der BRD

Das gesellschaftliche Klima des Verdrängens und Beschweigens sowie die von Seiten der Adenauer-Regie-

rung forcierte Vergangenheitspolitik, welche die individuellen Folgen der politischen Säuberung durch alliierte Gerichte zurücknahm (Amnestiegesetze, Beendigung der Entnazifizierung etc.), prägten den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1950er Jahren. Zwar wurden diese Maßnahmen durch eine Politik der normativ-symbolischen Abgrenzung von der NS-Zeit begleitet, dennoch nahm die bundesdeutsche Öffentlichkeit die nach 1945 zunächst recht zahlreich erschienen Selbstzeugnisse von Shoa-Überlebenden und weiteren Opfern nationalsozialistischer Verbrechen nicht zur Kenntnis. Mit anderen Worten: die Opfer kamen in den vergangenheitspolitischen Diskursen der damaligen Zeit schon einmal gar nicht vor.

Eine Wiederkehr der NS-Vergangenheit in der BRD ließ sich erst in den 1960er Jahren beobachten. Auslöser waren u.a. der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht in den Jahren 1961/62 und der Auschwitz-Prozess vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main gegen 20 ehemalige Angehörige des Lagerpersonals zwischen 1963 und 1965. Gerade die Aussagen von Überlebenden im Auschwitz-Prozess konfrontierten die bundesrepublikanische Gesellschaft mit dem organisatorischen Ausmaß des systematischen Massenmords und dem schrecklichen Leid der Opfer.

Im Jahr 1965 wurde – wie bereits erwähnt – mit Dachau praktisch zeitgleich die erste KZ-Gedenkstätte in der BRD eingerichtet. Das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers war von den Alliierten zunächst als Internierungslager für Angehörige der SS und Funktionäre der NSDAP verwendet worden. Nachdem die US-Armee die Baracken des Lagers 1948 freigegeben hatte, wurden dort Flüchtlinge untergebracht. Zuvor waren allerdings Pläne des Bayrischen Landtags gescheitert, am historischen Ort erneut ein Lager für »Asoziale Elemente« einzurichten. 1955 gründeten ehemalige Dachauer Häftlinge während eines internationalen Treffens zum zehnten Jahrestag der Befreiung das Internationale Häftlingskomitee neu. Insbesondere auf das Engagement der ehemaligen Häftlinge ging dann in den folgenden Jahren die Auflösung der Wohnsiedlung für Flüchtlinge und die Errichtung der Gedenkstätte zurück, deren Räumlichkeiten am 9. Mai 1965 eröffnet wurden. Ein Jahr später wurde auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen ein Dokumentenhaus mit einer Ausstellung zur Geschichte des KZ eröffnet. Nachdem das Lager von 1945 bis 1950 als Displaced Persons Camp – insbesondere für jüdische DP`s – Verwendung fand, erhielt 1952 das Land Niedersachsen die Verantwortung für die Errichtung einer Gedenkstätte. Die Realisierung zog sich dann bis 1966 hin. Erst 1990 wurde das Dokumentenhaus mit seiner inzwischen völlig veralteten Ausstellung erweitert, neugestaltet und mit einer neuen Dauerausstellung versehen.

Sehr viel länger dauerte die Realisierung einer Gedenkstätte auf dem Gebiet des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme. Nachdem die britischen Besatzungsbehörden das Lager im Jahr 1948 an die Stadt Hamburg übergeben hatten, errichtete diese dort zunächst ein Gefängnis. Erst 1953 wurde auf Druck insbesondere von ehemaligen französischen Häftlingen eine erste Gedenksäule auf dem Gelände der ehemaligen Lagergärtnerei aufgestellt. Am gleichen Ort wurde dann 1965 – auch hier war das Engagement der ehemaligen Häftlinge notwendig – ein Mahnmal bestehend aus einer Stele, einer Plastik und einer Gedenkmauer mit Nationalitätentafeln eingeweiht. Es vergingen nochmals 15 Jahre bis 1981 endlich eine Gedenkstätte mit einem Dokumentenhaus eingerichtet war und eine kleine Gruppe fester MitarbeiterInnen ihre Arbeit aufnehmen konnte. Diese schlaglichtartigen Anmerkungen zur Etablierung und Einrichtung von KZ-Gedenkstätten in der BRD sollen zum einen zeigen, wie sehr hier das Engagement ehemaliger Häftlingsgruppen von Nöten war, zum anderen wie lang der Weg zu einer arbeitsfähigen KZ-Gedenkstätte sein konnte – insbesondere gegen jeweils konkrete Widerstände vor Ort. Lokale Widerstände spielten aber auch bei der Einrichtung weiterer KZ-Gedenkstätten in den 1980er und 1990er Jahren eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese Jahrzehnte lassen sich gewissermaßen als »Gründerzeit« für die KZ-Gedenkstätten in der BRD bezeichnen. Erst in diesen Jahren erfolgte die Gründung einer Vielzahl kleinerer, dezentraler Gedenkstätten, die zunächst nicht so im Mittelpunkt – gerade einer internationalen Öffentlichkeit – gestanden hatten, wie etwa Dachau oder Bergen-Belsen.

Dezentrale Gedenkstätten-Arbeit: Das Beispiel Niedersachsen

In Niedersachsen setzte in den 1980er Jahren eine politische Debatte über Konzepte regionaler und lokaler Gedenkstättenarbeit ein. Diese erreichte auch den Landtag und im Januar 1990 wurde dort durch einstimmigen Beschluss, die »Politische Un- →

→ terstützung für die Arbeit und Finanzierung der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Niedersachsen« auf den Weg gebracht. Das in der BRD seinerzeit einmalige Konzept dezentraler Gedenkstättenarbeit stand Pate für ähnliche Einrichtungen in weiteren Bundesländern und wurde ab 1991 von der damaligen rot-grünen Landesregierung mit jährlich 400.000 DM unterstützt. Das Konzept trug dazu bei, die vier regionalen Gedenkstätten in privater Trägerschaft nämlich das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager in Papenburg sowie die Gedenkstätten Salzgitter-Drütte, Moringen und Sandbostel auf eine bessere finanzielle Basis zu stellen bzw. ihre Institutionalisierung als Gedenkstätte überhaupt erst zu ermöglichen. Für die KZ-Gedenkstätte Moringen geschah dies beispielsweise erst 48 Jahre nach der Befreiung im Jahr 1993.[1] Insbesondere waren es aber Einzelpersonen und Gruppen vor Ort, welchen es gelang, die Gedenkstätten nach zähem Ringen zu etablieren. So zog sich beispielsweise in Moringen die Auseinandersetzung um einen adäquaten Umgang mit der Geschichte der dortigen drei Konzentrationslager (1933 Männer-KZ, 1933-1938 Frauen-KZ, 1940-1945 KZ für männliche Jugendliche) über mehr als zehn Jahre hin. Markstein der Auseinandersetzung war unter anderem eine Debatte im Moringer Stadtrat, welche die lokale Presse 1983 mit der in der BRD wohl einzigartigen Schlagzeile »Rat akzeptiert: Es gab ein KZ« kommentierte.

Das seit 1990/91 in Niedersachsen praktizierte Konzept der dezentralen Gedenkstättenarbeit ist ein Schritt in eine richtige Richtung gewesen, weil historische Orte der NS-Verbrechen im Land markiert werden konnten, die bis dato dem Vergessen anheim gefallen waren. Trotzdem blieb die finanzielle Ausstattung der Gedenkstätten gemessen an ihren vielfältigen Aufgaben unbefriedigend. Auch deshalb schlossen sich – wie in anderen Bundesländern auch – die niedersächsischen KZ-Gedenkstätten und Spurensuche-Initiativen im Jahr 2000 zu einer Interessengemeinschaft zusammen. Diese konnte jedoch nicht verhindern, dass mit dem Regierungswechsel in Niedersachsen 2003 das Projekt der dezentralen Gedenkstätten-Arbeit zur Disposition gestellt wurde. Der von der neuen CDU/FDP-Landesregierung forcierte Umbau der dezentralen Gedenkstättenförderung durch die Etablierung einer »Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten«, in der sich die finanzielle Förderung in erster Linie auf die Gedenkstätte Bergen-Belsen konzentriert, stellt die gewachsene dezentrale Erinnerungskultur im Land in Frage. Es ist möglich und sogar sehr wahrscheinlich, dass die Stiftungskonzeption der Landesregierung den Bestand der vier Gedenkstätten DIZ Emslandlager, Sandbostel, Salzgitter-Drütte und Moringen in den nächsten Jahren massiv gefährden wird. Diese Entwicklung ist in Sachsen – politisch noch zusätzlich aufgeladen durch die Auseinandersetzung bezüglich des Gedenken an die Opfer des NS und die Opfer der SED-Diktatur – durch das dortige Stiftungsgesetz für sächsische Gedenkstätten erinnerungspolitisch noch weiter auf die Spitze getrieben worden. Hatte einer der Leitsätze in den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Bundestages zur »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« noch geheißen: »NS-Verbrechen dürfen nicht durch die Auseinandersetzung mit dem Geschehen der Nachkriegszeit relativiert werden«, so dreht das sächsische Stiftungsgesetz diesen Leitsatz zu Gunsten des Gedenkens an die Opfer der SED-Diktatur praktisch um. Noch einen geschichtspolitischen Schritt weiter in der Relativierung der Opfer des Nationalsozialismus und damit auch in der Herabsetzung der KZ-Gedenkstätten im erinnerungspolitischen Diskurs geht der sogenannte »Nooke-Antrag« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der sich der »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland« widmet.

Erinnerungspolitscher Paradigmenwechsel per Gesetz: Der Nooke-Antrag

Von einer breiteren Öffentlichkeit zunächst unbeachtet sollte der sogenannte »Nooke-Antrag« der CDU-CSU-Fraktion unter der Federführung des Berliner CDU-Abgeordneten Günter Nooke erstmals am 9. November 2003 und dann nochmals am 30. Januar 2004 in den Bundestag eingebracht werden. Mit dem Nooke-Antrag beabsichtigte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in direkter Anlehnung an das »Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft« ein neues inhaltliches, administratives und finanzielles Gesamtkonzept für die Gedenkstättenförderung durch den Bund auf den Weg zu bringen. Auf Grund der heftigen Kritik an diesem Gesetz sowie an der Arbeit der Gremien der sächsischen Stiftung seitens des Zentralrats der Juden in Deutschland, des Zentralrats deutscher Sinti und Roma und aller mit der sächsischen Stiftung verbundenen NS-Opferverbände zog die

1| Es stimmt vor diesem Hintergrund doch nachdenklich, wie schnell die Institutionalisierung von SED-Gedenkorten möglich war. Für die Etablierung zentraler Gedenkstätten wie beispielsweise der Stasi-Opfer-Gedenkstätte in Hohenschönhausen genügten weniger als 15 Jahre.

Union die erste Vorlage des »Nooke-Antrags« zurück. Der Antrag wurde dann jedoch am 17. Juni 2004 praktisch unverändert wieder in Bundestag eingebracht. Bezüglich dieses »neuen« Antrags kritisierte die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland u.a. »[...] die Anknüpfung der Beschlussvorlage an die seit einiger Zeit zu beobachtende Wiederbelebung des deutschen Opfermythos, insofern die Vorlage auch auf die Errichtung nationaler Gedenkstätten für die »Opfer von Krieg und Vertreibung« sowie für die »zivilen Opfer der alliierten Luftangriffe des Zweiten Weltkriegs« abzielt.« Die Arbeitsgemeinschaft führte weiter aus, das Papier knüpfe direkt an frühe (west-) deutsche Schuldentlastungsmechanismen an und kritisierte des Weiteren die unhaltbare Reduktion der Erinnerung auf ein »würdiges Gedenken aller Opfer«. In der Debatte im Bundestag am 17. Juni 2004 verteidigte Nooke »seine« Beschlussvorlage und kleidete diese unter anderem in folgende griffige Formel: »Bautzen ist nicht Auschwitz. Trotzdem muss auch Bautzen als Synonym für die Verbrechen der SED-Herrschaft Teil unseres nationalen Bewusstseins sein.« Im weiteren Verlauf der Debatte kritisierten RednerInnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Beschlussvorlage zum Teil recht heftig. Dieser Kritik widersprechen allerdings stellvertretend Aussagen von Außenminister Fischer (»Nie wieder Auschwitz« statt »Nie wieder Krieg«« zur Legitimierung des Einsatzes der Bundeswehr im Jugoslawienkrieg 1999) oder von Bundeskanzler Schröder, der sich ein Holocaust-Mahnmal wünscht, »wo die Leute gerne hingehen«. Wenn in diesem Text der »Nooke-Antrag« eine zentrale Rolle spielt, dann eben nicht deshalb, um die politische Verantwortung von SPD und Grünen am skizzierten erinnerungspolitischen Paradigmenwechsel zu negieren. Vielmehr soll deutlich werden, das mit dem »Nooke-Antrag« ein geschichts- und erinnerungspolitisches Programm auf den Weg gebracht werden soll, mit dem die Singularität der NS-Verbrechen und des Gedenken an die Opfer dieser Verbrechen in der BRD per Gesetz endgültig ausgehebelt wird. Außerdem steht die finanzielle Ausstattung und das in den letzten Jahrzehnten erworbene politische und gesellschaftliche Gewicht der KZ-Gedenkstätten in der BRD mit diesem Antrag zur Disposition. Im 16. Februar 2005 wurde der »Nooke-Antrag« im Rahmen eines ExpertInnen-Hearings vor dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien verhandelt.[2] Gegenwärtig deutet einiges daraufhin, dass sich insbesondere die SPD – wie so häufig in den letzten Jahren – politisch auf die CDU/CSU zu bewegen wird.

Was kann mensch tun: KZ-Gedenkstätten und die radikale Linke

Zum Abschluss seien noch einige Anmerkungen zum Verhältnis zwischen KZ-Gedenkstätten und der radikalen Linken gestattet. In den letzten Jahren – so belegen es jedenfalls eigene Erfahrungen mit der linken Szene in Göttingen und deren praktisch nicht vorhandener politischer Bezug auf die KZ-Gedenkstätte Moringen (Moringen ist 20 km von Göttingen entfernt) – hat es die radikale Linke weitgehend versäumt, die KZ-Gedenkstätten als Fixpunkte erinnerungspolitischer Debatten ernst zu nehmen.[3] Wenn es aber darum geht, den »erinnerungspolitischen Diskurs in der BRD anzugreifen« wie es häufig unter völliger Verkennung der politischen Machtverhältnisse heißt, dann wäre es doch sinnvoll – so weit dies politisch möglich ist – den Kontakt zu KZ-Gedenkstätten zu suchen und im Zweifelsfall auch politisch für den Erhalt der Einrichtungen einzutreten. Leider ist es aber so, das gerade in antideutschen Szeneblättern, wie der »Phase 2«, die MitarbeiterInnen von KZ-Gedenkstätten und Geschichtsinitiativen immer wieder als Korrektive bei der Etablierung eines revisionistischen Erinnerungsdiskurses in der BRD diffamiert werden. Diese Aussage ist inhaltlich kaum haltbar und trägt politisch wenig aus. Vielmehr sollte gerade die Zusammenarbeit mit sogenannten »zivilgesellschaftlichen« Gruppen und Institutionen, wie eben KZ-Gedenkstätten, in geschichts- und erinnerungspolitischen Fragen gesucht werden. Denn eins dürfte klar sein: Bundesweit muss der erinnerungspolitische Kampf um die Bedeutung des Gedenkens an die Opfer des NS mit den KZ-Gedenkstätten als Fixpunkten im Jahr 2005 neu geführt werden. ■

Marc Czichy ist Historiker und lebt in Göttingen

2| Bei Redaktionsschluss hatte dieses Hearing noch nicht stattgefunden, so das die Ergebnisse im vorliegenden Artikel leider nicht berücksichtigt werden konnten.

3| Ob dieser Nichtbezug auf Gedenkstätten auch mit einer Abwehrhaltung gegenüber einer direkten Konfrontation mit dem konkreten Leiden ehemaliger NS-Verfolgter zu tun hat, die es dann eben nicht mehr ermöglicht, NS-Opfer nur als Mittel zum Zweck im politischen Diskurs zu benutzen, kann hier als Gedanke nur angedeutet werden.





Die Zukunft des Gedenkens

Am 10. Mai wird in Berlin das Holocaustmahnmal eingeweiht werden. Die Feierlichkeiten werden den Höhepunkt des »Supergedenkjahres« 2005 darstellen. Der 60. Jahrestag des Kriegsendes bedeutet zweifellos eine Zäsur. Doch welche Rolle wird die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland künftig spielen? Wie und mit welchen Argumenten sollen sich »Linke« und »AntifaschistInnen« künftig in diesem Feld positionieren?

Einschätzungen von Eckart Schorle/Erik Plummer (Projektgruppe Erfurt im Nationalsozialismus) und
Lars Freitag (Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität)

Eckart Schörle und **Erik Plummer** sind Mitglieder der Projektgruppe »Erfurt im Nationalsozialismus«

Seine Rede zum 60. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1998 beendete Ignatz Bubis mit den Worten: »Wir sind es den Opfern der Shoah schuldig, ihrer nicht zu vergessen! Wer diese Opfer vergisst, tötet sie noch einmal!«. Das Gedenken an die Opfer der Shoah als einzelne und einzigartige Menschen entreißt sie der Anonymität, in die sie durch Entrechtung, Enteignung und Ermordung gedrängt worden sind. In dieser Erinnerungsfunktion ist das Gedenken ein Wert an sich und geht nicht in abstrakter Erinnerungspolitik auf. Das konkrete Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sollte im Mittelpunkt des Erinnerns an den Nationalsozialismus stehen und ist gegen jeden relativierenden deutschen Opferdiskurs zu verteidigen.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung 1995 befürchteten viele in der Linken eine Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch Gesellschaft und Politik. Mit einem letzten großen Gedenk- und Erinnerungsrummel, so die Vermutung, sollte der vielpropagierte Schlussstrich endlich gezogen werden. Die Entwicklung verlief jedoch anders: In der Folgezeit war ein wachsendes Interesse an Themen des Nationalsozialismus zu beobachten. Auf staatlicher Ebene wird die Shoah als zentraler Bestandteil deutscher Geschichte anerkannt und bildet eine wichtige Grundlage der Rechtfertigung heutigen politischen Handelns. Die Gefahr der Instrumentalisierung ist durch Fischers Begründung des deutschen Militäreinsatzes im Kosovo mit Auschwitz offensichtlich geworden.

Obwohl das Thema Nationalsozialismus eine große Präsenz aufweist, sieht es bei dem konkreten Wissen über Funktionsweise und Bedingungen, aber auch über den konkreten Alltag der nationalsozialistischen Herrschaft eher dürftig aus. Die irrige Annahme, man wisse doch schon alles, ist leider auch bei der Linken verbreitet. Stattdessen lässt sich beobachten, dass eine Personalisierung des Nationalsozialismus auf Hitler bzw. eine undifferenzierte Einteilung in »die Juden«, »die Nazis« und »die Deutschen« wieder an Einfluss gewinnt. Die Beschränkung der Beschäftigung mit dem NS auf eine abstrakte und vermeintlich ideologiekritische Ebene sowie einen (antideutschen) Verbalradikalismus antizipiert eine ähnlich schlichte Einteilung der sozialen Wirklichkeit unter umgekehrten Vorzeichen und erscheint vor diesem Hintergrund problematisch und hilflos.

Die Linke sollte sich stattdessen herausgefordert fühlen, dem zunehmenden deutschen Opferdiskurs etwas entgegen zu setzen. Eine Möglichkeit besteht schlicht in der unspektakulären Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit vor Ort. Eine solche Praxis geht von dem Leid der Opfer aus und sollte an diese Menschen erinnern. Zugleich gilt es mit einer differenzierenden Herangehensweise, ideologische und gesellschaftliche Bedingungen zu analysieren und die Akteure der NS-Tätergesellschaft in allen Bereichen in den Blick zu nehmen, um festgefügte Kategorisierungen wie »Deutsche« und »Juden« aufzubrechen.

Langfristig muss auch die Linke die (anti)deutsche Nabelschau aufgeben und sich einer Auseinandersetzung mit der zunehmenden Europäisierung des Erinnerns stellen. Der Wunsch nach der Herausbildung einer europäischen Erinnerungskultur ist keineswegs auf Deutschland beschränkt, wie die Einladung Köhlers zum Jahrestag des Warschauer Aufstands durch das polnische Parlament und der Einbindung Schröders in die D-Day-Feierlichkeiten gezeigt haben. Eine Analyse, die jede Form von Europäisierung oder Diskussionen jenseits des deutschen Kontextes unter Generalverdacht stellt, verkennt diese Entwicklung. Nur eine dezentrale, basisorientierte Erinnerungspraxis, die den europäischen Rahmen mit einbezieht, kann den deutschen Opferdiskursen oder verharmlosender Gleichmacherei, wie sie in der Diskussion um einen Zentrum gegen Vertreibung anklingt, wirkungsvoll entgegentreten. ■

Am Ende doch ein Sieger

Erinnerung an die Shoa ist nicht nur Ritual, sondern derzeit Deutschlands beste Strategie sich der jüdischen Opfer zu entledigen.

Im Dezember wurde die letzte Stele des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas gesetzt. Sie ist der vorerst abschließende Schritt in der rot-grünen Reise durch die Vergangenheit, die am 9. Mai 2005 ihren mutmaßlichen Höhepunkt finden wird: Gerhard Schröder gedenkt an diesem Tag zusammen mit dem russischen Präsidenten Putin der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und macht die Bundesrepublik am sechzigsten Jahrestag der Niederlage zu Siegerin über die Geschichte. Wieso gerade ein sozialdemokratischer Kanzler jene Gesten der selbstbewussten Normalisierung in Siebenmeilenstiefeln vollzieht, die alle Repräsentanten des postnationalsozialistischen Deutschlands vor ihm nicht einmal zu denken gewagt hätten, hängt auch mit der heutigen, sich in den letzten zehn Jahren fulminant gewandelten, Erinnerungskultur zusammen. Deren Generationen- und Perspektivenwechsel – die selbst Begriffe wie »Vergangenheitsbewältigung« zur Historie werden lies – kennzeichnet sich nicht mehr durch die reflexhafte Schuldabwehr samt apologetischen Unterton sondern agiert weitaus »skeptischer« und »sensibler« im Umgang mit dem nationalen Gedächtnis, als die identitären und Deutschland als »normale« Nation gerierenden Ansätze aus früheren Tagen. Heute wird die moralische wie finanzielle Anerkennung der Schuldfrage durchaus eher mit ja beantwortet als plump verweigert, heute beliefert man Israel, als Staat der überlebenden Jüdinnen und Juden wie selbstverständlich mit U-Booten zur notwendigen Selbstverteidigung, heute wird der klassische Antisemitismus offiziell geächtet und selbst sekundäre Chiffren von Judenhass problematisiert. Die Deutschen also eine »geheilte Gesellschaft«?

Mitnichten. Die Anerkennung darüber, dass 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz so intensiv über Shoa und Nationalsozialismus geredet wird, wie wahrscheinlich noch nie, dass selbst »wirkliche« Auseinandersetzung mit nationalsozialistischer Geschichte stattfindet, die vor Betroffenheit nur so trieft, kommt erstens sechzig Jahre zu spät – denn die Opfer haben nichts mehr davon – und ist zweitens trotzdem vorrangig funktional. Denn als zentrale Kategorie des »modernen« zivilgesellschaftlichen Erinnerns erscheint neben der eigenen Partizipation die vorgebliche Verhinderung von Leid. Der vernunftkritische Kategorische Imperativ der Frankfurter Schule »Alles dafür zu tun, dass sich Auschwitz nicht wiederhole« ist dabei durchaus in der gesellschaftlichen Deutung angekommen, wird allerdings ergänzt: Mit Hilfe der »Anthropologisierung von Leid«, dem Ausblenden des spezifischen Charakters, erscheint die Shoa zunehmend universalisiert. »Flucht und Vertreibung« der Deutschen werden mittels einer dem Holocaust entnommen Bildsprache in dessen Nähe gerückt, dehistorisiert und im schlimmsten Falle gar mit diesem identifiziert. In diesem theoretisch durchaus fundierten und konfliktös daherkommenden Diskurs wirken die Einbeziehung von kollektivem Gedächtnis, Trauma- und Zeitzeugenforschung sowie der Auseinandersetzung mit den lieux de memoire zwar nicht mehr als Felder einer »vitalen Verdrängung«, mit einer Erinnerung, die den Opfern gerecht wird, hat sie allerdings genauso wenig zu tun.

Wenn das Holocaust-Mahnmal Anfang Mai mit »seinem asketischem Reiz«, »seinem eigentümlichen Anmut« und der »außergewöhnlichen Detailqualität der Bauführung« [FAZ v. 12. Juli 2004] eröffnet wird, hat es Deutschland geschafft. Erinnerung an und Befreiung von den ermordeten Jüdinnen und Juden in einem, so ließe sich die Leistung funktionalen Gedächtniseinsatzes beschreiben. Das, was für die Moral des Holocaust gehalten wird, universalisiert und pluralisiert sich jenseits des historischen Geschehens von Auschwitz. Um inflationäre wie substanzlose Gesten ist man dabei nie verlegen. In Wirklichkeit aber ist das »methodische Vermeiden« und die wohlfeile Moral des allgegenwärtigen Erinnerns bereits ein großer Schritt zu einem sich des Gedenkens bemächtigenden Vergessens, in dem Jüdinnen und Juden zur Statisterie verkommen. ■

Lars Freitag ist Redakteur der »Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität« www.phase-zwei.org



Wir sind nicht zu ersetzen

Peter Gingold
im Interview

AIB: Bei den Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung entsteht der Eindruck, dass die extreme Ausgrenzung, mit der Ihr als kommunistische Widerstandskämpfer und –kämpferinnen in den 1950er und 1960er konfrontiert wart, heute so nicht mehr existiert. Hat sich tatsächlich etwas verändert?

Peter Gingold: Wir sind nach wie vor ausgegrenzt. Aber die Ausgrenzung, die ich in der Zeit nach 1945 und bis in die letzten Tage der DDR erlebt habe, die gibt es nicht mehr. Das ist sicherlich darauf zurück zu führen, dass die dritte und vierte Nachkriegsgeneration nicht mehr so belastet ist vom Antikommunismus wie die Tätergeneration und die erste Nachkriegsgeneration. Denn der war während des Kalten Kriegs so etwas wie die Staatsdoktrin, mit der alles begründet wurde. Dass es möglich war Kommunisten derartig auszugrenzen, wie in der alten Bundesrepublik, hing damit zusammen, dass 8. Mai 1945 in dem Bewusstsein der überwiegenden Mehrheit der Menschen – ich würde fast sagen bei fast 90 Prozent der Bevölkerung – eine Niederlage war. Der 8. Mai war ihre Kapitulation. Dieser Krieg endete doch nicht mit einer eigenen Teilnahme der deutschen Bevölkerung, wie der Erste Weltkrieg mit der Revolution geendet hatte. Es gab keine Selbstbefreiung. Sie sind besiegt worden, und befreit wurden sie vor allem durch die Rote Armee. Auf der Seite der Sieger standen sozusagen die Kommunisten.

So war es der Mehrheit der Bevölkerung möglich nach 1945 ganz reibungslos den Übergang zu vollziehen vom Nazi-Reich zur Bundesrepublik. Es gab keine Wut der Bevölkerung gegen die, die den Krieg und das Elend verursacht hatten, keinen Zorn. Es gab eher Mitleid mit ihnen, als sie vor den Kriegsverbrecherprozessen standen. Im Nazi-Reich wurde kein Unterschied zwischen Antikommunismus und Antisemitismus gemacht. Nach 1945 schämte man sich in Deutschland des Antisemitismus – jedenfalls offiziell, und manche möglicherweise sogar aufrichtig –, aber der Antikommunismus wurde vollkommen übernommen und im Kalten Krieg zur Staatsdoktrin. Das erklärt, wie es möglich war, uns derartig auszugrenzen. Das hat sich natürlich fortgesetzt darin, dass der kommunistische Widerstand ausgeklammert wurde und bis heute ausgeklammert bleibt.

Du hast an anderer Stelle in diesem Zusammenhang von einer »Schlacht um die Vergangenheit« gesprochen, und als Beispiele den Film »Der Untergang« oder die Serien von Guido Knopp genannt. Wie erlebst du den gesellschaftlichen Umgang mit dem 60. Jahrestag der Befreiung?

Meiner Ansicht nach wird derzeit alles ganz schlimm relativiert, zum Beispiel, in der Art und Weise, wie der 8. Mai und die Befreiung dargestellt werden: Dass nämlich die Deutschen genauso Opfer waren wie alle anderen oder dass die Toten der alliierten Luftbombardements beispielsweise auf Dresden oder Magdeburg mit den Millionen Toten des Holocaust gleichgesetzt werden. Auf diese Weise wird die Vergangenheit vernichtet.

Andererseits erlebe ich durchaus auch etwas positives – ohne jetzt Zweckoptimismus verbreiten zu wollen: Ich erlebe beispielsweise an Schulen, aber auch bei Demonstrationen einen Teil von Jugendlichen – und in einem Umfang, wie ich es in den ersten Nachkriegsjahren nicht erlebt habe –, die sich mit der Vergangenheit beschäftigen und die wissen wollen, wo ihre Urgroßväter und Großväter bzw. Urgroßmütter und Großmütter waren. Gefährlich ist, dass zur Zeit eine zweite Tendenz sehr stark wird unter Jugendlichen: Und dass sind diejenigen, die aus ihrer Beschäfti- →

→ gung mit der Vergangenheit die eigenen Großeltern verklären zu Helden, die gekämpft haben, und dann mit den Neonazis losziehen.

Was ist denn deine Vision, was passieren wird, wenn Ihr als Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung nicht mehr lebt? Was denkst du, in welche Richtung das gehen wird, wenn Ihr nicht mehr da seid?

Das beschäftigt uns sehr. Deswegen sind wir so stark daran interessiert, Jugendliche anzusprechen. Sie zu bewegen, dass sie sich mit dieser Vergangenheit beschäftigen und das übernehmen, was wir in Zukunft nicht mehr machen können. Sicherlich, ein Zeitzeuge ist unersetzbar. Wir sind unersetzlich. Es ist etwas ganz anderes. Das sage ich mir auch immer, wenn ich in Schulen bin und vor Schulklassen spreche. Dann gibt es immer LehrerInnen, die sagen, sie hätten in Jahren nicht das vermitteln können, was wir in zwei Stunden rüberbringen. Für mich ist es auch deshalb so wichtig an Schulen zu gehen, weil diese Jugendlichen normalerweise sonst nie einen Zugang finden würden zu diesem Thema. Manchmal passiert es mir, wenn ich auf Kundgebungen spreche gegen Nazidemonstrationen, dass ich dabei Jugendlichen begegne, die mir dann sagen: »Herr Gingold, Sie werden mich nicht erkennen, aber Sie waren doch mal bei uns in der Schule...«. Und jetzt sind sie dabei und engagieren sich.

An diesem Punkt setzt unser ganz großes Anliegen an: Es gibt so viele Antifa-Gruppen, die sich meistens anlassbezogen organisieren und dann sind sie wieder weg. Für mich und für uns ist es immer wichtig, dass Jugendliche, die schon mal interessiert sind, in eine feste Organisation gehen und dabei bleiben. Im Grunde genommen ist das der Sinn der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die seit 50 Jahren existiert. Ohne die VVN wäre vieles – wie z.B. die vertiefte Erinnerungsarbeit oder mit Gedenkstättenfahrten mit Jugendlichen gar nicht möglich gewesen. Der VVN/BdA ist das, was wirklich bleibt. Inzwischen haben wir kaum noch Überlebende, sondern 80 Prozent der Mitglieder sind Nachgeborene. Gerade da braucht es eine solche kontinuierliche Organisation, die ständig etwas macht und sich bemüht.

Das ist eigentlich ein gutes Stichwort, für einen Themenkomplex, der viele autonome AntifaschistInnen immer noch bewegt. In den 1980ern und später auch gab es ja heftige Auseinandersetzungen mit Teilen der DKP und auch mit VVN/ BdA, beispielsweise um die Aktionsformen von militanten AntifaschistInnen, aber auch um die Art und Weise, wie Widerstand und Gedenken vermittelt wurden. Gab es da von Eurer Seite Fehler bzw. Fehlentscheidungen?

Ach, sicherlich gab es manche Fehlentscheidungen. Ich kenne niemanden, der keine Fehlentscheidungen trifft... Und wenn ich an die Auseinandersetzung denke, die es immer gegeben hat, über die Form, wie man Gegenaktionen gegen Neonazis organisiert: Da haben wir tatsächlich – das muss ich auch im Nachhinein sagen und das spielt auch für heute noch eine Rolle – im Umgang mit den Gruppen, die die militante Form der Auseinandersetzung gesucht haben, Fehler gemacht. Das ist klar. Damit gehen wir heute ganz anders um.

Andererseits suchen wir immer noch solche Formen der Gegenaktionen, die es möglich machen, dass wir diejenigen Leute, die gegen Neonazis sind, nicht davon abschrecken, sich auch am Protest zu beteiligen. Früher war unser Fehler, dass wir nicht die Diskussion mit den Militanten gesucht haben und nicht ordentlich mit ihnen geredet haben darüber. Versucht doch solche Formen zu entdecken, die andere Leute nicht abschrecken, sondern es ihnen auch möglich machen, sich zu beteiligen und den Gegnern und den Medien nicht das Bild liefern: »Hier schlagen sich nur die Rechts- und die Linksextremisten!«

Es kann sein, dass wir zu wenig mit denen diskutiert haben; und vielleicht haben sie uns auch nur als zu versöhnlerisch wahrgenommen und zu als solche, die sich keine Schlachten liefern wollen. Vielleicht haben sie uns auch so gesehen und wollten auch mit uns nicht diskutieren? Jedenfalls haben wir auch nichts unternommen, um mit denen zu sprechen. Das ist heute anders. Heute sind wir dabei. Und dann erfahre ich, da gibt es bei ihnen auch Lernprozesse. Aber im Prinzip ist unsere Strategie im Wesentlichen doch dieselbe.

Und an manchen Stellen ja auch erfolgreich, obwohl das Feld der Relativierung – gerade, wenn es um Gedenken und Erinnungskultur geht – extrem weit offen scheint.

Auf jeden Fall, wenn man sich beispielsweise die Ausrichtung der Gedenkstätten in Sachsen anschaut. Andernorts waren wir erfolgreich, zum Beispiel in Buchenwald. Als Mitte der 1990er die Ausstellung so verändert wurde, dass der Aufstand der Buchenwälder Häftlinge verschwunden war, haben wir die Auseinandersetzung geführt. Inzwischen ist die Ausstellung nochmals verändert worden und der Aufstand ist wieder drin. Aber grundsätzlich ist diese Entwicklung eine Kampfansage und ganz schlimm; unsere Spuren des Widerstandes verschwinden.

Gibt es denn von Euch so etwas wie ein Vermächtnis, beispielsweise an den VVN/BdA, beispielsweise in Eurem Namen mit den Gedenkstättenleitungen zu verhandeln?

Das ist ja der Sinn des VVN/BdA, dafür zu kämpfen, dass unser Vermächtnis nicht verschwindet. Das wird mehr und mehr von jungen Leuten übernommen. Ich bin

überzeugt, dass unsere Nachkommen das genauso machen werden wie wir. Allerdings ist die moralische Authentizität ja stärker, wenn die Überlebenden selbst sprechen. Aber das ist vor-bei, wenn wir nicht mehr da sind.

Das heißt, dass die Schlussstrichmentalität sich weiter durchsetzen wird?

Ein interessantes Beispiel dafür ist sicherlich die Auseinandersetzung um das Holocaust-Mahnmal. Schon als die Idee aufkam, gab es die Befürchtungen, dass die Schlussstrichmentalität dadurch gefördert würde. Meine Meinung dazu war immer, es sollte ein Denkmal für alle sein und man soll keine Hierarchie von Opfern aufbauen. Und doch war die zehnjährige Auseinandersetzung um das Mahnmal schon sehr wichtig. Jetzt ist es da, und ich weiß nicht, wie es angenommen wird. Aber wir – die Überlebenden – brauchen kein Denkmal.

Angesichts der zunehmenden Zahl von Rechtsextremisten und dem steigenden Anteil von rechten und antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung, stellt Ihr Euch als Überlebende sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR manchmal die Frage, ob ihr nicht genügend Schwerpunkte auf Antisemitismus und Rassismus gelegt habt, in der Art und Weise, wie Ihr Eure Erinnerungspolitik ausgerichtet habt?

Der Kampf gegen Rassismus war immer einer unserer Arbeitsschwerpunkte. Was den Antisemitismus angeht, stimmt dies schon. Wir haben uns zu wenig mit Antisemitismus beschäftigt. Obwohl wir jahrzehntelang vom VVN/BdA die einzigen waren, die am 9. November mit den jüdischen Gemeinden gemeinsam gedacht haben. Vielleicht haben wir es unterschätzt, dass der Antisemitismus noch so tief in den Köpfen steckt. Denn eine zeitlang wurde der ja nicht mehr geäußert – man spürte nur die Ablehnung. Das spürte man.

Woran lag das? Weil ihr Euch mehr als Kommunisten verstanden habt?

Ich war sehr streng religiös erzogen worden, ging regelmäßig in die Synagoge, hatte meine Bar Mizwa. Als ich dann als junger Mensch in die politische Bewegung gekommen bin, in den Jugendverband der Gewerkschaft, da habe ich aufgehört, Jude zu sein. Für mich und die anderen in der Arbeiterbewegung war Jude sein eine religiöse Auffassung. Davon konnte man sich trennen, so wie Leute aus der katholischen oder evangelischen Kirche ausgetreten sind. Und erst Hitler hat mich wieder zum Juden gemacht, rassistisch bin ich dann zum Juden geworden. Wenn ich heute an den Schulen bin, dann erzähle ich von meiner Verfolgung und dann erfahren die Schüler von mir, dass ich jüdischer Herkunft bin. Aber ich will das nicht so sehr in den Vordergrund stellen.

Wenn Du zurückblickst, was würdest Du als Eure größte politische Niederlage nach der Befreiung bezeichnen?

Ehrlich gesagt, wir haben wohl Hoffnungen gehabt, dass es ganz anders kommen wird. Aber wir hatten keine Illusionen gemacht. auch nicht in Bezug auf die geistige Verfassung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Alle, die zurückgekehrt sind aus KZs, aus den Zuchthäusern, aus dem Exil wurden doch von der ganzen Bevölkerung mehr oder weniger als ständige, wandelnde Ankläger empfunden. Was wir eigentlich nie waren, und was ich nie getan habe. Wir spürten diese Art der Ablehnung.

Für mich waren die Enttäuschungen die Enthüllung von den Verbrechen unter Stalin und die Enttäuschung, dass die DDR sang- und klanglos untergegangen ist. Das hatte ich mir nicht vorstellen können. Es war eine ganz riesige Enttäuschung, die noch bis jetzt nicht ganz verarbeitet ist. Aber ich sage mir, die Idee des Sozialismus existierte bevor es die DDR gab. Und mit dem Verschwinden der DDR, verschwindet doch nicht diese Idee nicht. Die Idee des Sozialismus und des Kommunismus, das ist doch die erhabendste Idee, welche die Menschheit je hervorgebracht hat. Schon lange bevor die Sowjetunion existierte, gab es diese Idee. Und wenn sie verschwunden ist, ist doch die Idee nicht verschwunden. Sondern dann ist nur zu überlegen, wie man es anders macht.

Gab es für Dich jemals einen Moment, wo Du gedacht hast du musst dieses Land verlassen?

Eigentlich nicht. Ich sage immer, ich hätte nicht zurückkehren können, wenn ich nicht wüsste, wie viel Widerstand es gegeben hat, auch wenn er nicht viel bewirkte. Aber den hat es gegeben. Und ich erlebe Menschen, die nicht das haben wollen, wie es sich entwickelt, die sich engagieren. Wenn es das nicht gäbe, dann hätte ich gesagt: »Dann verlasse ich dieses Land.«

Und dann sagte ich, dann musst du da bleiben, die brauchen dich auch. Wenn wir alle das Land verlassen, dann ist es den anderen nur ganz recht.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Peter Gingold, Jahrgang 1916, wirkte als Deutscher in der französischen Resistance und kam in Gestapo Haft. Nach dem Krieg wurde er Mitbegründer der VVN/BdA, deren Bundessprecher er ist.



Die Soldaten befahlen den Einwohnern, sich in ihren Häusern einzuschließen. Danach teilten sie sich in Gruppen auf, drangen in die Häuser ein und fielen wie wilde Tiere über die Einwohner her, metzelten sie nieder, ermordeten sie, vergewaltigten Frauen und junge Mädchen, schnitten Schwangeren die Bäuche auf. Alte, Junge, Frauen, unmündige Jungen und Mädchen und sogar Kleinkinder waren Opfer ihres Blutrauschs. So beschrieb ein Überlebender vor einem griechischen Gericht das Wehrmachtsmassaker von Distomo, einem kleinen Dorf in der Nähe von Delphi. 2003 bestätigte der Bundesgerichtshof den Tathergang im allgemeinen.

Grenzen der Aufklärung

Das Wehrmachtsmassaker von Distomo und seine Aufarbeitung nach 1945

Rolf Surmann

Das Massaker stieß in der deutschen Öffentlichkeit vor einigen Jahren auf Interesse, weil griechische Gerichte die Bundesrepublik zur Zahlung von zirka 28 Millionen Euro an die Opfer rechtskräftig verurteilt hatten. Aufgrund der deutschen Zahlungsverweigerung begannen die Kläger mit den Vorbereitungen, Liegenschaften des deutschen Staates in Griechenland – u.a. das Goethe-Institut – zu versteigern, was in Deutschland allgemeine Empörung hervorrief. Inzwischen wandte sich die gesellschaftliche Aufmerksamkeit anderen Themen zu. Doch ist die Auseinandersetzung bis heute nicht beigelegt. Aus zwei Gründen kommt ihr besondere Bedeutung zu. Zunächst ist Distomo ein entschädigungspolitisches Schlüsselthema. Denn sollten die Kläger von Distomo ihren Rechtstitel vollstrecken können, hätte dies aller Wahrscheinlichkeit nach einen entschädigungspolitischen Dammbruch mit der Konsequenz zur Folge, dass sich die Bundesrepublik immensen internationalen Forderungen stellen müsste. Darüber hinaus ist es in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil deutscher Außenpolitik geworden, Kriege mit Berufung auf zwingende Lehren aus der NS-Zeit, insbesondere auf die Verteidigung der Menschenrechte zu rechtfertigen, selbst wenn sie durch internationales Recht nicht gedeckt sind. Damit wird nur der Versuch unternommen, Kriegspolitik durch den expliziten Rückgriff auf die deutsche Geschichte zu legitimieren. Hier ist es von Interesse, die Kohärenz der neuen Kriegslegitimation unter der Fragestellung zu untersuchen, wie die deutsche Seite ihre in der NS-Zeit begangenen Verbrechen, speziell ihre Kriegsverbrechen aufgearbeitete und sich den Opfern gegenüber verhielt. Denn – dies sei vorausgesetzt – ihre umfassende Aufarbeitung ist die Grundlage für den Erwerb einer moralischen Kompetenz, die derartige Ableitungen legitimieren und elementare Absicherungen zur Verhinderung eines erneutes Abgleitens in verbrecherische Kriege und Kriegsverbrechen schaffen könnte.

Die entschädigungspolitische Kontroverse

Der erste Eckpunkt bundesdeutscher Entschädigungspolitik war der 1952 fixierte Überleitungsvertrag. Mit ihm übertrugen die West-Alliierten der Bundesrepublik wesentliche Souveränitätsrechte, verbanden diese jedoch mit bestimmten Anforderungen. Hierzu gehörten Mindeststandards für eine zu erlassene Entschädigungsgesetzgebung. Einen anderen Charakter hatte das ebenfalls in dieser Zeit geschlossene Londoner Abkommen. In ihm ging es um die vertragliche Regelung der deutschen Gesamtschulden, die von ausstehenden Reparationszahlungen aus dem I. Weltkrieg über die im II. Weltkrieg verursachten Schäden bis hin zu den finanziellen Hilfsleistungen nach 1945 reichten. Die Bundesregierung hatte im Vorfeld auf ihre außerordentlichen Belastungen u.a. durch die im Rahmen der westlichen Militärstrategie geplante Aufrüstung hingewiesen. Im Kern einigte man sich darauf, daß die Tilgung der Vor- und Nachkriegsschulden Priorität vor Reparationen haben sollte. Unter dem Vorzeichen des Kalten Krieges wurden →

→ Verhandlungen über Zahlungen an die von Deutschland im Zweiten Weltkrieg geschädigten Staaten auf den Zeitpunkt des Abschlusses eines Friedensvertrages verschoben.

Doch hatte die Bundesregierung die Verärgerung ihrer westeuropäischen Nachbarn unterschätzt. Als auch 1956 in der überarbeiteten Fassung des Entschädigungsgesetzes die – im Juristenjargon – »Westverfolgten« nicht berücksichtigt worden waren, bekräftigten im Juni 1956 acht westeuropäische Regierungen, u.a. die griechische, in gleichlautenden Noten ihre Forderung nach Entschädigung. Der damalige Außenminister Clemens von Brentano versuchte daraufhin, den Konflikt durch eine »caritative Lösung« zu entschärfen. Als auf dieser Basis keine Übereinkunft erzielt wurde, sah sich die Regierung angesichts »der Möglichkeiten von Störungen der bilateralen Beziehungen« gezwungen, in Verhandlungen einzutreten. Das Ergebnis war für sie sehr zufriedenstellend. Mit elf westeuropäischen Staaten traf sie »Globalabkommen«, die sie zu Zahlungen von insgesamt 876 Millionen Mark verpflichteten. Griechenland erhielt nach dem 1961 ratifizierten Vertrag 115 Millionen Mark. Noch in einer anderen Hinsicht war sie hartnäckig. Nach ihrem Verständnis kam nur denjenigen NS-Opfern ein Anspruch auf Zahlungen zu, die nach den Kriterien des BEG entschädigungsberechtigt waren. Zwangsarbeiter, Widerstandskämpfer, aber auch Opfer von Wehrmachtsverbrechen waren nach ihren Vorstellungen damit explizit von Leistungen ausgeschlossen.

Auf diesen Vertrag beriefen sich seither alle Bundesregierungen, um weitergehende Forderungen mit der Behauptung abzuwehren, hiermit seien alle Ansprüche von griechischer Seite erledigt. Doch in fachspezifischen Darstellungen räumen selbst Beamte des zuständigen Bundesfinanzministeriums ein, dass die griechischen Forderungen durch das Vertragswerk nicht erfüllt seien und die griechische Regierung diesen Dissens explizit zum Ausdruck gebracht habe. Er kommt in der sogenannten Erledigungsklausel zum Ausdruck. In ihr wird der Vorbehalt formuliert, dass mit diesen Verträgen nicht alle Forderungen erfüllt seien, sondern sie zu gegebener Zeit neu verhandelt werden müssten. Griechenland wählte hierbei die selbe Formulierung wie Norwegen und Dänemark: »Mit der Zahlung sind alle den Gegenstand des Vertrags (Hervorhebung, R.S.) bildenden Fragen abschließend geregelt, unbeschadet etwaiger Ansprüche norwegischer Staatsbürger.«[1] Die Behauptung, mit diesen Verträgen seien alle Entschädigungsfragen geregelt, ist damit offenkundig falsch.

Noch in einer anderen Hinsicht unterlief die Bundesregierung den internationalen Verhandlungsstand. Der in London beschlossene Zahlungsaufschub resultierte nicht aus der prinzipiellen Strittigkeit der Forderungen, sondern aus der Absicht, die Zahlungsunfähigkeit der deutschen Gesellschaft zu vermeiden. Bereits nach einigen Jahren war jedoch ersichtlich, daß solche Befürchtungen gegenstandslos waren. So schreibt Hans-Peter Schwarz in seiner Darstellung der Adenauer-Ära: »Nach einigen Jahren war die Bundesrepublik bereits froh, durch vorzeitige Tilgungszahlungen ihren gefährlich hohen Devisenbestand etwas abtragen (...) zu können.«[2] Hätte es die Bereitschaft gegeben, für die angerichteten Verbrechen Verantwortung zu übernehmen, so hätte es spätestens zu diesem Zeitpunkt geschehen müssen. Statt dessen beriefen sich alle Bundesregierungen nicht auf den Geist des Abkommens, sondern auf die formelle Festlegung, über weitere Zahlungen erst im Rahmen eines Friedensvertrags verhandeln zu müssen. Mit Abschluss des 2+4-Vertrags zwischen den ehemaligen Alliierten auf der einen, der Bundesrepublik und der DDR auf der anderen Seite ist 1990 ein Vertragswerk zustande gekommen, das allgemein als Äquivalent für einen Friedensvertrag gewertet wird. Spätestens dann wäre die Zeit der Stundung von Reparationszahlungen endgültig vorbei gewesen. Doch die Kohl/Genscher-Regierung setzte alles daran, um dieses Thema bei den Verhandlungen zu umgehen. Angesichts divergierender Interessen der Verhandlungsteilnehmer – Staaten wie Griechenland wurden gar nicht gehört – konnte sich die Bundesrepublik mit dieser Haltung durchsetzen. Hatte sie bis zum Abschluss dieses Vertrags mit Berufung auf das Londoner Abkommen Verhandlungen mit der Begründung verweigert, die Forderungen seien »zu früh« gestellt, so argumentierte sie nach diesem »Erfolg«, nun sei es »zu spät«.

Dennoch stellte die griechische Regierung im Laufe der 90er Jahre erneut Entschädigungsansprüche. Sie argumentierte, der 2+4-Vertrag habe nur für diejenigen Staaten Rechtswirksamkeit, von denen er ausgehandelt und unterschrieben worden sei. Entsprechend richtete sie am 14.11.1995 eine Verbalnote an die Bundesregierung. Deren Ablehnungsbegründung lief auf die Behauptung hinaus, derartige Forderungen hätten sich historisch überholt. So antwortete sie im

1| Zit. nach: Ernst Féaux de la Croix und Werner Rumpf, Der Werdegang des Entschädigungsrechts unter national- und völkerrechtlichem und politologischem Aspekt, München 1985, S. 201–288, hier S. 277.
2| Die Ära Adenauer, 1949 – 1957, Stuttgart 1981, S. 181.

Jahr 2000 auf eine parlamentarische Anfrage: »Nach Ablauf von 50 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft hat die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren.«[3] In diesem Zusammenhang wies sie auf geleistete bilaterale Wirtschafts- und Entwicklungshilfe, Verteidigungshilfe und Rüstungssonderhilfe hin. Das normalisierende Fazit in Bezug auf die unaufgearbeiteten NS-Verbrechen lautete: »Im übrigen wären Reparationen 50 Jahre nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in der völkerrechtlichen Praxis ein Sonderfall ohne jede Präzedenz.«[4] Die Frage, dass angesichts der Dimension deutscher Verbrechen die Entschädigungsverweigerung das eigentlich bemerkenswerte sein könnte, stellte sich ihr nicht – ganz zu schweigen von ihren eigenen Forderungen, die sie in dieser Zeit an Staaten wie Tschechien wegen der Benez-Dekrete richtete.

Diese Problematik wird dadurch verschärft, daß die strittigen individuellen Forderungen nur einen (kleinen) Teil der offenen griechischen Reparationsansprüche ausmachen. Hinzu kommen bspw. Reparationsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg, Schulden aus dem Handel zwischen den Weltkriegen und die Rückzahlung einer Zwangsanleihe, zu der die Bank von Griechenland 1942 genötigt worden war – Forderungen, die letztlich die deutschen Verbrechen gegenüber Griechenland seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck bringen. Als Referenzzahl für die deutschen Verbindlichkeiten können die 7,1 Milliarden US-Dollar gelten, die 1946 auf der Pariser Reparationskonferenz errechnet wurden. Sie machen nach altem D-Mark-Kurs heute mehr als 50 Milliarden aus.[5] Geschichtspolitisch bekommen sie insofern besonderes Gewicht, als Wirtschaftsexperten der Reichsbank im April 1945 eine »Restschuld des Reiches« gegenüber Griechenland in Höhe von 476 Millionen Reichsmark anerkannt hatten. Der Historiker Hagen Fleischer bemerkte in diesem Zusammenhang,[6] dass damit Vertreter des NS-Regimes eine Schuld Deutschlands bestätigten, die von der Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches bis heute ignoriert werde. Die Schröder/Fischer-Regierung jedoch wertet das Beharren auf Entschädigungsleistungen als Störung der guten Beziehungen. Der deutsche Botschafter in Athen konkretisierte diese Sichtweise mit der unverhohlenen Drohung, aus der entschädigungspolitischen Haltung der griechischen Regierung könnten sich Belastungen für den Tourismus ergeben.

Juristische Abwehr der historischen Verantwortung und Menschenrechtspolitik

Angesichts der hartnäckigen Weigerung aller Bundesregierungen, sich den griechischen Forderungen zu stellen, überrascht es nicht, dass griechische Wehrmachtsopfer den Weg der juristischen Auseinandersetzung beschritten. Die juristische Auseinandersetzung beginnt da, wo eine Verständigung auf der Ebene des gleichberechtigten Gesprächs nicht möglich ist. Schroffer kann der Graben, der die Opfer der deutschen Verbrechen von der deutschen Gesellschaft und ihrer Haltung zur Geschichte trennt, deshalb nicht sichtbar werden. Ihr größter Erfolg war das Urteil des Landgerichts von Livadia. Die Bundesregierung erkannte den Richterspruch allerdings nicht an. Sie berief sich dabei auf das Prinzip der Staatenimmunität, nach dem ein Staat von ausländischen Gerichten nicht verurteilt werden könne, wenn die Taten Teil seines hoheitlichen Verhaltens – zum Beispiel seiner Kriegsführung – sind. Der oberste griechische Gerichtshof, Areopag, bestätigte ihn jedoch im Jahr 2000, womit er rechtskräftig wurde. Die Begründung des Areopags ist über den speziellen Rechtsstreit hinaus von Interesse. Denn er argumentierte, der Grundsatz der Staatenimmunität müsse dann aufgehoben werden, wenn es um schwere Menschenrechtsverletzungen gehe.[7] Allerdings war der Weg zur Eintreibung der Schuld damit nicht frei. Für die geplante Versteigerung von Eigentum des deutschen Staates bedurfte es der Genehmigung des griechischen Justizministers, die dieser jedoch nicht erteilte. Die Gründe hierfür sind nicht dokumentiert, liegen aber angesichts der angeführten deutschen Stellungnahmen auf der Hand. Zur Verweigerung eines Dialogs über die aus den deutschen Verbrechen gegen die Menschheit resultierende historische Verantwortung tritt hinzu, dass sich die Bundesregierung zur Abwendung ihrer juristischen Verurteilung auf Prinzipien beruft, die einem an den Menschenrechten orientierten Rechtsverständnis widersprechen und darüber hinaus mit Drohgebärden den politischen Entscheidungsprozeß anderer Regierungen in dieser Frage zu beeinflussen sucht.

Deutsche Gerichte, vor denen auch Klage eingereicht worden war, kamen zu gegenteiligen Ergebnissen,[8] die vom Bundesgerichtshof als letzter Instanz allerdings aufgehoben wurden. Die von →

3| Kleine Anfrage Ulla Jelpke, Bundestagsdrucksache 14/3918.
4| Ebd.
5| Zu den griechischen Reparationsforderungen siehe u.a. Athanasios Kafalitis, Die wirtschaftliche Katastrophe Griechenlands und die rechtlichen Ansprüche auf Reparationen, in: Schwarzbuch der Besatzung, Athen o.J., S. 10-15.
6| Hagen Fleischer, Vom Kalten Krieg zur »Neuen Ordnung«. Der Faktor Griechenland in der deutschen Außenpolitik, in: Thetis, 1996, S. 299-309, hier 309.
7| Siehe Das Urteil des Areopag vom 4.5.2000, in: Kritische Justiz, 2000, S. 472 - 476.
8| Siehe Marcus Schladebach/Lars Riensche, Griechische Entschädigungsforderungen wegen deutscher Kriegsverbrechen, in: Südosteuropa, 2003, S. 473-499.

➔ ihm formulierte Klageabweisung war nicht minder skandalös. Er bestätigte das Regierungsverständnis von Staatenimmunität, womit er das Lavadia-Urteil für gegenstandslos erklärte, und stellte dem seine eigene Rechtsauffassung entgegen. Wenig überraschend erklärte er das Londoner Abkommen angesichts des 2+4-Vertrags für überholt, räumte allerdings ein, dass damit Individualansprüche – angesichts des deutsch-griechischen Vertrags von 1961 – durchaus noch erhoben werden könnten. Um ihre Rechtmäßigkeit zu beurteilen, rekurrierte er schließlich auf die Rechtslage im Jahr der Tat, also 1944, um festzustellen, das damals geltende Recht habe für militärische Handlungen im Ausland den »Amtshaftungstatbestand« aufgehoben. Die juristische Abwehr der Forderungen von NS-Opfern beruht so auf zwei Pfeilern: Einerseits wird bei Verbrechen gegen die Menschheit für die Bundesrepublik Staatenimmunität postuliert, andererseits beruft man sich als Grundlage für die eigene Entscheidungsfindung auf das NS-Recht mit seinen Ausnahmeformulierungen, die explizit jegliche Form der Haftung für intendierte und begangene Verbrechen verhindern sollten. Die juristischen Bedingungen für die damaligen Verbrechen werden so zur Voraussetzung, dass die Nachfahren der Täter deren Opfern weiterhin die Entschädigung für die begangenen Verbrechen vorenthalten können.

Ergänzt sei, dass keiner der Täter von deutschen Gerichten jemals verurteilt wurde. Es kam lediglich zur Eröffnung eines Hauptverfahrens. Dies fand 1951 vor dem Landgericht Augsburg statt. Der Angeklagte wurde freigesprochen, seine Tat – Geisel-Erschießung – als »völkerrechtliche Notwehr« qualifiziert. Damit war der Tenor vorgegeben, der zur Einstellung der Ermittlung in anderen Fällen führte, die erst gar nicht zur Anklage gebracht wurden. Von einem Bruch mit der Vergangenheit kann auch in dieser Hinsicht nicht gesprochen werden.

Dennoch gibt es Veränderungen. So legte Bundespräsident Rau im Jahr 2000 in Kalavryta einen Kranz am Denkmal für die Ermordeten nieder und bat um Vergebung. Seine Worte: »Ich bin hierher gekommen, um die Erinnerung daran in Deutschland wach zu halten. Ich empfinde hier, an dieser Stätte, tiefe Trauer und Scham, und nur wer seine Vergangenheit kennt und annimmt, kann den Weg in eine gute Zukunft finden.«[9] Man mag dieses Statement als Ausdruck politischer Doppelzüngigkeit begreifen. Doch kommt in ihm mehr zum Ausdruck. Betrachten wir die Maximen der deutschen Außenpolitik, die Rechtfertigung neuer Kriege wegen Menschenrechtsverletzungen gegen einen souveränen und von Deutschland in der NS-Zeit mit mörderischer Kriegführung überzogenen Staat wie Jugoslawien, dem noch weniger als Griechenland selbst in »guten Zeiten« Schuldanerkenntnis und Entschädigung zuteil wurde, dann erscheinen sie vor dem historischen Hintergrund als bodenlos. Konservative Beobachter kritisieren deshalb den überbordenden Moralismus der neuen Kriegspolitik und verlangen nach verstärkter Thematisierung der für sie legitimen wirtschaftlichen Interessen. Doch vermutlich erfordern die deutschen Verhältnisse eine Doppelwelt von Wort und Tat als Konzession an einen noch existenten Rechtfertigungsdruck. Dagegen hoffen wohlmeinende Kritiker deutscher Geschichtspolitik auf die Überwindung des Unrechts gegenüber Griechenland u.a. »durch Aufklärung und Information durch die Fachöffentlichkeit«. Sie sollten nicht vergessen, dass alles noch Debattierte vor 50 Jahren bekannter war als heute, wie nicht zuletzt die Position der Reichsbank zeigt. Dennoch hat sich die deutsche Gesellschaft zu einer solchen Haltung entschlossen, lediglich abgemildert durch die zahlreichen Interventionen des Auslands. Die Entschädigungspolitik nach 1945 ist somit ein zeitgeschichtliches Dokument für die Grenzen der Aufklärung. Scheinbare Erkenntnisfortschritte, wie sie zum Beispiel durch die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht zum Ausdruck kommen, zeigen, dass heute eine andere Artikulation des Gewussten möglich ist, während die interessenbedingte Diskrepanz zwischen vorhandenem Wissen und verantwortungsorientiertem Handeln grundsätzlich bestehen bleibt. Insofern wird die weitere Entwicklung nicht auf eine umfassende Aufarbeitung der Schuld hinauslaufen, sondern eher von der konservativen Kritik geprägt sein. ■

9| Zit. nach Siegrid Skarpelis-Sperk, Last – Verantwortung – Versöhnung. Politische Perspektiven für das zukünftige Verhältnis Deutschlands zu Griechenland, in: Karl Giebeler u.a. (Hg.), Versöhnung ohne Wahrheit? Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland im Zweiten Weltkrieg, Möhnesee 2001, S. 86-98, hier S. 86.

Dr. phil. Rolf Surmann ist Historiker und lebt in Hamburg.

Dieser Text ist ein Vorabdruck aus seinem Buch: »Abgegoltene Schuld. Der geschichtspolitische Spagat zwischen entschädigungspolitischem Schlussstrich gegenüber den NS-Opfern und internationaler Menschenrechtspolitik«
Es erscheint im Mai 2005 in der reihe antifaschistischer texte / Unrast-Verlag



Am 26. Januar 2005 stellte im Berliner Reichstagsgebäude Dr. Efraim Zuroff, Leiter des Jerusalemer Simon Wiesenthal Centers, die »Operation letzte Chance« vor. Ziel der Aktion, die seit 2002 in mehreren europäischen Staaten läuft, ist es, mit Hilfe von Hinweisen aus der Bevölkerung bislang nicht verurteilte NS-Täter vor Gericht zu bringen. Das Simon Wiesenthal Center prüft zunächst sämtliche eingehenden Informationen, Namen und Beweise. Lebt der mutmaßliche NS-Verbrecher noch? Ist er verhandlungsfähig? Wurde er wegen seiner Taten schon einmal angeklagt? Erst danach leitet das Center die Informationen an die Strafverfolgungsbehörden weiter. Für Hinweise, die zur Verurteilung eines NS-Täters führen hat das Simon Wiesenthal Center eine Belohung von 10.000 Euro ausgesetzt.

An Belohnungen denkt kaum jemand

Interview mit **Stefan Klemp** (Simon Wiesenthal Center)

AIB: Können Sie das Konzept der »Operation letzte Chance« kurz darstellen?

Klemp: Die »Operation letzte Chance« setzt eine Belohnung für Hinweise aus, die zur Bestrafung eines NS-Täters führen. Im Grunde genommen geht es aber auch um die Belebung der Diskussion um die NS-Vergangenheit, und zwar in Europa, nicht nur in Deutschland.

Die »Operation letzte Chance« lief zunächst in den baltischen Staaten an und wurde dann auf Polen, Rumänien und Österreich ausgedehnt. Wie erklärt sich die Auswahl dieser Staaten?

Zunächst wurden Staaten ausgewählt, in denen es die größten Versäumnisse bei der Verfolgung von Tätern gab.

Gab es Erfolge?

Ja. In Litauen und Lettland wurden bisher 18 Strafverfahren eingeleitet. In vielen anderen Fällen laufen Vorermittlungen.

Was versprechen Sie sich von der »Operation letzte Chance« in Deutschland? Wie beurteilen Sie die Rolle der deutschen Justizbehörden bei der Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen?

In der Vergangenheit hat es auch hier große Versäumnisse gegeben. Dennoch sind seit der Gründung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg in Deutschland im Jahr 1958 sehr viele Ermittlungsverfahren geführt worden. Im Vergleich zu anderen Ländern steht Deutschland gut da. Heute beispielsweise arbeitet das Wiesenthal Center gut mit Landeskriminalämtern und Staatsanwaltschaften zusammen. Wie wir aus den bisher eingegangenen 100 Anrufen entnehmen können, gibt es nach wie vor einen großen Bedarf an Aufklärung über die NS-Zeit.

Micha Brumlik, Leiter des Fritz-Bauer-Instituts, bezeichnete die »Operation letzte Chance« als »gegenaufklärerische« Aktion, die aufgrund der ausgesetzten Kopfprämien lediglich an die »niederen Instinkte« appelliere. Wie stehen Sie zu dem Vorwurf?

Blödsinn. Die Justiz setzt regelmäßig Belohnungen für Hinweise aus, die zur Ergreifung von Straftätern führen. Bei normalen Kriminellen sind Belohungen normal, bei NS-Mördern sollen sie unmoralisch sein? Diese Argumentation ist lächerlich. Tatsächlich laufen bei uns alle möglichen Hinweise ein, aus denen sich interessante Rechercheprojekte ergeben können. An Belohnungen denkt kaum jemand.

Vielen Dank für das Gespräch ■

Dr. Stefan Klemp ist Historiker und Journalist; er ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Simon Wiesenthal Center tätig;
Autor des Handbuches: »Nicht ermittelt«. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz, klartext-Verlag, Essen 2005.

Seit mehr als zwanzig Jahren lässt sich schwarz auf weiß nachlesen, wie die Bundeswehr ihr Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit definiert sehen will. »Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen«, steht in den 1982 erlassenen »Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr«. Vor zehn Jahren, zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und ausgelöst nicht zuletzt durch die Diskussionen um die erste Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, wurde der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe noch deutlicher: »Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt«, verfügte der CDU-Mann. »Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.«

Geboren aus dem Geist der Lüge

Die Bundeswehr soll zur antifaschistischen Friedensarmee umgedeutet werden – und mag auf das Vorbild Wehrmacht dennoch nicht verzichten

Gruppe Olafa

Doch kein selbst ausgestellter Persilschein kann darüber hinwegtäuschen: Die »erste Wehrpflichtarmee in einem demokratischen deutschen Staatswesen«, wie es im Traditionserlass von 1982 heißt, ist aus der nationalsozialistischen Wehrmacht hervorgegangen. Als vor 50 Jahren der Aufbau der Bundeswehr begann, waren es hochrangige Soldaten der Nazi-Armee, die das Kommando übernahmen und damit ungeachtet ihrer Beteiligung am deutschen Vernichtungskrieg erneut in Amt und Würden aufstiegen. 1957 dienten in der Bundeswehr rund 10.000 Offiziere sowie 44 Generale und Admirale der früheren Wehrmacht. Als Lohn für ihr Mittun gab es eine pauschale Ehrenerklärung: Bundeskanzler Konrad Adenauer und NATO-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower, später Präsident der USA, bescheinigten sämtlichen Angehörigen von Wehrmacht und Waffen-SS, tapfer und ehrenhaft für ihre Heimat gekämpft zu haben. Die ohnehin schon nur spärliche Strafverfolgung von Kriegsverbrechern wurde weitgehend eingestellt.

Die Geburt der Bundeswehr aus dem Geist des Verdrängens, Verschweigens, Leugnens und Schönfärbens wirkt bis heute nach. Noch immer tragen Kasernen die Namen von Wehrmachtsgenerälen, noch immer üben Weltkriegsveteranen und Bundeswehrsoldaten in Traditionskameradschaften und beim Gedenken an ihre toten Kameraden den Schulterschluss, noch immer werden Lieder aus der Nazi-Zeit gesungen und überzeugte Nationalsozialisten als Helden verehrt.

Dennoch ist das Bild komplexer und widersprüchlicher geworden. Zwar hat die rot-grüne Bundesregierung der unkritischen Traditionspflege keineswegs ein Ende bereitet. Gleichzeitig aber machte sie im geschichtspolitischen Umgang mit dem Nationalsozialismus eine entscheidende Kehrtwende: NS-Verbrechen werden nicht länger verharmlost oder verschwiegen, sondern offensiv zugegeben. Deutschland will sich als geläutert präsentieren, um seine Vormachtansprüche auf der weltpolitischen Bühne zu untermauern. Und diese neue Instrumentalisierung der Geschichte betrifft nicht zuletzt die Bundeswehr – schließlich braucht es eine Legitimation, wenn Auslandseinsätze deutscher Truppen plötzlich wieder selbstverständlich sein sollen.

I. Die Umdeutung der Bundeswehr zur antifaschistischen Armee

Die Argumentationsstrategie, mit der die rot-grüne Koalition ihre kriegerische Außenpolitik rechtfertigt, lässt sich auf eine schlichte Formel bringen: Nicht trotz, sondern wegen der Erfahrungen aus der deutschen Vergangenheit soll die Bundeswehr in alle Welt geschickt werden. Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Kurz bevor 1999 im Kosovo deutsche Soldaten zum ersten Mal nach 1945 wieder einen Angriffskrieg führten, kommandierte der sozialdemokratische Vertei- →

➔ digungsminister Rudolf Scharping eine Abordnung der Bundeswehr in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz. In Uniform marschierten die Soldaten durch das ehemalige deutsche Vernichtungslager; die Botschaft dieses demonstrativen Besuchs formulierte der Minister unmissverständlich: »Wo die Menschenwürde mit den Füßen getreten wird, da dürfen wir nicht schweigen. Darum ist die Bundeswehr in Bosnien, und darum wird sie wohl auch in das Kosovo gehen.« Außenminister Joschka Fischer nahm diese Vorlage auf, als er wenig später dem Parteitag der Grünen das Ja zum Kosovo-Einsatz abtrotzte: Die Lehre aus der deutschen Geschichte sei »Nie wieder Auschwitz«, deshalb müsse dieser Krieg geführt werden. Als die Bundeswehr dann tatsächlich in den Krieg gegen Jugoslawien gezogen war, wurde Scharping nicht müde, von »Konzentrationslagern« der Serben zu fabulieren.

Die Bundeswehr als antifaschistische Armee: Diese Umdeutung spiegelt sich auch in den verstärkten Bemühungen von Rot-Grün, die Bundeswehr in die Tradition der Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 zu rücken. Am Bendlerblock in Berlin – also dort, wo die Verschwörer hingerichtet wurden – wird seit 1999 alljährlich am 20. Juli ein feierliches Rekruten-Gelöbnis zelebriert. Dass die nationalkonservativen Widerständler keineswegs Demokraten waren, dass es ihnen weniger um die Beseitigung des Nazi-Regimes ging als um das glimpfliche Ende für einen längst verlorenen Krieg, wird dabei verschwiegen. Die Bürger und Militärs, die sich zu dem Anschlag auf Hitler entschlossen, werden als Vertreter eines »anderen Deutschland« gefeiert. Wenn die Bundeswehr heute in aller Welt »für Frieden und Menschenrechte« Krieg führt, soll sie das als legitime Erbin dieses Widerstands tun – und nicht als Nachfolgerin der Wehrmacht als einer Täter-Institution.

Zu welch grotesken Auswüchsen derartige Verdrehungen führen können, zeigte sich im Februar 2004 in Hamburg: Im Beiprogramm zur Wehrmachtsausstellung war eine gemeinsame Veranstaltung von Bundeswehr und KZ-Gedenkstätte Neuengamme geplant. Titel: »Leben mit dem Massengrab: Werden Bundeswehrsoldaten auf psychische Belastungen bei Auslandseinsätzen vorbereitet?«. Die Erfahrungen von Nazi-Opfern – so die Idee der Veranstalter – könnten genutzt werden, um Wege für den Umgang mit »posttraumatischen Syndromen nach Kriegseinsätzen« zu finden. Der Versuch, das Leid von KZ-Häftlingen derart schamlos für die Zwecke heutiger Kriegsführung auszubeuten, scheiterte jedoch am Protest antifaschistischer Gruppen.

II. Die Wehrmacht als Vorbild – trotz alledem

Die skizzierten Bestrebungen, das Verhältnis der Bundeswehr zur NS-Vergangenheit neu zu bestimmen, beschränken sich freilich auf die Oberfläche, auf die Ebene der Bundesregierung, des Verteidigungsministeriums, der Militärführung. Auf die konkrete Traditionspflege in den Kasernen und Kameradschaftsverbänden hatten die Umdeutungsversuche keine Auswirkungen. Dabei hatten SPD und Grüne nach ihrem Regierungsantritt noch anderes angekündigt: Vollmundig versprach Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) im Januar 1999, sämtliche nach Nazi-Befehlshabern benannten Kasernen schleunigst umzubenennen: »In zwei Jahren finden Sie keine mehr.« Bereits 1998 hatte der Bundestag anlässlich des 61. Jahrestags der Bombardierung von Guernica in Spanien durch die deutsche »Legion Condor« beschlossen, Mitgliedern der Legion in Deutschland kein ehrendes Gedenken mehr zuteil werden zu lassen und entsprechende Kasernenbenennungen aufzuheben.

Passiert ist seit diesen beiden Verlautbarungen indes (fast) nichts. Noch immer tragen mehr als 30 Kasernen ihre fragwürdigen Namen. »Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr können mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben«, lautet die Vorschrift im Traditionserlass von 1982. Bis vor wenigen Wochen schien diese Definition in der Lesart der Bundeswehr auch auf den Fliegeroberst Werner Mölders zuzutreffen, der als Kommandeur einer Jagdstaffel der »Legion Condor« spanische Dörfer zerstörte und ZivilistInnen tötete und für den Hitler eigens eine neue Auszeichnung – das »Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes« – erfand. Erst im Januar dieses Jahres reagierte das Verteidigungsministerium auf den zunehmenden öffentlichen Druck und erklärte den Nazi-Flieger für ungeeignet, weiterhin als Namenspatron zu dienen. Bis dahin trug nicht nur die Kaserne in Visselhövede (Niedersachsen), sondern sogar ein ganzer Luftwaffenverband seinen Namen: das Jagdgeschwader 74 Mölders im bayrischen Neuburg an der Donau. Und Mölders war keine Ausnahme.

In Hildesheim heißt nach wie vor eine Kaserne nach Feldmarschall von Mackensen, der das Attentat auf Hitler als »fluchwürdig« verdammte und noch im November 1944 Jugendliche zu »Opferbereitschaft und Fanatismus« ermahnte. In Hof an der Saale wurde mit Generalmajor Hans Hüttner ein überzeugter Nationalsozialist zum Kasernenpatron gemacht – und ist es bis heute. Dreizehn weitere Namensgeber von Bundeswehr-Kasernen waren wie Hüttner und Mölders am Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion beteiligt.

Der antifaschistischen Umdeutung der Bundeswehr zum Trotz ist ein positiver Bezug auf Wehrmachtsvorbilder keineswegs unwillkommen. Je öfter und länger wieder Krieg geführt wird, desto wichtiger werden die »ewigen soldatischen Tugenden«: Tapferkeit, Kameradschaft, die Kraft zum Durchstehen eigentlich unerträglicher Situationen, der selbstverständliche Umgang mit dem Tod. Dies den Soldaten zu vermitteln, sei der Wehrmacht in geradezu vorbildlicher Weise gelungen, meint das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr – und zitiert in seinen Arbeitspapieren deshalb immer noch gerne Landser-Erinnerungen.

Und auch die Musik verbindet die Soldatengenerationen. Obwohl die jüngste Ausgabe des Bundeswehr-Liederbuchs von 1991 mit dem Titel »Kameraden singt!« von der einen oder anderen nazistischen Altlast befreit wurde und als musikalische Visitenkarte einer demokratischen Armee gedacht war, kann in der Bundeswehr nach wie vor der Soundtrack zum Vernichtungskrieg erklingen. Beispiel: das »Panzer-Lied«. Dabei handelt es sich um das Stammlied des NS-Kraftfahrerkorps; heute werden lediglich die Strophen weggelassen, die den Tod »für's Hakenkreuz« als »unsere höchste Ehr« verklären. Die Melodie entstammt einem antisemitischen Kampflied aus dem Liederbuch der SS: »Parole, sie bleibet: Die Juden hinaus!«.

III. Der Schulterschluss von Alt und Jung in den Kameradschaftsverbänden

Noch unkritischer ist der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit allerdings dann, wenn bei der Traditionspflege nicht die Bundeswehr selbst, sondern Kameradschaftsverbände Regie führen. In Organisationen wie dem Bund deutscher Fallschirmjäger (BdF), dem Kameradenkreis der Gebirgstruppe oder der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« sind Wehrmachtsveteranen genauso Mitglied wie ehemalige und aktive Bundeswehr-Soldaten. Obgleich der Schulterschluss von Alt und Jung fast durchgängig mit einer Relativierung von NS-Verbrechen und der Glorifizierung von Kriegsverbrechern einher geht, hat das Verteidigungsministerium keine Einwände gegen gemeinsame Veranstaltungen von Bundeswehr und Traditionsverbänden. Einzig zu den Ritterkreuzträgern brach die rot-grüne Bundesregierung den Kontakt ab – die Verbindungen der »Ordensgemeinschaft« zu rechtsextremen Vereinen waren zu offensichtlich.

Die alljährlichen Pfingsttreffen des rund 6000 Mitglieder zählenden Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Mittenwald werden dagegen bis heute unterstützt. Dass bei den Gedenkfeiern am Mahnmal der Gebirgsjäger auf dem Hohen Brendten jahrzehntelang die Massaker der Nazi-Gebirgstruppen geleugnet wurden, dass Kriegsteilnehmer stolz ihre Hakenkreuzorden präsentieren konnten – daran nahm die Bundeswehrführung keinen Anstoß. Erst die vor drei Jahren einsetzenden Proteste gegen das Treffen, das zu den größten soldatischen Feiern in Deutschland gehört, bewirkten ein vorsichtiges Zurückrudern. Im vergangenen Jahr sah sich Kameradenkreis-Präsident Ernst Coqui – wohl auch ausgelöst durch Druck der Bundeswehrführung – erstmals zu einem Schuld-Eingeständnis genötigt: »Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe ist sich in gleicher Weise der großen Leistungen der Gebirgstruppe im Zweiten Weltkrieg bewusst wie der leider auch von Gebirgssoldaten begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, sagte der Bundeswehr-Brigadegeneral a.D. auf dem Hohen Brendten. Ins ehrende Totengedenken aber bleiben nach wie vor auch die Kriegsverbrecher eingeschlossen. »Wir gedenken Toter und Menschen, nicht ihrer Handlungen«, rechtfertigte sich Coqui. Auch wurde wegen Verstrickungen in Wehrmachtsverbrechen bislang noch niemand aus dem Kameradenkreis verbannt. General Hubert Lanz, nach dem Zweiten Weltkrieg in den Nürnberger Prozessen als NS-Täter verurteilt, blieb sogar bis zu seinem Tod 1983 Ehrenvorsitzender.

IV. Widerstand muss sich gegen die gesamte Traditionspflege richten

Die Traditionspflege der Bundeswehr lässt sich nicht (mehr) in einem einfachen Schwarz-Weiß-Bild erfassen. Es findet sich ein weites Spektrum von Verhaltensweisen, das von Distanzierung und Instrumentalisierung über Ignoranz bis zur Verherrlichung von Kriegsverbrechern reicht. Antifaschistischer und antimilitaristischer Widerstand darf sich deshalb →

→ nicht auf einzelne besonders skandalöse Elemente der Traditionspflege beschränken, sondern muss das Gesamtensemble in den Blick nehmen.

Zwar ist es richtig und wichtig, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und die Widersprüche zwischen der demokratischen Selbstdarstellung der Bundeswehr und ihrer tatsächlichen Traditionspraxis anzuprangern: Eine Truppe, die regelmäßig von ihrer braunen Vorgeschichte eingeholt wird, hat es schwerer, sich das Image einer geläuterten Friedens- und Menschenrechtsarmee zu geben. Und dass das »Vorbild Wehrmacht« keineswegs vor dem Versinken in der Mottenkiste steht, zeigt sich, wenn zur moralischen Aufrüstung für kommende Kriege ganz aktuell wieder auf »Tapferkeit« und »Kameradschaft« des gemeinen Landsers verwiesen wird.

Doch ein zu eng angelegter Protest kann auch nach hinten losgehen – paradoxerweise dann, wenn er erfolgreich ist. Denn wenn erreicht wird, dass eine Kaserne ihren nazistischen Namenspatron verliert oder dass Kriegsverbrecher nicht länger geehrt werden, dann trägt das ungewollt zur Modernisierung der Bundeswehr bei. Zu der Umdeutung also, die eigentlich angegriffen werden sollte.

Das heißt: Linker Widerstand muss schon vorher ansetzen, bei der vorgeblich kritischen Neu-Interpretation der Bundeswehr als Lehre aus der deutschen Geschichte – zumal zu erwarten steht, dass einer derartigen Geschichtsklitterung künftig wachsende Bedeutung zukommen wird. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten dürfte sich auch in der Bundeswehr das »pluralisierte Gedenken« durchsetzen, wie es unter der rot-grünen Bundesregierung als geschichtspolitische Maxime etabliert wurde: An die Opfer des NS-Regimes wird erinnert, sie werden jedoch in einem Atemzug mit den gefallenen Wehrmachtssoldaten und den deutschen Toten des Bombenkriegs und der Vertreibungen genannt. Analog dazu erscheinen Rotarmisten und alliierte Bomberpiloten ebenso als Täter wie die Nazis (die sich in dieser Lesart freilich auf Adolf Hitler und einige wenige Funktionsträger reduzieren).

Einer Übertragung dieses Grundsatzes auf das militärische Gedenken stehen derzeit vor allem die letzten noch lebenden Weltkriegsveteranen entgegen, die ein Erinnern an ermordete ZivilistInnen oder PartisanInnen nicht akzeptieren könnten. Was nach ihrem Tod kommen wird, zeichnet sich jedoch schon jetzt in den Gedenkfloskeln ab: Selbst der Kameradenkreis der Gebirgstruppe will nach eigenem Bekunden an »alle Opfer von Krieg, Terror und Gewalt« erinnern – und ebnet damit die Unterschiede zwischen Mördern und Ermordeten, zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen Wehrmachtsmassakern und dem Widerstand von PartisanInnen vollständig ein. ■

OLAfA (Offene Linke – Alles für Alle), Göttingen.

Das Gedenkjahr bringt den deutschen Umgesiedelten Erinnerungs-Anlässe zur Genüge. »60 Jahre Kriegsende, 60 Jahre Verlust der Deutschen Ostgebiete, 60 Jahre Beginn der Vertreibung der Deutschen«: Prägnant fasst der »Glatzer Gebirgs-Verein« aus Braunschweig die Ereignisse zusammen, die ein »Feierlicher Ostdeutscher Gottesdienst im Dom zu Fulda« am 3. Oktober ins Gedächtnis rufen soll. Daneben wird, so verkündet der von »Vertriebenen« aus dem polnischen Klodzko im Jahr 1951 gegründete Wanderclub, ein weiteres Datum besonders beachtet werden: »55 Jahre Unterzeichung der Charta der Heimatvertriebenen«.

Die deutsche Karte gespielt

Geschichtspolitische Entwicklungen im Bund der Vertriebenen

JÖRG KRONAUER

An den Folgen der Umsiedlung der Deutschen arbeiten sich die Umgesiedelten ab, seit sie schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Besatzungszonen beginnen konnten, sich zu eigenen Organisationen zusammenzuschließen. Die Umsiedlung begleitete das vorläufige Ende deutscher Macht in verschiedenen mittelosteuropäischen Gebieten, die zuvor zum Deutschen Reich gehört hatten oder von Nazideutschland annektiert bzw. kontrolliert worden waren. In diesen Gebieten den deutschen Einfluss wieder auszuweiten, das war das Ziel, das die Verbände der Umgesiedelten von Beginn an verfolgten – und bis heute verfolgen. Die Interpretation der geschichtlichen Ereignisse, die zur Umsiedlung führten und mit ihr einhergingen, Geschichtspolitik also ist für den Bund der Vertriebenen (BdV) und die einzelnen Landsmannschaften essential.

Geschichtspolitische Grundlagen

Bereits in den ersten Jahren nach 1945 gelang es den Umgesiedelten, geschichtspolitisch bedeutsame Pflöcke einzuschlagen. Damals ging es um die Deutung des Potsdamer Abkommens, um eine politisch aufgeladene Bezeichnung für die Umsiedlung und um das politische Motiv der Umsiedlung. Begriffliche und juristische Festlegungen der damaligen Zeit prägen die Debatte bis zur Gegenwart und sind die Basis für die aktuelle Vergangenheitspolitik des BdV. Die bald nach dem Krieg entwickelte Hauptforderung der Umgesiedelten (»Recht auf die Heimat«) bildet – wie damals – den politischen Kern der um sie herum entstandenen Geschichtsinterpretation. Dass sich für die Umgesiedelten die Bezeichnung »Vertriebene« durchsetzte, war ihr erster Erfolg.

»Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die Verwendung des Begriffes 'Vertreibung' in seiner heute gängigen Bedeutung noch gänzlich unbekannt«, schreibt Samuel Salzborn in seinem Grundlagenwerk über die »Vertriebenen«-Verbände (»Grenzenlose Heimat«)[1]. Vielmehr nannte man damals die Menschen, die aufgrund der politischen Entwicklung ihre Wohnorte jenseits der neuen deutschen Ostgrenzen freiwillig oder gezwungenermaßen verließen, entweder »Umgesiedelte« oder »Flüchtlinge«. Selbst im staatsoffiziellen Bonner Haus der Geschichte findet man noch heute ein Plakat aus der britischen Besatzungszone, das vom 5. Oktober 1945 datiert und an Umgesiedelte gerichtet ist. Es trägt nicht die Überschrift »Merkblatt für Vertriebene«, sondern: »Merkblatt für Flüchtlinge«. Der in den westlichen Besatzungszonen wenige Jahre danach gängige Terminus »Vertriebene« drückt hingegen, wie ein Beobachter in den 1950er Jahren bemerkte, »fortlaufende(n) Protest gegen das Unrecht der Vertreibung« aus.[2]

»Unrecht der Vertreibung«? Das ist historisch schlicht falsch. Die Umsiedlung der Deutschen erfolgte in Erfüllung des rechtsverbindlichen Potsdamer Abkommens, sollte eine erneute deutsche Ostexpansion erschweren und die Bevölkerungen der mittelosteuropäischen Staaten von ihren ehemaligen NS-Peinigern befreien. Die Alliierten »erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutsch-

➔

→ land durchgeführt werden muß«, heißt es in Abschnitt XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945.[3] Den Rechtsakt der Umsiedlung – und mit ihm zugleich einen wichtigen Teil des Vertragstextes – zum Unrecht zu erklären, das war von Anfang an ein Ziel der Geschichtspolitik der Umgesiedelten.

Es wurde begründet mit irreführenden Behauptungen über das Motiv für die Umsiedlung. Die Deutschen seien im Jahr 1945 als »Volk« bzw. »Volksgruppe« Gegenstand rassistischen Hasses gewesen, hieß es schon bald: Der rassistische Hass habe schließlich die »Vertreibung« initiiert. Auch das ist historisch unwahr und nicht zu halten. Das Benes-Dekret Nr. 33 vom 2. August 1945 etwa – eines der Dekrete, die die Umsiedlung im Detail regelten – erkannte zwar deutschen und ungarischen NS-Kollaborateuren und -Profiteuren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ab. Auch für Deutsche und Ungarn galt jedoch: »Personen, welche [...] nachweisen, dass sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben, bleibt die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhalten.«

Den Kampf gegen das Potsdamer Abkommen stellten die Umgesiedelten in den Mittelpunkt ihres ersten und bislang bedeutendsten gemeinsamen Forderungskatalogs. »(W)ir (fühlen) uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird«, heißt es in der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« vom 5. August 1950. Ein erfundenes »Recht auf die Heimat« soll gewissermaßen die Umsiedlung rückgängig machen: Es würde den Umgesiedelten politische Einflussmöglichkeiten in ihren Herkunftsgebieten verschaffen. Entsprechend wurde die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« fast genau »am fünften Jahrestag des Potsdamer Protokolls (verkündet), das« – so heißt es beim BdV – »in der 'Charta' ungenannt gewissermaßen am Pranger steht«.[4]

Basis-Erweiterung

Bereits wenige Jahre nach der Umsiedlung standen damit die Determinanten fest, die die Geschichtspolitik des BdV noch heute prägen: Die Umsiedlung und damit das Potsdamer Abkommen sollen zum Unrecht umdefiniert, das »Recht auf die Heimat« hingegen zum Menschenrecht erklärt werden. Der BdV versucht seit einigen Jahren, für diese Ziele eine breite Basis zu gewinnen, die über seine bisherige überwiegend konservative Klientel hinausreicht. Er nutzt dabei die schon bald nach Kriegsende verbreitete Behauptung, die Umsiedlung sei eine aufgrund angeblichen rassistischen Hasses gegen die Deutschen durchgeführte »Vertreibung« gewesen, durch die den Umgesiedelten »Unrecht« zugefügt worden sei.

Vertreibungen, so heißt es im BdV, kommen bis in die Gegenwart immer wieder vor. Eine umfangreiche Aufstellung unterschiedlichster Vorgänge, die alle unter den Begriff »Vertreibung« subsumiert werden, hält die Website des »Zentrums gegen Vertreibungen« bereit. Die Vertreibung von Azeris durch Armenier Anfang der 1990er Jahre in Nagornyi Karabach wird dort genannt, die Flucht großer Teile der tschetschenischen Zivilbevölkerung vor der russischen Armee und die Verfolgung von Roma im Kosovo. All dies seien »Vertreibungen«, die offensiv als Unrecht gekennzeichnet und bekämpft werden müssen, erfährt man beim Zentrum gegen Vertreibungen. Der Plural im Titel der Organisation (»Vertreibungen«) ist Programm.

Wer die genannten Vorgänge (»Vertreibungen«) ablehnt, muss – so die Logik der deutschen Umgesiedelten – auch die Umsiedlung der Deutschen zum Unrecht erklären. Denn die sei ja, so heißt es seit der frühen Nachkriegszeit in ungebrochener Kontinuität, aufgrund rassistischen Hasses gegen die Deutschen durchgeführt worden und daher nicht anders zu bewerten als die Verfolgung von Serben im Kosovo. Die Argumentation beruht auf den eingangs erwähnten, historisch nicht haltbaren geschichtspolitischen Behauptungen. Sie findet dennoch immer breitere Akzeptanz.

Erfolge in Deutschland

Bestes Beispiel: Der Schriftsteller und entschiedene Nazi-Gegner Ralph Giordano. »Die Humanitas ist unteilbar«, erklärte er in einem Briefwechsel mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach, den die Tageszeitung »Die Welt« im Februar 2004 veröffentlichte: »Alle Verbrechen, alle Menschenrechtsverletzungen, die von deutschen und die an Deutschen, müssen aufs Tapet, restlos und ohne Tabus.« Eine Bedingung stellte Giordano allerdings doch: Er könne sich – als Holocaust-Überlebender – nur dann für das Zentrum gegen Vertreibungen einsetzen, wenn »der BdV von heute das Empathiedefizit des BdV von gestern« aufarbeite. Ein lobenswertes »Empathiebekenntnis« erkannte Giordano in einem Artikel des früheren BdV-Präsidenten Herbert Czaja aus dem Jahr 1993. Czaja hatte darin erklärt: »Auch über Untaten Deutscher muss man sprechen«.

Dieses Zugeständnis sucht BdV-Präsidentin Steinbach derzeit in ihrem Verband durchzusetzen. Am 19. Juli 2004 führte der BdV in Berlin eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Warschauer Aufstands im Jahr 1944 durch. Als Hauptredner trat damals Ralph Giordano auf. Dabei verhehlte Steinbach keineswegs ihr Ziel, der Opfer Nazideutschlands zu gedenken, um die Umgesiedelten langsam, aber sicher in der »Opfergemeinschaft« etablieren zu können. »Wir würden uns doch auch freuen, wenn in Polen der Ver-

1| Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin o.J., S. 40.
2| Ebd.
3| Wolfgang Benz: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986, S. 224f.
4| zitiert nach Holger Kuhr: »Geist, Volkstum und Heimatrecht«. 50 Jahre »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« und die eth(n)isch orientierte deutsche Außenpolitik

treibung der Deutschen gedacht würde«, erklärte sie, als in Polen heftige Kritik an dem Berliner Gedenkspektakel laut wurde.

Stößt die Geschichts-Vernebelung der deutschen Umgesiedelten im Ausland noch oft auf Protest, so setzt sie sich in Deutschland inzwischen mehr und mehr durch. Vor allem mit dem Zentrum gegen Vertreibungen, dessen Vorsitz sie sich mit Peter Glotz (SPD) teilt, brachte Steinbach die Sache in ihrem Sinne voran. 1999 ging sie damit an die Öffentlichkeit, gewann schon in den ersten Monaten die Unterstützung prominenter Sozialdemokraten und nach zwei Jahren die Sympathie der SPD-Bundestagsfraktion. Die SPD sucht ihr das Projekt inzwischen sogar aus der Hand zu nehmen und als »Netzwerk gegen Vertreibungen«, eingerichtet von der Bundesregierung, europaweit zu etablieren.

Steinbachs Bemühungen, die NS-Verbrechen in das »Vertreibung« genannte Sammelsurium einzubeziehen und damit dem Zentrum gegen Vertreibungen zu einer breiteren gesellschaftlichen Basis zu verhelfen, hatten zunehmend Erfolg. Im Mai 2002 versammelte sie prominente Wissenschaftler in einem »Wissenschaftlichen Beirat beim Zentrum gegen Vertreibungen«. Dort dominierten allerdings noch bekannte Rechte, die Völkerrechtler Dieter Blumenwitz und Alfred-Maurice de Zayas etwa, Arnulf Baring und Michael Wolffsohn. Zwar gelang es Steinbach, mehrere regierungsnahe Wissenschaftler in den Beirat aufzunehmen, Hermann Schäfer etwa, den Präsident der Bonner Stiftung Haus der Geschichte, oder den Berliner Völkerrechtler Christian Tomuschat. Micha Brumlik jedoch, den Steinbach zunächst für die Mitarbeit gewinnen konnte, zog seine Zustimmung schon bald zurück.

Ein wirklicher Einbruch ins linksliberal-grüne Spektrum gelang Steinbach Anfang 2003. Einen neuen Menschenrechts-Preis verlieh das »Zentrum gegen Vertreibungen« damals, benannt nach dem jüdischen Schriftsteller Franz Werfel. In der Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises traf zum ersten Mal ein Personenbündnis zusammen, dessen politische Bandbreite eine zuverlässige Verankerung der »Vertriebenen«-Anliegen in der deutschen Gesellschaft verhieß. Neben dem Erzreaktionär Otto Habsburg saßen dort zwei Sozialdemokraten (Peter Glotz, Klaus Hänsch), ein Liberaler (Otto Lambsdorff) und ein Grüner (Daniel Cohn-Bendit). Ralph Giordano komplettierte die Jury.

Beeindruckend ist die Liste der »Persönlichkeiten«, die das Zentrum gegen Vertreibungen inzwischen in der Rubrik »Menschen an unserer Seite« als Unterstützer aufführt. Neben Ralph Giordano finden sich dort die Schriftsteller Imre Kertész und György Konrad, der Direktor des Potsdamer Menschenrechtszentrums Eckart Klein, der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Tilman Zülch, der Historiker und Direktor des Moses Mendelssohn-Zentrums Julius Schoeps und der Rabbiner Walter Homolka von der Weltunion für progressives Judentum. Die Liste zeigt, dass auch Staatsapparate und Wirtschaft das Projekt inzwischen unterstützen: Sie nennt den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, und Rolf-E. Breuer, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank.

Probleme im Ausland

Die geschichtspolitische Vermengung von NS-Verbrechen und verschiedensten anderen Vorgängen mit der Umsiedlung der Deutschen unter dem Begriff »Vertreibung« ermöglicht es, auch unter Nicht-Deutschen Bündnispartner zu gewinnen. Im April 2002 nahm Steinbach an einer Gedenkfeier des Zentralrates der Armenier in Deutschland zur Erinnerung an den Genozid von 1915 teil. Franz Werfel, der Namensgeber des neuen »Vertriebenen«-Preises, hat den Genozid literarisch beschrieben, der erste Preisträger (Mihran Dabag) hat ihn wissenschaftlich erforscht. Über die Kooperation u.a. mit armenischen Verbänden lässt sich, so hofft Steinbach, das internationale Ansehen der Vertriebenenverbände verbessern.

Einen weiteren Schritt voran brachte die Pressekonferenz, die Steinbach gemeinsam mit dem GfbV-Vorsitzenden Tilman Zülch am 5. August 2002 durchführte – am Jahrestag der Proklamation der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« also. »Vertriebene unterschiedlicher Volksgruppen«, so der BdV, hätten bei der Pressekonferenz »durch ihre Anwesenheit ihre Solidarität mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin bekräftigt«. Anwesend waren eine Serbin aus Kroatien, eine bosnische Muslimin, eine griechisch sprechende Zypriotin, eine Russin aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien und ein Vertreter der Roma aus dem Kosovo. Ihnen wurde für ihren Einsatz zugunsten der deutschen Umgesiedelten die Unterstützung ihrer eigenen Ziele in Aussicht gestellt: »Für Vertriebene unterschiedlicher Völker«, hieß es, sei Berlin »leicht erreichbarer Anlaufpunkt«.

Im Ausland freilich beißt der BdV mit seiner geschichtspolitischen Vermengung unterschiedlichster Tatsachen noch auf Granit. In Polen etwa haben die wenigsten vergessen, dass die Umsiedlung durchaus etwas anderes war als die barbarische Niederschlagung des Warschauer Aufstands. »Erika, lass den Aufstand in Ruhe!«, titelte die polnische Presse als Reaktion auf die BdV-Gedenkveranstaltung vom Juli 2004, bei der Ralph Giordano – als Vertreter des vermeintlich »besseren Deutschland« – die Hauptrede hielt. »Dieser Gedanke«, urteilte der ehemalige Aufstandskämpfer und spätere polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski über Steinbachs Gedenk-Konzept: »Dieser Gedanke ist eine Provokation.« ■

Jörg Kronauer ist Sozialwissenschaftler, freier Journalist und er lebt in Köln



»He, wir trauern!«[1]

Der geschichtspolitische Fundamentalismus der extremen Rechten am Beispiel Rudolf Heß.

Sein Konterfei wird auf Fahnen, Postkarten, Aufkleber, Poster und Kleidungsstücke gedruckt, auf Tassen herumgereicht und als Relief an die Wand gehängt. Mitschnitte seiner Reden werden »umrahmt von weihnachtlichen Liedern und festlichem Glockengeläut des Berliner und Salzburger Doms sowie der Marienkirche zu Danzig«.[2] Zahllose Lieder aus dem Rechtsrockmilieu widmen sich seinem Schicksal. Auf Transparenten und in Pamphleten wird der »einsamste Mann auf der ganzen Welt«[3] als Märtyrer, Vorbild und Kamerad gefeiert. Wenn die extreme Rechte des NS-Funktionärs Rudolf Heß gedenkt, dann gibt es wenig, was es nicht gibt.

Daniel Schlüter

Was diese Flut aus Papier, Keramik und variantenfreiem Liedwesen absichtsvoll unterschlägt: Rudolf Heß war Nationalsozialist der ersten Stunde, einer, dessen glühender Eifer mit einer ansehnlichen Karriere belohnt wurde, die ihn vom Sekretär des inhaftierten Hitler zum »Minister ohne Geschäftsbereich« führte. Was Heß in dieser Funktion trieb, blieb im großen und ganzen unklar. Umso deutlicher fielen seine Worte aus, die vor devoter Verehrung nur so strotzten: »Mit Stolz sehen wir:«, so Heß in einer seiner einschlägigen Reden, »Einer bleibt von aller Kritik stets ausgeschlossen – das ist der Führer. Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hatte immer recht, und er wird immer recht haben«.[4] Einem solchen Mann in politischer Absicht zu gedenken, kann aus zweifacher Hinsicht schwierig sein. Zum einen ist es heute aus den bekannten Gründen kaum möglich, sich anders als in stark codierter Form positiv auf den Nationalsozialismus zu beziehen. Zum anderen handelt es sich bei Heß um einen Angehörigen der politischen Elite, der während des Nationalsozialismus nicht selten zur Zielscheibe von Flüsterwitzen wurde, die seinen Geisteszustand thematisierten. Da mag es etwas erstaunlich wirken, dass es nahe liegende Gründe geben soll, warum gerade er der einzige Funktionär aus der NS-Führungsriege ist, der in der Politik des deutschen Rechtsextremismus aktuell eine Rolle spielt. Statt zur Fußnote wurde Heß zu einem zentralen Idol, das nicht nur nach innen abstrahlt und Kameradschaftsabende mit glorifizierenden Heldensagen und Selbstvergewisserung versorgt, sondern auch der Gestaltung praktischer Politik dient. Es gibt kaum ein mobilisierungsträchtigeres Thema, an dem sich das geschichtspolitische Verständnis und die dahinter stehenden Absichten des deutschen Rechtsextremismus treffender nachzeichnen lassen als am Gedenken an Rudolf Heß.

Die Mythisierung: »Ehre den Toten die den Frieden boten«.[5]

Das Gedenken an Heß, der 1987 im alliierten Kriegsverbrechergefängnis durch Selbsttötung verschied, besteht aus einer zunächst einfach nur anachronistisch anmutenden Reihung von kitschig-schwülstigen Worten, Tönen, Bildern und Handlungen in ewiger Wiederkehr. Zusammen genommen ergeben die unterschiedlichen Erzählungen, die sich um seine Person ranken, jedoch mehr als das. Sie begründen eine fantastische Geschichte, die an der Grenze zwischen dem angesiedelt ist, was man für wahr hält und dem, was man ohne Beweisführung einfach nur glauben will. Damit mag die Erzählung extrem abwegig klingen und ist doch gleichzeitig hoch funktional, sowohl für das Eigenbild als auch für die Entwicklung einer komplexen Gegengeschichte, deren Kern die Inszenierung des Hauptdarstellers als »Friedensflieger«, »Märtyrer« und »Vorbild« ist. Das Leben von Heß ist zum Mythos geworden, dessen Technik in der Rückbindung auf reale Ereignisse besteht, die über die Erzählung eine Umdeutung erfahren. Dieser komplexe Prozess vollzieht sich in verschiedenen Stufen und auf unterschiedlichen Ebenen.

Zunächst wird die reale Person Heß zum Opfer erklärt. Als Parlamentär sei, so die Argumentation, bereits seine Inhaftierung unrechtmäßig gewesen. Seine spätere Anklage vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal stelle nichts anderes als Siegerjustiz dar. In seiner Ernennung zum »Friedensflie-

→

→ ger« erhält die Rolle des ´Parlamentärs´ in einem zweiten Schritt eine explizit positive Wertung. Heß sei nach England – genau genommen nach Schottland – geflogen, um den 2. Weltkrieg zu beenden. Es sei ihm also um den Frieden schlechthin gegangen. Vor diesem Hintergrund wird Heß in einem weiteren Schritt als Märtyrer inszeniert, der für eine sowohl untadelige als auch aufrechte Gesinnung inhaftiert wurde und nicht nur ohne Recht, sondern auch ohne Gnade eingesperrt blieb.

An den jeweiligen Akzentuierungen dieser alles in allem abenteuerlichen Lesart der Ereignisse lässt sich innerhalb der Gedenkgemeinschaft eine Spaltung feststellen, die nicht allein auf strategischen Differenzen beruht. Zwischen einem meist parteiförmig verfassten, parlamentarisch ausgerichteten und tendenziell auf die Akzeptanz der bürgerlichen Mitte orientierten Spektrum und dem eher bewegungsorientierten, rebellierenden Neonazismus gibt es ohne Zweifel eine Reihe gemeinsamer Momente, die anlassbezogen immer wieder zu strategischen Allianzen und gemeinsamen Aktivitäten führen. Beiden Fraktionen gilt Heß nicht nur als reale Person, sondern gleichsam als Platzhalter für ein viel weit reichenderes Begehren. Letztendlich aber liegen ihren jeweiligen Aktivitäten unterschiedliche Schwerpunktlegungen und Intentionen zu Grunde. Während das erste Spektrum vor allem darauf abzielt, die Gesamterfahrung des nationalsozialistischen System zu ‚zergliedern, um Teile von ihm zu relativieren, geht es den Neonationalsozialisten darum, den Makel der Vergangenheit abzuschütteln, um sie in ihrer Gesamtheit als Modell für die Gegenwart zu rehabilitieren. So zeigt sich auch, dass das eher gemäßigte Spektrum implizite Verweise auf die nationalsozialistische Ausrichtung der Gesinnung von Heß eher vermeidet, während sich im Neonazismus die Agitation gegen die als Unrecht bezeichnete Inhaftierung zur These steigert, Heß sei von den Alliierten ermordet worden. Der Märtyrer tritt hier nicht nur als Opfer auf, dem Mitleid gilt, sondern vor allem als Träger einer Idee, die zum politischen Handeln auffordert. Diese Anrufung geht einher mit einer vollständigen Metaphorisierung der Figur. In besonderem Maße in der Agitation der Neonazis wird Rudolf Heß zum Inbegriff des deutschen Helden. In ihm sollen nicht nur vermeintlich deutsche Tugenden und spezifische deutsche Charaktereigenschaften wie Ehre, Treue und Standhaftigkeit ihren Ausdruck finden. Sein Körper selbst wird zum Ort, der die gesamte Bestrafung des besiegten Deutschlands erleiden muss. Es ist, wie es die Gruppe Noie Werte anteilnehmend formuliert, schlichtweg »unglaublich«, was Heß ertragen hat und ertragen konnte.[6] Heß litt am meisten und am besten und ist darin Leitbild für eine politische Idee, in der die Sehnsucht nach der Destruktion mit der masochistischen Lust an der Selbstzerstörung kurzgeschlossen ist. Er tritt zudem als Verkörperung eines selbst in der Niederlage ungebrochenen Deutschlands auf. »Ich bereue nichts« lautet in diesem Zusammenhang ein gewünscht vieldeutiger Satz von Heß, den das Neonazilager notorisch zitiert. Diese vier Elemente der Mythisierung weisen untereinander kaum Kohärenz auf. Insofern ist die Mythenbildung bereits Ausdruck einer typisch widersprüchlichen Argumentationsführung, die immer den Spagat zwischen offener Sympathie für den Nationalsozialismus und vorgeblicher Bekennung zu herrschenden Geschichtsparadigmen leisten muss. Die logische Klammer dieser vier Elemente des Mythos besteht so im subversiven Bestreben, die Verbrechen des Nationalsozialismus strategisch zu verharmlosen. Die Person Heß wird moralisch auf-, ihr Handeln geschichtlich völlig überbewertet. Sein Handeln wird dargestellt, als hätte es nicht im Kontext politischer Strategien gestanden. Der so genannte Friedensflug hätte, so der Kern der perfiden Argumentation, im Falle seines Gelingens einen Krieg beendet, den tatsächlich niemand anders als der »Friedensflieger« und seine Gesinnungsgenossen begonnen hatten.

Die Idealisierung der Akteure

Die Funktion der Erzählung besteht allerdings nicht nur in der Idealisierung von Heß als Metapher für den Nationalsozialismus, sondern auch in der Realisierung des Begehrens nach Mystik und Mythos im Selbstbild der Akteure. Die hier erzählte Geschichte genügt beiden Ansprüchen und macht Heß zu einem der wenigen wirkungsmächtigen geschichtlichen Idole, über die das rechtsextreme Spektrum öffentlich verfügen kann. Die Geschichten von Idolen sind davon geprägt, dass sie stets unerreichbar bleiben und man ihnen doch – durch eigene Anstrengung – zumindest näher kommen kann. Sie appellieren an die Chance und den persönlichen Willen. Sie erzählen, dass man – was auch immer – schaffen kann. Die Geschichte von Rudolf Heß appelliert gleichzeitig an die Amnesie. In seiner Figur verbinden sich das Wissen um den Charakter und die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Sehnsucht, diese Taten wieder ausführen zu können mit der Strategie der Verschleierung dieses Wissens und der eigenen politischen Absichten. Hinzu tritt der individuelle Wunsch, auch zu der Sorte Held zu werden, dessen persönliches Schicksal hinter das Schicksal des Volkskörpers zurück tritt. Im Sinne einer solchen Verschleierung wird Heß dabei weniger als hoher NS-Funktionär inszeniert, sondern als Mann mit festen Idealen, Prinzipien und Visionen.

Letztlich bleibt diese Inszenierung jedoch eine Behelfskonstruktion, mit deren Hilfe ein strafrechtlich nicht zu sanktionierendes positives Bekenntnis zum Nationalsozialismus möglich werden soll. So ist die Idolisierung von Heß zwar einerseits der konkrete Ausdruck einer Ideologie, die um das Bild des um die völkische Sache ringenden Kämpfers errichtet ist. Andererseits ist die Erzählung aber auch Ausdruck einer spezifischen Zwangslage, in der

1| Zuruf eines Ordners an eine Gruppe von Demonstranten, die auf dem Heß-Marsch 2002 in rhythmisches Klatschen verfiel.
2| Deutsche Stimme 26, 2001, Nr. 12: 21
3| Noie Werte: Geheuchelte Humanität, 1996
4| Rudolf Heß, Reden. Zit. nach Michael Kohlstruck, Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik – Die Mythologisierung von Rudolf Hess im deutschen Rechtsextremismus, in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich (Hg.), Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten? Stuttgart 2004. S. 95-109, hier S. 105f..
5| Transparent der Lausitzer Front Guben auf dem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2004.
6| Noie Werte: Rudolf Heß, 1990.
7| Transparent auf dem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2004.

sich Teile der extremen Rechten befinden. Das Gedenken an Heß bleibt eine Ersatzhandlung, solange nicht des Führers gedacht werden kann.

Die Ritualisierung: der Marsch der kalten Körper

Der Mythos Heß konnte eine gewisse Festigkeit und Langlebigkeit auch deshalb annehmen, weil Heß der einzige hohe NS-Funktionär ist, dessen Grabstätte lokalisiert werden kann. Die fränkische Kleinstadt Wunsiedel ist in diesem Zusammenhang zum Erinnerungsort der besonderen Art geworden. Zunächst zog hier Jahr für Jahr eine steigende Zahl von Neonazis für den »Märtyrer« und »Friedensflieger« Heß durch die Straßen, dann sorgten nicht zuletzt antifaschistische Gegenaktivitäten für eine weiträumige Verlagerung des Geschehens. Versammlungsverbote führten dazu, dass das Neonazigedenken in immer größerer Entfernung zur Grabstätte stattfinden musste, bald ging es nur noch darum, überhaupt einen öffentlichen Auftritt durchsetzen zu können. Ein Tiefpunkt schien erreicht, als 1994 mehrere tausend AntifaschistInnen Blockaden von Objekten der Naziszene durchführten, während eine schlecht besuchte Heß-Kundgebung in Luxemburg von Polizisten in Freizeitlook effizient dekomponiert wurde. Nach diesem Ereignis verlor das Gedenken um Heß für alle Beteiligten rasch an Relevanz. Zunehmende staatliche Repression machte Aufmärsche dieser Thematik weit gehend undurchführbar, eine entstandene rechte Demonstrationskultur, die eine breite Palette alltagsorientierterer Themen bediente, tat ihr übriges, um dem Gedenken seine Relevanz für die neonazistische Erlebniswelt zu nehmen. Aus dem Kulminationspunkt des europäischen Rechtsextremismus wurde zeitweilig ein unbedeutender Mummenschanz. Ironischerweise sollte gerade das Jahr nach dem ›Aufstand der Anständigen‹ zu einer Wiederbelebung der Aktivitäten führen, die deutlich macht, wie zentral der Kampf um die Deutung der Geschichte für die Entwicklung rechtsextremer Politik grundsätzlich ist.

Heute hat sich der jährlich stattfindende »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« als das größte Event der deutschen und auch der internationalen Naziszene etabliert und den Charakter eines Vergemeinschaftungsrituals angenommen, in dem es um die Entfaltung von Außenwirkung, aber mehr noch um die Herstellung von Binneneffekten geht.

Oppositionelle Gedenkpolitik der extremen Rechten: Gegengeschichte als Selbstgespräch

Die zentrale Charakteristik des völkischen Rechtsextremismus besteht darin, dass er ohne Mythen und Märtyrer wie Heß, an denen immer wieder Sinn für das eigene Tun gestiftet werden kann, nicht auskommt. Weil Rudolf Heß nicht umsonst gestorben ist, so das tautologische Muster, marschieren die Neonazis und weil die Neonazis marschieren, ist Rudolf Heß nicht umsonst gestorben. Wenn er überhaupt gestorben ist, denn »Märtyrer sterben nie«[7], was durchaus auch eine Selbstbeschwörung darstellt. Das zentrale Problem der extremen Rechten besteht allerdings darin, dass gerade an diesem Thema ihre gesellschaftliche Isolation nicht größer sein könnte. Im Gedenken bleibt sie weit gehend unter sich, denn für die Rehabilitierung von hohen NS-Funktionären ist in der Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik wohl auch zukünftig kein Platz. Ihr Auftritt könnte unbelehrbarer und rückwärtsgewandter kaum aussehen, das Feld der faschistischen Gedenkpolitik erweist sich in diesem Sinne als nicht besonders geeignet, neue Zielgruppen anzusprechen oder Einfluss in gesellschaftlichen Debatten zu gewinnen. Darauf zielt die Entfaltung des Heß-Mythos allerdings auch gar nicht direkt ab. Tatsächlich geht es in zunächst um inneres Erleben und die Konsolidierung als weltanschauliche Bewegung, dann geht es darum, legale Formen einer wie auch immer verklausuliert vorgetragenen öffentlichen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus zu finden. Erst dann geht es um unmittelbaren gesellschaftlichen Einfluss. Hier ist es sicher hilfreich, die notorische Selbsterhöhung und -überschätzung der extremem Rechten, die ihren eigenen Partikularismus zur allgemeinen Meinung umlügt und sich selbst als »Deutsche« oder »die Jugend« etikettiert, von der realen Situation zu unterscheiden. Deutlich wird dann auch, dass die Konjunkturen des Gedenkens nicht einfach nur den jeweiligen Stand der Erkenntnisse und Strategien des rechtsextremen Lagers wiedergeben. In mindestens gleichem Maße sind sie auch bestimmt von äußeren Faktoren. Wie erfolgreich eine mythische Erzählung also außerhalb der neonazistischen Erlebniswelt in praktische Politik mündet, ist auch abhängig von Bedingungen, die andere gesellschaftliche Gruppen und der Staat mitgestalten.

Die Gefahren, die von einem geschichtspolitischen Fundamentalismus ausgehen, wie er exemplarisch am Heß-Mythos beschrieben wurde, sind so eher mittelbarer Natur. Tatsächlich profitiert die extreme Rechte indirekt von aktuellen Diskursen, die nicht mehr die Täterschaft, sondern das erlittene Leid der Deutschen thematisieren und auf eine problematische Form der Differenzierung setzen. Auf der Klaviatur einer als Differenzierung verkauften Verschleierung und des Opferdiskurses spielt der Rechtsextremismus ausgiebig und nicht ohne Talent. Die Räume, die innerhalb solcher Debatten geöffnet werden, können also tendenziell Positionen tolerabel machen, die in ihrem Kern nichts anderes sind als nationalsozialistische Bekenntnisse. Fundamentalopposition würde dann unter Umständen bedeuten, dass sich der Neonazismus in den deutschen Erinnerungslandschaft nicht mehr stigmatisiert, sondern eingeschlossen ausgeschlossen wiederfindet. ■

Daniel Schlüter ist Politikwissenschaftler und Kriminologe und lebt in Hamburg

Von der Quotenforderung zum nationalen Pop

Martin Büsser

Kurz nach dem Mauerfall begann Deutschland, seine hässliche Fratze wieder offen zu zeigen. Anfang der 1990er verging keine Woche ohne rechtsradikale Brandanschläge auf Wohnheime und geschändete jüdische Friedhöfe. In diesem Zusammenhang rückte erstmals in die öffentliche Wahrnehmung, dass Rockmusik zunehmend zum Sprachrohr für diskriminierende, nationalistische und rassistische Inhalte geworden ist. Parolen wie »Nieder mit dem Misch-Masch-Blut, denn das tut dem Vaterland nicht gut« (Störkraft) haben den immer schon naiven Glaube erschüttert, dass Rock per se Rebellion gegen jegliche Autoritäten und damit tendenziell emanzipatorisch links sei. Die Medien reagierten auf solche Extremformen des sogenannten Rechtsrock mit Empörung, Bürger und Politiker gingen gemeinsam gegen rechte Gewalt auf die Straße, bildeten Lichterketten. Während Extremismus und rechte Gewalt nahezu einhellig abgelehnt und sehr schnell auf das stereotype Bild des pöbelnden Skinheads projiziert wurden, mehrten sich zugleich die Stimmen aus der gesellschaftlichen Mitte, die einen neuen, »normalen« Umgang mit Patriotismus und Nation forderten. Popkultur spiegelte diesbezüglich das alle kulturellen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Zusammenspiel aus Fremdenangst (»Das Boot ist voll«) und Neubewertung des Nationalen wider.

»Popstandort Deutschland«

Mitte der 1990er, noch bevor Musiker wie Rammstein und Witt rechte Ästhetik und Symbolik im Pop-Mainstream hoffähig machen sollten,

setzte in Deutschland die erste Diskussion um eine nationale Radioquote ein. Unter der deutlich antiamerikanisch konnotierten Überschrift »Austritt aus der Nato« gab Heinz Rudolf Kunze dem »Spiegel« 1996 ein Interview (Heft 25/1996), in dem er beklagte, dass »die Flut an ausländischer Musik und ausländischem Schund« seit Ende des Zweiten Weltkriegs von den Deutschen widerstandslos geschluckt worden sei. Ähnliche Töne schlug Dieter Thomas Heck im Interview mit dem »Musikexpress« (10/96) an: »Wir dürfen es nicht so weit treiben, dass wir alles, was aus dem eigenen Land kommt, runterdrücken. Es gibt einfach Menschen, die so etwas nicht fühlen und denen musst Du es eben per Gesetz zeigen. Ist es nicht schön, mal wieder deutsch zu hören?« – Wie bitte? Menschen, die die Schönheit der deutschen Sprache nicht fühlen, vor allem wenn diese von wertvollen Kulturgütern wie Wolfgang Petri und Jürgen Drews vorgetragen werden, sollen per Gesetz endlich fühlen lernen, wie schön das doch ist? Noch deutlichere Worte fand Altrocker Achim Reichel im Branchenblatt »Rockmusiker« (3/96): »Jetzt, da die Siegermächte ihre letzten Besatzungstruppen abgezogen haben, müsste es doch das Interesse einer jeden Partei sein, unserem Land nicht seine eigene Gegenwartskultur vorzuenthalten«, und sprach in diesem Zusammenhang von »einer beispiellosen Vernichtungsaktion unserer einheimischen Musikszene«.

Zu einer Zeit, als die Böhsen Onkelz mit jeder neuen Veröffentlichung den ersten Platz der deutschen LP-Charts belegten und Neonazis einen neuen Trend in Sachen Jugendkultur gesetzt hatten, fiel diesen Herren nichts weiter ein, als nach einer Neubewertung der deutschen Popkultur, nach dem »Popstandort Deutschland« (Dieter Gorny) zu rufen. Die Debatte kam daher schnell dort an, wo sie hingehörte: »Englisches Gedudel stoppen!«, kommentierte die »Junge Freiheit« (35/96) und sprach sich begeistert darüber aus, dass der Musiksender »Viva« längst »den Sinn für die Quote erbracht hätte« – bei 40% der dort gespielten Musik handelt es sich um deutsche Produktionen.

Aus den wenigen hier genannten Zitaten geht bereits hervor, dass die Forderung nach einer Radioquote für deutsche Produktionen neben wirtschaftlichen Interessen bereits Mitte der 1990er massiv politische Ziele verfolgte: Mit Blick auf den Ausgang des Zweiten Weltkriegs (Kunze) und die Kultur der »Siegermächte« (Reichel) ging es hier um nichts Geringeres als den Wunsch, einen Schlussstrich ziehen zu können, also das Erinnern an deutsche Verbrechen zusammen mit den nunmehr als »Besatzer« empfundenen Befreiern zu entsorgen, um sich so als erstarkte, geläuterte und – vor allem gegenüber den USA – autarke Nation neu zu erschaffen. Dies war nicht immer so, wie ein Zitat des Kulturwissenschaftlers Klaus Theweleit belegt: Theweleit nannte das, was nach dem Zweiten Weltkrieg mit Jazz, Hollywood und Rock'n'Roll nach Deutschland kam, im positiven, nämlich befreienden Sinne »undeutsche Sprachen«, »öffentlich geächtete Sprachen und Klänge«, die bestens dazu geeignet gewesen seien, eine Art symbolische Entnazifizierung vorzunehmen – gegenüber Eltern und Autoritäten, die immer noch von »Negermusik« sprachen. Und selbst noch die zum Teil einem naiven, pauschalen Antiamerikanismus erlegene Generation protestierender Studenten Ende der 1960er wäre trotz aller »Kulturimperialismus«-Parolen nie auf die Idee gekommen, ihre geliebten Doors, Bob Dylan und die Rolling Stones zu entsorgen.

Antiamerikanismus und das Insistieren auf eine deutsche Pop-Hegemonie sind – nach ersten Anklängen dieser Art im Zuge der »Neuen Deutschen Welle« zu Beginn der 1980er Jahre – erst seit den 1990ern eine die ganze Branche und alle Musiksparten durchziehende Allianz eingegangen, die unterschwellig suggeriert, dass aus dem eigenen Land die potenziell hochwertigere Musik, aus den USA potenziell eher Schund käme. Zwar würde wohl kein Quoten-Befürworter die Flippers gegen Sonic Youth, Randfichten gegen Bright Eyes oder Gunter Gabriel gegen Johnny Cash ausspielen wollen – doch genau darauf liefe die Einführung einer Quote hinaus.

Racheakt der deutschen Kultur

Seit George W. Bush zum meistgehasstesten Politiker der Deutschen avanciert ist, ist der Ton noch schärfer geworden. Antiamerikanismus gibt sich seit dem »Nein« der Bundesregierung zu einer Beteiligung am Irakkrieg als Pazifismus aus, welcher zugleich jener reaktionären bis revanchistischen Geschichtsschreibung in die Hände spielt, die uns »die Deutschen« als ein moralisch integres, zudem einst von Hitler und Weltkrieg unterjochtes »Volk« verkaufen will, das nicht nur aus seiner Geschichte gelernt hat, sondern wie alle anderen auch deren Opfer war: Popsongs wie »Was es ist« von Mia und »Wir sind wir« von Van Dyk & Heppner korrespondieren mit einem Film wie »Das →

Wunder von Bern« und fügen sich ganz in das neue Geschichtsbild eines Guido Knopp (»ZDF History«) und Jörg Friedrich (»Der Brand«).

George W. Bush kam, scheint es, für die Deutschen zur rechten Zeit, konnte als Anlass genommen werden, den neuen nationalen Taumel in vermeintlicher Unschuld zu zelebrieren. Doch während sich die deutsche Kultur derzeit in einer Art Racheakt gegen alles »Amerikanische« und als amerikanisch Empfundene auflehnt, bemerken deren Protagonisten zugleich gar nicht, wie sehr sie selbst noch einen Großteil ihrer nun »gegen Amerika« eingesetzten Ausdrucksmittel allein den USA verdanken haben – was wären all jene, die sich für die Deutsch-Quote ausgesprochen haben, ohne Blues, Country, Rock'n'Roll und ohne den (sie vergessen es leicht: in den USA, nicht in Mannheim oder Stuttgart entstandenen) HipHop?

Eine Liste der Quoten-Befürworter findet sich auf der Homepage des »Vereins deutsche Sprache« veröffentlicht (www.alle-in-eigener-sache.de). Deren Seite gibt sich bereits ästhetisch offen als ideologisch zu erkennen, wirbt mit dem Bild der Germania »für die Quote«, das Schwert in der einen Hand in den Himmel gereckt, in der anderen eine E-Gitarre. Die Rede ist vom 1883 eingeweihten »Niederwalddenkmal« bei Rüdesheim, im Volksmund auch »Die Wacht am Rhein« genannt, ein gegen »Erbfeind« Frankreich gerichtetes deutsches Ehrenmal, das in diesem Kontext einen ironischen Beigeschmack erhält, berufen sich doch die Quotenbefürworter immer wieder auf das Vorbild Frankreich und die dort längst eingeführte, und inzwischen von vielen französischen Musikern massiv als den Erfolg im Ausland vehement kritisierte, Radioquote. Auf der Liste von »Alles in eigener Sache« finden sich Indie-, Kuschelpop- und Rap-Künstler wie 2Raumwohnung, Maximilian Hecker, Mieze (MIA), Sportfreunde Stiller, Fury In The Slaughterhouse, Moses Pelham, Smudo und Xavier Naidoo, aber auch all jene Abgehalfterten, die Angst haben müssen, ihre Geld ohne Quote bald mit Auftritten auf HL-Markt-Parkplatzfesten verdienen zu müssen, darunter Ina Deter, Wolf Maahn, Achim Reichel, Peter Schilling, Stefan Waggershausen, Pe Werner und Frank Zander. Die Initiative erklärt unverhohlen, dass ihre Quotenforderung keineswegs deutschtümelnd sei: »Dieses ewiggestrige Argument ist dümmlich. Die jetzige Quasiquote ist amerikatümelnd.« Das alte Argument: Wer nicht für uns ist, ist für Amerika.

»...neues deutsches Land«

Seit Aufkommen der Debatte hat sich einiges geändert: Mitte der 1990er war die sogenannte Poplinke noch tonangebend, also diskursmächtig genug, um sich wirkungsvoll in die Quoten-Diskussion einzumischen. Blumfeld, Die Goldenen Zitronen, Die Sterne und Tocotronic setzten alles daran, sich gegenüber falschen Vereinnahmungen zu distanzieren. Inzwischen sind aber auch im Kosmos von »L'Age d'Or«, »Kitty-Yo« und anderen deutschen Independent-Labels, die einst noch mit einer unmissverständlich kritischen Haltung assoziiert wurden, jede Menge junge Bands nachgerückt, für die frühere Selbstverständlichkeiten nicht mehr gelten und die daher keine Probleme damit haben, auf Samplern mit Namen wie »Neue Heimat« zu erscheinen.

Spätestens anhand von Mia wurde ernüchternd klar, dass Nationalismus vor jenen nicht halt macht, die kurz zuvor noch als Teil der eigenen, im weitesten Sinne linken (Post-Punk- oder Indie-)Szene galten. »Fragt man mich jetzt, woher ich komme / tue ich mir selbst nicht mehr leid«, kiekst Mia-Sängerin Mieze in schwarz-rot-goldende Farben gehüllt, »wohin es geht, das woll'n wir wissen / und betreten neues deutsches Land.« Das »Nein« der Bundesregierung zum Irakkrieg war auch für Mia Auslöser für den zitierten Song »Was es ist« gewesen, der laut Mieze für ein »geklärtes Verhältnis zu unserer Herkunft« (»Blond«-Magazin) sorgen sollte. Mit ihrem alternativ angehauchten, auf »Ökostrom« abonnierten Pro-Deutschland-Pop, arbeiten Mia an einer Normalisierung, genauer gesagt Verniedlichung des Nationalismus, von der Witt und Rammstein mit ihren Wagner- und Riefenstahl-Zitaten noch weit entfernt waren. Letztere stießen bei der Quoten-Lobby eher unangenehm auf, da sie jenen brauen Sumpf aufwühlten, der bei Mia inzwischen quietschbunt verdrängt wird. »Nationalismus artikuliert sich in Deutschland unter den Bedingungen der Neuen Mitte als etwas Lebendiges, Aufgeschlossenes, Modernes«, schrieb Felix Klopotek in »Intro« 12/04. Mia sind damit ein neues Phänomen, nämlich Regierungs-Pop, und zugleich Beweis dafür, dass sich aus subkulturellen Strukturen hervorgegangene Bands nicht mehr notwendig vom gesellschaftlichen Mainstream abgrenzen, sondern dazugehören wollen.

»Er kommt weder in den Feuilletons noch in den Charts vor, deshalb will er die Deutschquote«, kommentierte Klaus Walter (in »Spex« 11/04)

Heinz Rudolf Kunzes beharrliches Verlangen nach der Quote. Dieses Motiv dürfte viele Quoten-Lobbyisten antreiben, da sie genau wissen, dass ihre belanglose, durchschnittliche, alleine mittels der (deutschen) Sprache kommunizierende Musik im Ausland nie eine Chance auf Gehör haben wird. Dem gegenüber sprachen sich so gut wie keine deutschen Künstler aus dem Bereich der elektronischen Musik für die Quote aus. Musiker wie Mouse On Mars sind längst international bekannt, haben ihre Musik nie über Landesgrenzen definiert. »Wisst Ihr, was ich mein Leben lang geliebt habe an Blues-, Rock- und Popmusik?«, fragte Rezzo Schlauch seine für die Quote eingestellten Bundestags-Kolleginnen und -Kollegen in einem erstaunlich hellsichtigen offenen Brief in der »taz« vom 2.10.2004: »Sie ist weltoffen und anarchisch, hat die verschiedensten Wurzeln und kommuniziert über Staats- und Kulturgrenzen hinweg. (...) Popmusik ist kein national gewachsenes Kulturgut. Auch meine Partei hat das früher gewusst. Jetzt entwickeln sich ehemalige Anarcho-Band-Managerinnen und grüne Friedenskämpferinnen zu nationalen Popbeauftragten.«

Und die USA? Das Land, dem vorgeworfenen wird, es übergieße uns mit musikalischem Einheitsbrei, bräuchte Mia und Sportfreunde Stiller selbst dann nicht, wenn diese in Englisch singen würden. In den USA hat sich nämlich seit einigen Jahren eine ungemein reichhaltige Independent-Kultur ausgebildet, deren musikalische Originalität in Deutschland ihresgleichen sucht. Dort reagierten die meisten Musiker auf die viel beschworene Krise der Musikindustrie nicht mir Gejammer oder mit der Forderung nach staatlichen Regelungen, sondern mit einer Rückkehr zum »Do It Yourself«, mit der Ausbildung alternativer Netzwerke, der Gründung eigener Labels und Sub-Szenen. Wenn beleidigte Deutsche von »anglo-amerikanischer Dominanz« sprechen, erwähnen sie mit keinem Wort die Szene um Godspeed YBE und das »Constellation«-Label, Bright Eyes und »Saddle Creek Records«, die New Yorker »Antifolk«-Bewegung, die hybriden HipHop-Experimente das »Anticon«-Labels, die Punk-Dancefloor-Fusionen von »DFA Records« und den Freak-Out-Elektropop von Animal Collective, Musikerinnen wie Coco Rosie, den androgynen Songwriter Devendra Banhart oder die neuen Ansätze einer queeren Musikästhetik bei The Hidden Cameras und Xiu Xiu. Sie erwähnen es entweder nicht, weil diese ungemein anregende Musik so gar nicht in ihr Bild vom »ausländischen Schund« passen mag, weil sie sowieso in keinem Radio vor oder nach der Quote gespielt würde, oder weil sie diese Musik einfach nicht kennen, aufgrund einer längst pauschal ablehnenden Haltung gegenüber den USA gar nicht wahrnehmen wollen. Wie dem auch sei: Nahezu alle spannende, dem Mainstream entgegenlaufende Musik findet derzeit vor allem in den USA statt und wird auch weiterhin dort stattfinden, so lange Musiker in Deutschland nichts anderes im Sinn haben, als ihre Sprache und Identität wie einen Vorgarten zu pflegen. ■

Martin Büsser ist Herausgeber der Buchreihe »testcard – Beiträge zur Popgeschichte«, freier Journalist (u.a. für Intro und Konkret) und Autor. Mit der Quotendebatte und Pop-Nationalisierung befasst sich auch sein Buch »Wie klingt die Neue Mitte? Rechte und reaktionäre Tendenzen in der Popmusik« (Mainz 2001, Ventil Verlag).


KANDY

Vorhang auf für einen weiteren Meilenstein deutscher Erinnerungspolitik und Geschichtsschreibung: »Der Untergang« von Bernd Eichinger (2004), der die letzten zwölf Tage im Führerbunker im April 1945 zeigt, ist als »meisterhafte Rekonstruktion« bejubelt worden. Die Rede ist davon, dass ‚uns' Hitler noch nie so nahe war, dass wir endlich auch die ‚menschlichen', ja, ‚liebenswürdigen' Seiten dieses Mannes zu sehen bekämen und ganz nahe erleben würden, wie es wirklich war. Mit Erfolg: Nicht nur in Deutschland wurde der Film ausgezeichnet, auch im Ausland trifft er auf große Nachfrage, was die Oscar-Nominierung bestätigt. Worin also besteht die besondere Qualität vom »Untergang«? Was macht diesen Film so »faszinierend«? Vor allem aber stellt sich die Frage: Welchen Umgang mit Geschichte schlägt dieser Film vor und was wird damit befriedigt

Liselotte Hermes da Fonseca/Jens Hüttmann

Hitler ein zweites Mal erfunden

»Der Untergang« als Untergang der Geschichte?[1]

Kontextlos-authentische Geschichte

»Bernd Eichinger also hat geschafft, was vor ihm noch keinem gelang: Er hat Hitler ein zweites Mal erfunden. Er hat Hitler damit, so sonderbar es klingt, zum erstenmal kontrollierbar gemacht; zum erstenmal ist es möglich, Hitler in einen Kontext zu stellen, den er uns nicht posthum vorschreibt [...] Es ist unheimlicher geworden um uns herum. Nähergerückt ist es auch.«[2] Das Zitat selbst erscheint unheimlich. Nicht nur, dass suggeriert wird, Hitler sei mit Bruno Ganz leibhaftig auferstanden und es somit allen Zuschauern erlaubt werde, sich »ein eigenes Bild« vom Führer zu machen: Der »Kontext« werde zum ersten Mal kontrollierbar, so die Kritiken. Doch welcher Kontext kann das sein, der unabhängig vom Kontext Hitlers gesehen werden soll? Hitler ohne Drittes Reich? Einem Klon-Labor gleich erscheint Hitler darin auferstanden, in seiner Reproduzierbarkeit beherrschbar und mit ihm auch der Kontext – die Geschichte?

So wird nicht nur der Zugriff auf Hitler inszeniert, sondern mit ihm auch derjenige auf die Geschichte. Die Zuschauer sollen wie durch eine Zeitmaschine die »Geschichte selbst« erleben, ohne ‚unkontrollierbar störende Kontexte' dessen, um den es gerade geht: Der ‚Geschichtsklon' vergisst sozusagen seine Herkunft aus dem Labor und wird zur Geschichte selbst; →

→ eine Art gegenwärtige Geschichte. Das wäre in seiner Ununterscheidbarkeit in der Tat unheimlich. Entsprechend fehlt im Film jedweder Kontext fast gänzlich und entzieht dem Zuschauer die Möglichkeit, das historische Geschehen zu reflektieren und sich von den dargestellten ‚Protagonisten' zu distanzieren.

So erklärt der Hitler-Biograph Ian Kershaw: »Die makabre, unheimliche Atmosphäre im Bunker wird wunderbar eingefangen. Anschaulich wird die verrückte Welt der Insassen.«[3] Man könnte darüber selbst verrückt werden. Und so wundert die immer wieder bekundete Sprachlosigkeit der Zuschauer ebenso wenig wie die Rede vom Big-Brother-Blick des Films. Nicht nur, dass die Geschichte des Dritten Reichs sich aus einem intimisierenden Blick auf den nahesten Bereich des Führers, dem Bunker, wie ein Konzentrat zu erkennen geben soll. Der Zuschauer selbst wird durch den Entzug des Kontextes in eine Art Bunker-Blick gesperrt und emotional an die dargestellten ‚Subjekte' gefesselt, die ohne Geschichtskontext als nackte, fassadenlose Subjekte inszeniert werden.

Der Zuschauer sehe, das wirklich wahre Wesen der Personen, Menschen, mit denen man auch Mitleid haben dürfe', die man sympathisch und unsympathisch finden könne und dürfe. Und die Frage, ob man mit Hitler Mitleid haben dürfe, wurde tatsächlich immer wieder diskutiert; eben so als könne oder müsse man den Menschen Hitler vom Führer Hitler trennen. Das eine solche Frage gestellt wird, scheint dabei zugleich die Frage zu stellen, ob es schlimm sei, mit einem Menschen Mitleid zu haben – hier dem Führer. Die ganze Ungeheuerlichkeit des Dritten Reichs wird, durch die Reduktion des Führers Hitler auf einen einzelnen »Menschen« Hitler, an eine Frage des Mitleids gekoppelt; an ein ausschließliches Ja oder Nein des Mitgefühls. Reflektierende Kritik am Film und der Ruf nach historischen Kontexten wird zur Gefühllosigkeit. Denn um Gefühle soll es gehen, seien es positive oder negative. In dem Maße wie der Zuschauer emotional mitgerissen wird und verschiedene emotionale Eindrücke geweckt werden, schwindet der Führer als Schauspieler zugunsten eines ‚wirklich lebendigen' Charakters, den man ‚gerechter Weise', wie einen menschlichen Gegenüber zu betrachten habe und der wie ‚jeder Mensch' verschiedene Emotionen auslöse – pluralistische Gerechtigkeit wird inszeniert. Die Kritik des Films, vor allem aber die Auseinandersetzung mit Geschichte, wird auf die Ebene der subjektiven Begegnung geholt. Diese ‚Nähe' fasziniert und führt in der suggerierten unmittelbaren Emotionalität zugleich zu einer kritiklosen Sprachlosigkeit, die als zusätzliches Merkmal der Authentizität aufgeführt wird.

Faszination, Emotion und Ästhetisierung als moralische Entlastung?

Der Untergang ‚fasziniert, wie es heißt, und Faszination wird hierbei positiv besetzt: Was dermaßen fasziniert, muss gut sein und bedarf keiner Kritik; außer des emotionales Eindrucks oder – und das liegt mit dem Pochen auf Gefühlen nahe – einer ästhetischen, die an filmischen Kriterien orientiert ist.

»WAS FÜR EIN FILM! Beklemmung und Schauder erfasst den, der ihn sieht: Krachend einschlagende Artillerie-Granaten, Menschen, die zwischen zerfetzten Leichen und Trümmern umherirren, fanatisch kämpfende SS-Soldaten, Militärärzte in blutverschmierten Kitteln in einem Notlazarett in den Katakomben der Reichskanzlei, die brüllenden Verwundeten Beine absägen, [...] einem regelrechten Blutrausch.«[4] Ähnlich der »Passion Christi« scheint die extreme Gewalt, die einem die Sprache verschlägt, als Ausweis von »Authentizität«, im Gegensatz zu einer »verkitschten, versüßten Darstellung der Wirklichkeit« (Mel Gibson). Je gewaltsamer umso Realer? Diese Authentizität zu zeigen wird wichtiger als die ‚alten moralischen' und erzählerischen Perspektiven auf den Nationalsozialismus, die der Film entweder ununterscheidbar als Bild einsetzt oder ganz auslässt. Die »Tribunalisierung war gestern, jetzt sind wir weiter, möglicherweise springt auch etwas für den Filmstandort Deutschland heraus«, so Rüdiger Safranski am 24. September 2004 im Philosophischen Quartett. »Die Historiker sind fertig mit Hitler, jetzt eignet er sich nur noch als Thema der Künste« sekundierte ihm Durs Grünbein in derselben Sendung. Die Ästhetik, die hier ins Spiel kommt, ist aber eine, die sich als ununterscheidbare Wirklichkeit tarnt und zugleich als industrielle Verwertung von Geschichte gedacht wird. Eine Verknüpfung, die dann als »ästhetische Kritik« nicht nur berechenbar reproduzier- und kontrollierbar wird, sondern auch eine entmoralisierende und entlastende Funktion hat, sofern sie auf ein subjektives Gefühl reduziert wird, das eben nicht symbolisiert werden soll, sondern empfunden: »Du musst ihn einfach sehen, das kann man nicht erzählen«, hieß es immer wieder. So ist eine der häufigsten Formeln im Film der gänz-

1| Der Text beruht auf einen Workshopbeitrag des 23. Workshop-Kongresses der Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher PsychologInnen, »Identitäts- und Erinnerungsbrüche«, Wittenberg, November 2004. Ein ausführlicher Beitrag wird in der Zeitschrift für Politische Psychologie (ZfPP, Universität Hamburg) im Juni 2005 erscheinen.

2| Vgl. Frank Schirrmacher: »Die zweite Erfindung des Adolf Hitler. Bernd Eichingers Risiko und Lohn: Sein Film ´Der Untergang´ macht das sichtbar, was uns bis heute verfolgt«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ),15. September 2004, Nr. 215, S. 33

3| Vgl. Ian Kershaw: »Der Führer küsst, der Führer isst Schokolade. Nach der Premiere: Einen besseren Film über Hitlers letzte Tage kann ich mir nicht vorstellen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17. September 2004, Nr. 217, S. 37

4| Vgl. Ralf Georg Reuth: »Zum Abschied ein Händedruck und Zyankali. Großes Action-Kino ohne Tiefgang: Eichingers Film ´Der Untergang´«, in: Welt am Sonntag (WAMS), 19. September 2004, Nr. 38, S. 11

lich wolkige Begriff des »Schicksals«. Allesamt sind die Protagonisten kleine Rädchen im Getriebe, die nur irgendwie zurechtkommen wollen. Das Bild des kontrollierten Maschinchens ist dabei untrennbar mit dem subjektiven, emotionalen verstrickt: Hitler wählt väterlich liebevoll seine Sekretärin Traudl aus, obwohl diese seine Prüfung nicht bestanden hat – und das »Obwohl« zieht sich als Logik der Entscheidungen durch den ganzen Film.

Die Akteure – diejenigen auf der Leinwand genauso wie die Kinobesucher – erleben moralische Fragen somit aus der Mitläuferperspektive. Tobias Teske (26), der zusammen mit seinem Vater und Großvater den Film gesehen hat, lobte ihn gegenüber der BILD, weil »man nicht den Eindruck hatte, einen künstlichen Hollywood-Film gesehen zu haben, sondern viel Fakten erfuhr. Da wurden keine Helden produziert, sondern Menschen dargestellt. Selbst Hitler wurde von Bruno Ganz auch nicht als ein Monster gespielt, sondern als ein Chef, der sehr nett sein konnte. Das fand ich alles sehr glaubhaft. Auch der Fanatismus der jungen Männer, die bis zuletzt für Hitler gekämpft haben, war überzeugend. Ich habe mich gefragt, ob ich nicht auch ein fanatischer Hitler-Junge geworden wäre, wenn ich im Dritten Reich aufgewachsen wäre. Ich fürchte, ich wäre es geworden.«[5]

Nicht nur, dass es interessant wäre zu erfahren, warum die Menschen es glaubhaft finden, etwas anderes fällt in den Blick. Das Bild zum Bild-Artikel zeigt die drei miteinander versöhnten Generationen, die Konflikte sind beigelegt, die Reihen fest geschlossen. Die Voraussetzung dafür ist der inszenierte ‚menschliche' Blick auf die Akteure. Der auf Emotionalität und wolkige Ununterscheidbarkeit zielende Film, in dem Objektivität behauptet und der eigene Interpretationsanteil geleugnet wird, entzieht den Betrachtern die Möglichkeit einer distanzierten und kontextualisierten Perspektive. Die ‚kontrollierbare' Technik stellt traurige Blicke, Bombeneinschläge, Schockbilder und unauffällige Trauermusik über geschickte Schnittführung zusammen und produziert so nicht nur reflektionslose Emotionen, sondern auch eine Mythisierung der Nazi-Spitzen ohne jedweden historischen Kontext.

Ununterscheidbar dekontextualisierte und enthistorisierte Akteure

Es ist längst üblich, dass bei medialen Formaten des Histotainments – aber auch bei Verfilmungen anderer Katastrophen und historischer Ereignisse (u.a. Titanic, Gustloff) – die Zuschauer in ‚die Zeit' des Geschehens versetzt werden sollen, so als seien sie authentisch dabei: Dokumentarfilme, historische Fotos und nachgestellte Bilder werden hierfür derart vermischt, dass diese ununterscheidbar werden und suggerieren, mit eigenen Augen sehen und mit-leben zu können, wie es tatsächlich war.

Die Ununterscheidbarkeit betrifft dabei nicht nur die Personalisierung und Ikonisierung der Protagonisten (so werden in zahlreichen aktuellen Beispielen – wie z.B. bei Umfragen, ob es richtig sei, in einem Kinofilm »Hitlers menschliche Seite zu zeigen?« – Bilder von Hitler eingesetzt, die sich bei näherem Hinsehen jedoch als Bilder von Bruno Ganz erweisen); verstärkt und geradezu wissenschaftlich belegt, wird die Ununterscheidbarkeit auch durch die Unterstützung namhafter Historiker und Wissenschaftler. Der bereits erwähnte Ian Kershaw sagt, wie es dazu kommt: »Aber vor allem Bruno Ganz als Hitler ist überragend. (...) Von allen filmischen Hitler-Porträts ist dies das einzige, das mich überzeugt. Das liegt auch an der Stimme. Bruno Ganz beherrscht die Stimme Hitlers fast vollkommen, es klingt erschreckend echt.«[6] Die zu erzielende Nähe, ja Gleichheit von historischem ‚Fakt' und Nachstellung ist nicht nur Ziel des Unternehmens, sondern auch »unheimlich«. Eine Unheimlichkeit aber, die als Heimsuchung erscheint und damit die Authentizität abermals bestätigen soll.

Diese Ununterscheidbarkeit, die nicht nur vor dem Hintergrund der momentanen Diskussion über die von der US-Armee produzierten Folterbilder zutiefst bedenklich erscheint, bestimmt längst unsere gesellschaftlichen Wahrnehmungsweisen und -blockaden. So paradox es auch sein mag: Die entkontextualisierende Darstellungsweise macht es möglich, jedes ‚historische Ereignis' als gegenwärtiges, wirkliches Ereignis nachzustellen und damit der unterscheidenden Auseinandersetzung zu entziehen. Der Authentizitätsdiskurs, der mit dem Erfolg vom »Untergang« verbunden ist, inszeniert eine dokumentarische Unmittelbarkeit und Echtheit (selbst ein Paradox) des Mit-Sehens und verstärkt damit die Aufhebung einer geschichtlichen Distanz und Reflektierbarkeit, die noch der Symbolisierung bedürfte.

Das so produzierte ‚Wissen' läuft damit nicht nur Gefahr, inszenierte historische Ereignisse als Fakt anzusehen, sondern als ‚Wissen' diskussionslos und kritiklos zu erscheinen. Dann aber sind die Zuschauer ebenso wie →

5| Vgl. Helmut Böger: »Ich fürchte, ich wäre auch Hitler-Junge geworden«. Das sagt der Hamburger Tobias Teske (26), der zusammen mit seinem Vater und Großvater den Film 'Der Untergang' gesehen hat, in: Bild am Sonntag (BAMS), 19. September 2004, S. 26

6| Vgl. Fn. 3, ebenda

→ die Akteure in ihrer Ununterscheidbarkeit dekontextualisiert – ihre Herkunft und ihre Taten werden genauso wenig dargestellt wie ihre jeweilige Verantwortung, die im wolkigen Schicksalsbegriff zur subjektiven Entscheidung wird.

Dann aber wird – nicht nur im »Der Untergang« – Geschichte zur subjektiven Erfindung und nicht mehr als Umgang mit Geschichte als Kontext der Subjekte und ihrer Verantwortung gedacht. Eine kontextlose, ununterscheidbare Neu-Erfindung von Geschichte als Wirklichkeit erscheint, die nicht nur die Menschen, sondern auch die Institutionen betrifft: So wird etwa das Reichssicherheitshauptamt im »Untergang« schlicht zum »Amt«, Albert Speer, NS-Rüstungschef und ‚Herr' von Millionen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, wird zum ‚gewissenhaften, guten Menschen', ebenso wie der KZ-Arzt Ernst Günther Schenck, der als Ernährungsinspekteur der Waffen-SS und der Polizei zahlreiche Menschen in den Tod schickte. Geschichte wird als Anhäufung von ‚nur Menschen' (was immer das auch sein mag) dargestellt, die man unabhängig von ihren ‚Berufen', sogar ihren Geschichten sehen müsse, also ganz intim und privat, um so die Wahrheit über sie zu erfahren – mit diesen 'Menschen' darf, ja muss man Mitleid haben, denn sie werden als nackt und berührbar inszeniert.

Der Film pocht damit auf allen Ebenen auf ‚Authentizität' und mit dem ‚Jetzt wissen wir's', ‚Wir haben es selbst empfunden' scheint sich eine neue Gelassenheit und Souveränität einzustellen. Diese Souveränität baut zutiefst auf der Instrumentalisierung von Emotionen.

Verantwortung?

Geschichte wird im »Untergang« angesichts dieser kontextlosen ‚Faktizität' zum sprachlosen Faszinosum, das in einer emotionalen Wolke kritiklos angenommen werden muss und nicht symbolisiert werden darf, soll sie authentisch bleiben. Es wird geradezu zum Untergang von Geschichte selbst, die als zeitliches Ereignis immer eine Distanz und somit eine Reflektion und Erzählbarkeit ermöglicht und erzwingt, um sich dazu verhalten zu können.

»Der Untergang« macht die Verbrechensgeschichte der hier verklärten Mörder intransparent. Er schildert ein Kleine-Leute-Drama in bunten Uniformen, in dem das angebliche ‚Schicksal' alle im Griff hat. Wenn dieser Film (und unzählige andere sind gefolgt) trotz ihrer sprachlos machenden Geschichtslosigkeit derartig hitzige Auseinandersetzungen entfacht, was wird dann debattiert? Was wird erzählt? Und was soll weitergegeben werden, wenn es u.a. heißt, der »Untergang« solle an allen Schulen gezeigt werden? Unter welchen Kriterien wird angesichts »Der Untergang« historische Verantwortung denkbar?

»Der Untergang« bietet scheinbar emotional erfüllende ‚Wahrheiten', die in ihrer Dekontextualisierung und Vereinfachung kontrollierbar und handhabbar erscheinen. Angesichts der Diskussionen über Geschichte, Erinnerung und historische Verantwortung, die apodiktisch auf ausschließliche und abschließende Bereinigung in Richtig oder Falsch abzielen, scheint der Film einen tiefen Wunsch zu erfüllen. Wie im Labor werden die Zuschauer selbst in den Bunker gesetzt, so als sei alles, was sie betrifft, auch nur noch dort zu sehen, zu finden und zu verantworten. Eine entlastende Perspektive, aber auch eine sehr graue und düstere – denn was wird wann darin aus- und einbrechen? ■

Liselotte Hermes da Fonseca und Jens Hüttmann sind MitarbeiterInnen in der Redaktion der »Zeitschrift für Politische Psychologie«

Kontakt : fk7a022@rrz@uni-hamburg.de



Jährlich organisiert das Bildungswerk Stanislaw Hantz Studienreisen zu den Stätten des Holocausts in Ostpolen[1]. Die TeilnehmerInnen werden auf dieser Reise über die »Aktion Reinhardt« informiert, also die Vernichtung der osteuropäischen Jüdinnen und Juden 1942-43. Daneben ist sie immer auch ein Lehrstück über den Umgang der örtlichen Bevölkerung mit der Geschichte der Orte, in denen sie leben. Eine Station der Reise ist das ehemals jüdische und heute polnische Städtchen Izbica, das 1942 als Transitgetto für deportierte Jüdinnen und Juden benutzt wurde. Während des letztjährigen Rundgangs durch das ehemalige Getto parkte der Bus am Marktplatz so, dass er nur über einen (neu angelegten) Grünstreifen erreicht werden konnte. Als die TeilnehmerInnen wieder in den Bus steigen wollten, blieb die Reaktion der umstehenden Bevölkerung nicht aus. Sie griffen zu scharfen Schimpfwörtern, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen, dass über den Rasen gelaufen wurde: »Haut ab, ihr Juden« Rufe wurden laut. Die TeilnehmerInnen waren schockiert, aber man hatte schon mit dergleichen gerechnet – alle hatten schon von dem verbreiteten Antisemitismus in Polen gehört. Verwahrloste Massengräber, unfreundliche Reaktionen der örtlichen Bevölkerung und Verdrängung der Vergangenheit sind Elemente eines oft schockierenden Eindrucks, den man auf dieser Reise bekommt. Glücklicherweise ist dieses aber nur die eine Seite der Realität. So gibt es auch immer wieder Menschen, die interessiert sind und nach dem Ziel des Besuchs fragen. In den letzten Jahren hat das Bildungswerk nach und nach Kontakte zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufgebaut, um das Verbrechen der Deutschen und die Erinnerung an die Toten zu thematisieren. Im letzten Jahr wurde in diesem Rahmen gemeinsam mit der Schule von Izbica ein Wettbewerb für SchülerInnen ausgeschrieben. Nach dem Erlebnis auf dem Marktplatz in Izbica ist die letztjährige Gruppe in die örtliche Schule zu Kaffee, Kuchen und einem Gespräch eingeladen worden.

Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung

Das Verhältnis zum Holocaust in Polen

Steffen Hänschen

Diese widersprüchliche Situation in Bezug auf die Erinnerung an den Holocaust ist in ganz Polen zu finden. Einerseits nimmt das Interesse an der Thematik stetig zu. So besuchen mittlerweile täglich hunderte von Menschen die Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Belzec. Fast vergessen verwahrloste das Gelände jahrzehntelang, bis der polnische Staat vor kurzem mit Geldern des Holocaust Museums in Washington eine neue Gedenkstätte errichtete. Für einen Teil der polnischen Bevölkerung wurde die Auseinandersetzung mit der Shoah seit der politischen Wende 1989 zu einem wichtigen Bestandteil einer eigenen Identitätsfindung, und man begab sich auf die Suche nach der jüdischen Geschichte der eigenen Orte. SchriftstellerInnen wie Hanna Krall, Henryk Grynberg oder Piotr Szewc kannten keine Hemmungen, sich dabei auch mit der Mitverantwortung Polens an dem Massenmord zu beschäftigen.

Tradition des polnischen Antisemitismus

Auf der anderen Seite übt der klerikale Antisemitismus, der tief im Alltagsleben verankert ist, weiterhin einen großen Einfluss auf die polnische Gesellschaft aus. In einer Umfrage vom August 1999, die die Einstellung der Polen zu den nationalen Minderheiten des Landes und zu den benachbarten Nationen betraf, erklärten 35 Prozent der Befragten, sie hätten eine negative bis feindliche Einstellung zu Juden[2]. Im klerikalen Radio Maria, das etwa 4 Millionen ZuhörerInnen hat, wird regelmäßig auf antisemitische Stereotypen zurückgegriffen; Zeitschriften mit rassistisch-antisemitischen Inhalten wie Nowa Mysl Polska, Nasza Polska, Glos und Naszym Dziennikiem sind in fast jedem Kiosk erhältlich. Der Begriff der »Judenkommune« (Zydokomuna) ist ein beliebtes

Schimpfwort für unliebsame Kritiker der eigenen Politik.

Diese zwei Tendenzen in der polnischen Bevölkerung haben Tradition. Zentrale Träger des polnischen Antisemitismus vor 1939 waren zunächst die rechten Nationaldemokraten, deren Antisemitismus sich religiös und ökonomisch begründete. In der katholischen Kirche vermischten sich Gottesmörder-, Ritualmord- und Wuchervorwürfe mit modernem nationalistischen Antisemitismus. Mit der deutschen Besatzung fand die antisemitische Stimmung ihren Ausdruck in den zahllosen Kollaborateuren, Spitzeln und einer passiven Haltung der Bevölkerung, ohne die der reibungslose Ablauf der Vernichtung nicht hätte stattfinden können. Andererseits gab es aber auch viele, die unter Einsatz ihres Lebens jüdische Menschen versteckt hielten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war, dem Leiter des Jüdisch Historischen Instituts (ZHI) in Warschau, Feliks Tych, zufolge, der Antisemitismus in Polen größer als zuvor. Ähnlich wie in anderen Ländern hatten die Jahre der faschistischen Propaganda ihre Spuren hinterlassen. Allerdings äußerte sich dies in Polen, dem Land, in dem Millionen Jüdinnen und Juden aus ganz Europa ermordet wurden, in besonders offener und brutaler Weise. Das zeigt beispielhaft das Kielcer Pogrom vom Juli 1946. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs fielen damals in der Stadt Kielce dem polnischen Pöbel über 40 jüdische Menschen zum Opfer.

Um das Phänomen des bis heute fast ungebrochenen starken Antisemitismus der polnischen Bevölkerung zu verstehen, ist ein Blick auf die kommunistische nationalistische Nachkriegspolitik unvermeidlich. Diese stellte das polnische Leiden während des Krieges in den Mittelpunkt ihrer Erinnerungspolitik und tabuisierte den Massenmord an den Jüdinnen und Juden. Die Stätten des Holocausts gerieten größtenteils in Vergessenheit oder wurden, wie Auschwitz, umgedeutet zum Symbol des Martyriums des polnischen Volks und seines Widerstands gegen die NS-Besatzung. Die Vernichtung von Jüdinnen und Juden passte nicht in das Konzept »polnischer« nationaler Identität, und noch viel weniger die Mitschuld kollaborierender Polen. Der kommunistische Staat ging allerdings noch weiter und benutzte den stark verbreiteten Antisemitismus zur Festigung der eigenen Herrschaft. Er verband die traditionellen antijüdischen Feindbilder der katholischen Bevölkerung mit dem des »jüdischen Kommunisten«, um so »schlechte« Kommunisten bloßzustellen, Protestbewegungen zu integrieren und der Bevölkerung eine »Reinigung« des Staates glaubhaft zu machen. Dieses eignete sich gut, um z.B. die Warschauer Studentenunruhen 1968 in den Griff zu bekommen. Die staatliche Antwort auf die Proteste damals war die Schaffung einer antisemitischen Pogromstimmung, die ideologisch als »Antizionismus« getarnt wurde und in deren Lauf massenhaft jüdische Menschen ihre Arbeit verloren, sozial isoliert und aus dem Land vertrieben wurden.

Der Fall Jebwabne – Wendepunkt polnischer Erinnerungskultur

Erst die politische Öffnung 1989 schuf die Voraussetzungen für eine öffentliche Auseinandersetzung um Antisemitismus, Erinnerung und Mitschuld. Diese Möglichkeit wurde allerdings lange nicht genutzt, und nur langsam verändern sich die Stereotypen in der Grundhaltung der Gesellschaft. Einen Wendepunkt brachte die im Jahr 2000 vom Politikwissenschaftler Jan Tomasz Gross veröffentlichte Studie »Nachbarn«. In dieser Studie wird beschrieben, wie die polnische Bevölkerung Jedwabne's, einem kleinen Ort bei Bialystok, am 10. Juli 1941 unter den zustimmenden Blicken der deutschen Besatzer ihre jüdischen Nachbarn in einer Scheune zusammentrieben und verbrannten. Nachdem der Text ein halbes Jahr von den Medien ignoriert worden war, rief er heftige Kontroversen in der polnischen Öffentlichkeit hervor. Der Historiker Jerzy Jedlicki schrieb 2001 in der Zeitschrift Polityka: »Es gibt wahrscheinlich in Polen kein zweites historisches Thema, dass, trotz der verstrichenen Zeit, so stark die versteckte Seite einer moralischen Empfindsamkeit oder Ressentiments bewegte.«[3] Die Sprengkraft der Studie lag darin, dass sie das Selbstbild der Polen in Frage stellte, oder wie es der Journalist Marcin Król ausdrückte, »bedeutet es das Ende der Möglichkeit, in Polen in einer bestimmten, traditionsbetonten Weise sich selbst zu betrachten«.[4] Sie legte den Widerspruch zwischen einem lange Jahre hindurch staatlich propagierten Märtyrertum der Polen und der Mitverantwortung derselben Menschen am Mord an den jüdischen Nachbarn offen. Die Zerrissenheit der polnischen Gesellschaft zeigte sich deutlich. Rechte, kirchliche Kräfte versuchten, den identitätsstiftenden Mythos von der nationalen Unschuld und der schicksalhaften Opferrolle des polnischen Volkes zu bewahren. Sie bezeichneten die Ergebnisse der Untersuchung von Gross als erlogen und →

1| Für weitere Aktivitäten des Bildungswerks siehe: http://www.bildungswerk-ks.de.
2| Gazeta Wyborcza, 14.9.1999.
3| Jerzy Jedlicki. »Jak sie z tym uporac«. Polityka 2001, Nr. 6.
4| Marcin Król, Paweł Spewak, Marek Zaleski. »Gedächtnis und Geschichte«. Res Publica Nowa, Juli 2001.

griffen zu antisemitischen Stereotypen, indem sie z.B. behaupteten, die Studie ziele darauf, Geld von Polen zu erpressen. Die Bewohner von Jedwabne gründeten unter dem Vorsitz ihres Pfarrers ein Komitee zur Bewahrung des guten Bildes der Gemeinde. Dass diese Zerrissenheit vor keiner gesellschaftlichen Gruppe halt machte, zeigte auch das Beispiel von Adam Cyra, einem Mitarbeiter der Staatlichen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau: Er versuchte, das Ansehen eines der Mörder vom 10. Juli 1941, Jerzy Laudanskis, wiederherzustellen. Schließlich sei er ja politischer Häftling in Auschwitz, Groß-Rosen und Sachsenhausen gewesen und stamme aus einer geschätzten patriotischen Familie.

Die Debatte um Jedwabne zeigte die Gespaltenheit der polnischen Gesellschaft auf drastische Art und Weise. Nur schwer konnte oberflächlich ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden: Zum Jahrestag des Pogroms 2001 wurde in Jedwabne ein neuer Gedenkstein aufgestellt, und Präsident Kwasniewski entschuldigte sich für das begangene Unrecht. Allerdings schickten weder die katholische Kirche noch die Regierung einen offiziellen Vertreter, und der Bürgermeister sowie der Vorsitzende des Stadtrats von Jedwabne traten nach der Trauerfeier zurück, da sie gegen den Willen der Mehrheit der Stadtverordneten an ihr teilgenommen hatten.

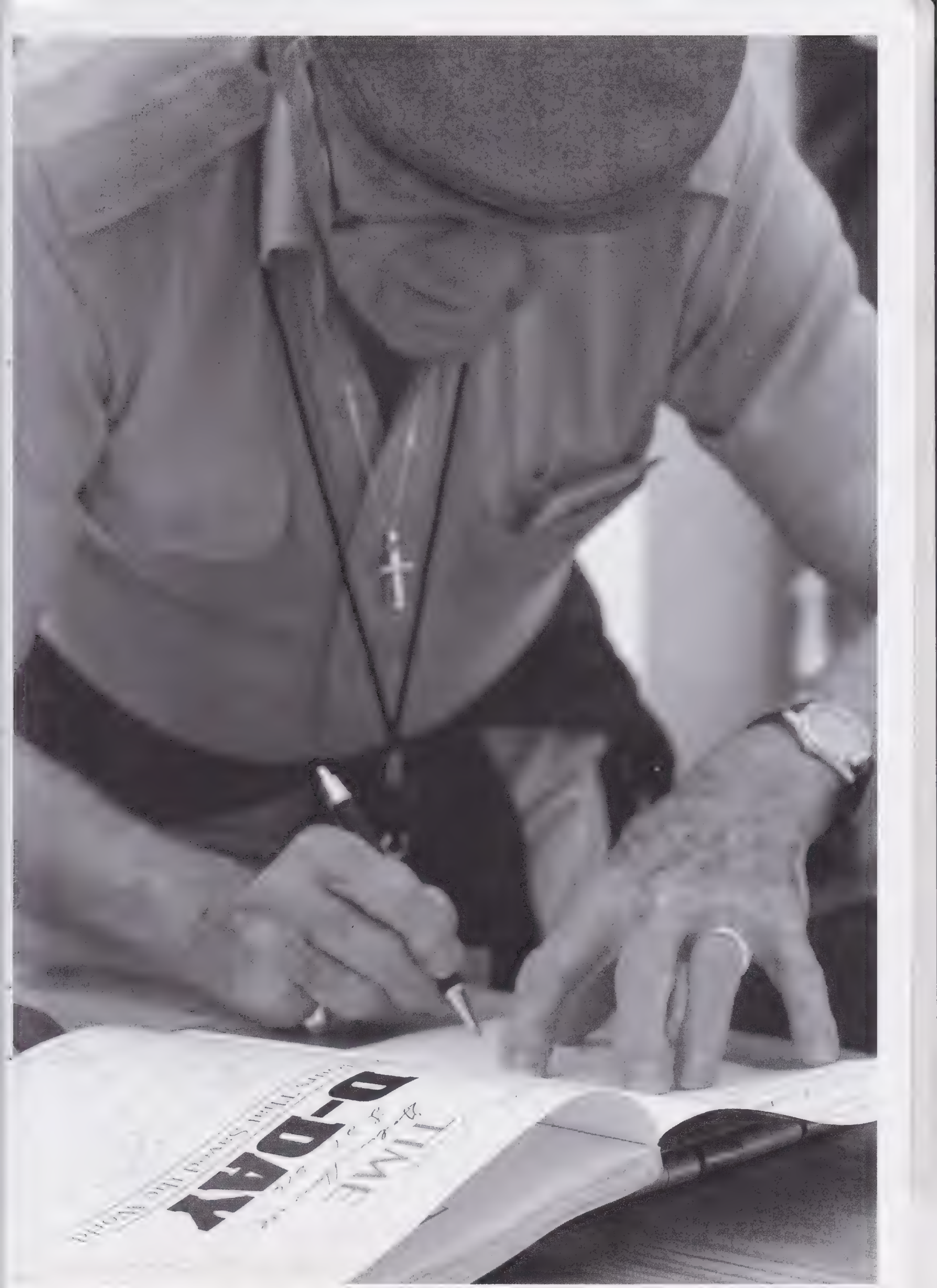
Mittlerweile ist die Debatte um Jedwabne aus der täglichen Agenda Polens wieder verschwunden, aber die Intensität, mit der sie geführt wurde, zeigte das Bedürfnis vieler Polen, sich mit diesem lange tabuisierten Teil ihrer Geschichte zu befassen. Dass dieses ungebrochen ist, zeigen zum Beispiel die hohen Besucherzahlen der Stätten der Vernichtung in Ostpolen.

Gedenktage und die polnisch-russischen Beziehungen

Unzweifelhaft ist aber die Notwendigkeit weiterer Auseinandersetzungen. Ein Beispiel dafür waren die Feiern zum diesjährigen 60sten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 26.-27.1. Der Umgang mit den Feierlichkeiten schien in der polnischen Öffentlichkeit mit Problemen behaftet. Zum einen ist da die Stadtverwaltung von Auschwitz, die sich vor allem um den guten Namen der Stadt sorgt. Auch wenn zehntausende Besucher erwartet wurden, berichtete die Presse über dieses Ereignis lange nur unter dem Fokus der polnisch-russischen Beziehungen. Ähnlich auch die linken, anarchistischen Teile der politischen Szene. Ihr Interesse an den Gedenkfeierlichkeiten begrenzte sich auf die Anreise Putins. Sie organisierten Protestaktionen gegen die Teilnahme des russischen Präsidenten, da er als »Verantwortlicher des Völkermords in Tschetschenien nicht die Opfer des Nazismus ehren solle«. Natürlich stellte sich den Organisatoren die Frage, ob die Gedenkfeierlichkeiten in Auschwitz der richtige Anlass für die Proteste gegen Putin seien. Auch, dass noch andere Regierungsvertreter nach Polen kamen, unter anderem der Präsident Israels Kacav, Dick Cheney als Vertreter der amerikanischen Regierung, der polnische Präsident Kwasniewski u.a., wollte man nicht außer Acht lassen. Und so wurde der Protest auch auf Kacav ausgeweitet, der die Palästinenserpolitik Israels und den Bau der Mauer in Israel symbolisiere.[5] Auch wenn die OrganisatorInnen ihren Protest bewusst nicht antiisraelisch sondern pro-palästinensisch gestalten wollten, und im Aufruf ausdrücklich ihre Verbundenheit mit den Gedenkfeierlichkeiten ausdrückten, machten gerade die Beteuerungen der Solidarität mit den Opfern von Auschwitz ihre distanzierte Haltung deutlich. Sie bestätigten mit ihrem Vorgehen den Eindruck, dass in der Linken Polens ein Bedürfnis nach einem eigenen Gedenken an die Shoah, der 10 Prozent der polnischen Bevölkerung zum Opfer fiel und die auf polnischem Boden stattfand, nicht besteht. Eine Kritik an der Teilnahme Putins hätte sicherlich eine völlig andere Tragweite gehabt, wenn diejenigen, die sie formulierten, selbst Interesse an den Gedenkfeierlichkeiten gezeigt hätten. Sie waren aber nichts weiter als ein willkommener Anlass, der sich gut für die eigenen Ziele eignete. Deutlich zeigte sich dieses auch an der inhaltlichen Mobilisierung, deren Plakate Putin und die Kaukasuspolitik mit Auschwitz gleichsetzten. Solche Vergleiche sind nicht nur geschmacklos, sondern auch ignorant in einem Land, in dem Antisemitismus zum Alltag gehört. Bezeichnend war auch die Veröffentlichung eines Aufrufs zu den Protestaktionen auf einer linken Internet-Infoseite, in dem der Name Israels mit zwei ‚SS' geschrieben wurde. Ihn nicht vom Netz zu nehmen und vielleicht erst gar nicht zu bemerken, dass ein Vergleich von Kacav mit der SS mehr als makaber ist, zeigt den Stand der Debatte um den Holocaust in der linksradikalen Szene auf drastische Weise. ■

5| Siehe: http://www.putin.most.org.pl

Steffen Hänschen ist Dozent für Deutsch als Fremdsprache und Mitarbeiter beim Bildungswerk Stanislav Hantz; er promoviert über neue polnische Literatur und lebt in Berlin.


TIME
D-DAY

2005 – ein Superjubiläumsjahr, eine staatlich geplante Geschichtsinszenierung, die ein neues Österreich konstruieren soll: Das Österreich, das der konservativen Regierungskoalition und deren Geschichtsauffassung entspricht. Die Feierlichkeiten, Clubbings und Inszenierungen werden nichts »rückwärtsgewandtes« an sich haben. »Verordnete Geschichtsbilder«, womit wohl sozialdemokratische und antifaschistische gemeint sind, will Kunststaatssekretär und Koordinator der Festivitäten Franz Morak nicht zulassen. Diese kritischen Stimmen sollen in der gemeinsamen Feierstimmung erst gar nicht aufkommen können. Gefühle der Beklemmung, wie sie sonst nur ein Jelinek Roman auslösen kann, stellen sich ein.

Österreichs Superjubiläumsjahr 2005

Manu Tesak

Die Nation feiert

Geht es nach Kanzler Schüssel werden 60 Jahre Ausrufung der Republik gefeiert und nicht der 60 Jahre Kriegsende gedacht. Da trifft es sich natürlich gut, dass der 1955 folgende Staatsvertrag – Österreich erhielt volle staatliche Souveränität mit der »immerwährenden Neutralität« als Auflage und die alliierten Truppen wurden abgezogen – nicht durch weltpolitische Notwendigkeiten und die Alliierten zustande kam, sondern durch einen braven, nationalen, christlichsozialen Österreicher Leopold Figl. Der damalige, 1965 verstorbene, Außenminister gilt bis heute als eine Ikone der ÖVP. Er war der schon im austrofaschistischen Wehrverband Ostmärkische Sturmschar (OSS) aktiv gewesen und wegen seines Österreich-Patriotismus ins KZ gekommen. Mit der Berufung auf Figl hat quasi die ÖVP, seit 2000 die Führung der Regierungskoalition, Nachkriegsösterreich aus der Taufe gehoben hat.

Endlich ist klar, dass nicht WiderstandskämpferInnen, NS-Opfer und RückkehrerInnen Österreich ermöglicht haben, sondern die braven Täter. Der dritte Eckpfeiler der Feierlichkeiten neben Republiksausrufung 1945 und Staatsvertrag 1955 ist die 10-jährige EU-Mitgliedschaft, die schließlich ein Anschluss an das westliche, christliche, konservative Europa und ganz im Sinne der ÖVP und des Österreichers ist. Zumindest werden wir das nach diesem Jahr alle eingebläut bekommen haben.

Das Jahr 2005 soll die neue Hegemonialmacht der Konservativen, Nationalbewussten und Neoliberalen verankern. Nicht kritische Auseinandersetzung, sondern »Zeitgeschichte aktiv erleben« ist das Motto des Unterrichtsministeriums in seinen Richtlinien für den Schulunterricht 2005. Mit Österreichquiz, Österreich-Album 1945-1955 und Pflege des kulturellen Erbes soll in der Schule das neue Österreichbewusstsein installiert werden. Hier wird klargemacht, dass Tradition und Denkmalpflege eine wichtige Säule der eigenen Identität sein muss: «So kann sich etwa eine Tourismusschule damit beschäftigen, ein örtliches Denkmal im Fremdenverkehr der Region wirkungsvoll zu positionieren.«[1] – Kriegerdenkmäler dürfen wieder glänzen.

Opfermythos I revisited

Wieso ist es notwendig österreichische Identität neu zu konstruieren? Österreich nach 1945 und in Folge nach dem Staatsvertrag 1955 war ein Land ohne österreichisches Nationsbewusstsein und ein Land mit einer hohen Dichte an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern. Um alle in das Nachkriegsösterreich zu integrieren, half die Opferthese. Laut dieser war Österreich 1938 das erste Opfer des deutschen Faschismus geworden. Damit waren alle Österreicher in erster Linie Opfer und auch wenn sie Täter waren, waren sie dies quasi als Opfer. Damit glaubte man im Gegensatz zur ersten Republik ein Gegengift gegen deutschnationale Gedanken und damit Faschismus gefunden zu haben. Das

hieß den Teufel mit dem Belzebub austreiben und verhinderte Entnazifizierung und Aufarbeitung, sicherte aber allen Parteien Wählerstimmen der ehemaligen NSDAP-Mitglieder. Dieser Opfermythos wurde im Ge- und Bedenkjahr 1938/88, in dem sich der 1938 erfolgte Anschluss Österreichs an Nazideutschland durch eine Volksabstimmung jährte, geschwächt und zum Teil von sozialdemokratischen Politikern relativiert, die zum ersten Mal eine Mitschuld am Holocaust zugestanden. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel betreibt seit seinem Amtsantritt Revision dieser Mitschuldthese. Im offiziellen Jubiläumsband bekräftigt er noch einmal seine Sicht der Dinge: »Wer war Opfer, wer war Täter, wer war beides? Vor Pauschalurteilen sei gewarnt. Der Durchschnittsösterreicher überlebte die Katastrophenjahre (... Nicht jeder konnte sich verstecken ..) in eine fremde Uniform gezwängt und in blutige Schlachten kommandiert. Auf die Überlebenden wartete demütigende Gefangenschaft und – endlich in der Heimat – niederdrückende Not«[2]

Opfermythos II revisited

Eine wichtige Variation des Opfermythos ist die Erzählung vom »Geist der Lagerstrasse«: Sozialdemokraten und Christlichsoziale sollen sich, gleichermaßen vom NS-Regime verfolgt, durch gemeinsame KZ-Erfahrung zusammengeschweißt und durchdrungen von Österreichgefühl, an die Errichtung eines neuen demokratischen Staats gemacht haben. Es gab tatsächlich Parteifunktionäre, die im KZ waren; dass die Gefangenen der beiden politischen Lager sich dort kennen und schätzen lernten, ist allerdings unbewiesen.

Der Geist der Lagerstrasse soll nun endgültig seine Erhöhung in einem ständestaatlich, anmutenden Österreicher-Wir-Gefühl erfahren. Doch kann das den Regierungsfeierlichkeiten oberflächlich nicht so leicht unterstellt werden, kommen ja von der KZ-Gedenkstätte Mauthausen über das Jüdische Museum, den Bertha von Suttner Verein, den MigrantInnen, Kunst und Kultur bis hin zur schönen Natur alle im offiziellen Jubiläumsband vor.

Total Neutral

Und noch ein Mythos soll gefeiert werden, der »rote Mythos« Neutralität. Seit der glorifizierten österreichischen Außenpolitik in der Kreisky Ära, den Regierungsjahren des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky 1970-83, ist sie die heilige Kuh vieler ÖsterreicherInnen. Die Neutralitätsgesetze waren eine der Bedingungen, die die Sowjetunion an die Gewährung des Staatsvertrags für Österreich knüpfte.

Eine Diskussion über die tatsächliche politische und geschichtliche Einschätzung der Neutralität für Linke und AntifaschistInnen in Österreich, würde hier zu weit führen. Logisch wäre, dass 2005 im Zuge der Konstruktion von westeuropäischer Kontinuität 1945-1955-1995 die Neutralität ein Begräbnis erster Klasse erhalten wird und offenbar durch ein neues, aktives, wehrhaftes Österreich ersetzt werden soll, denn schließlich feiert das österreichische Heer sein 50-jähriges Bestehen.

Einen besseren Anlass als diesen zur ideologischen Vorbereitung der Einbindung des österreichischen Heers in das europäische könnte es kaum geben.

Konservative Hegemonie

Eine weitere Geschichtsrevision, die die neue Hegemonialmacht ÖVP/ FPÖ benötigt, ist die Tilgung beziehungsweise Umdeutung der sozialdemokratischen Regierungsjahre insbesondere unter Kreisky, der österreichischen Einrichtung der Sozialpartnerschaft und der Einbindung der Gewerkschaft in markwirtschaftliche Entscheidungen. Natürlich ist, besonders die Sozialdemokratie und ihr Wirken nach 1945 kritisch zu beurteilen, wie auch die Sozialpartnerschaft als österreichisches Modell zur Herstellung sozialen Friedens. Dennoch ist sie ein für Linke und AntifaschistInnen gerade in Österreich wichtiger Aspekt. Die Umdefinierung der sozialdemokratischen Regierungsjahre vom Erfolgsmodell zum Verschuldungsmodell ist bereits gelungen. Die Umdeutung von Sozialpartnerschaft zu Ständevertretung und damit Entmachtung der Gewerkschaften ist ungeschriebenes Ziel: Warum nicht auch im Jubiläumsjahr diese unter dem Deckmantel der Devise »wir alle sind Österreich« weiter demontieren? – Letztendlich geht es ja nicht nur um Mythen und Erzählungen, sondern um Kontrolle dieser und damit über die Gesellschaft und das Festschreiben neuer-alter konservativer Phantasien.

2005 was nun?

Das Jubiläumsjahr 2005 soll konservative, christliche, nationale Gesinnung festschreiben und Identitätsbrüche, die durch 1938/88 entstanden sind, wieder kitten. Die 1989 entstandene neue Weltordnung, braucht eine Neudefinition Österreichs und seiner Stellung in der Welt. Die Regierung ist im Jahr 2000 angetreten diese Kontinuitäten und Iden- ➔

1| bm:bwk: Zeitgeschichte aktiv erleben. Das Jubiläumsjahr 2005 für Schülerinnen und Schüler, Wien 2004, S.3 http://www.bmbwk.gv.at/medienpool/11768/pu_20040830.pdf

2| Wolfgang Schüssel, Erinnern und Erneuern, in: Bundeskanzleramt/ Bundespressedienst (Hg.), Österreich 2005, Das Lesebuch zum Jubiläumsjahr mit Programmübersicht, Wien 2004, S. 54-57, hier: S. 55

➔ titätssicherheiten herzustellen und zwar mit ihren Werte- und Geschichtsinterpretationen. 1945-1955-1995 werden in eine Linie gesetzt und zur logischen Folge konsequenter ÖVP-Politik. Die neue kollektive Identität hat christlich, europäisch, heimatlich zu sein. Gesunder Nationalstolz soll die ÖsterreicherInnen einem konservativen, neoliberalen Europa und Österreich gegenüber unkritisch machen. Wachsende soziale Unsicherheit wird durch österreichisches Gemeinschaftsgefühl bekämpft. Ein für allemal soll klar sein, dass Österreich nichts mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun hatte und wenn, dann nur als überrumpeltes Opfer einer »Naturkatastrophe der Geschichte«.

Die FPÖ ist als Regierungspartei in die offiziellen Feierlichkeiten eingebunden. Innerhalb der Partei und ihrer befreundeten Verbände gibt es aber natürlich Diskussionen um Möglichkeiten zur Geschichterevision in Jubiläumsjahr. Andreas Mölzer, Europa-Abgeordneter der FPÖ, ehemaliger Chefideologe seiner Partei und Herausgeber der »rechtsintellektuellen« Zur Zeit, macht sich Sorgen über die Lüge der österreichischen Identität und das Verschwinden des deutschen kulturellen Erbes durch Überfremdung. Der Obmann des Kärntner Heimatdiensts will Sühne für die »Verbrechen der Alliierten und die Vertreibungen nach Kriegsende«. Dementsprechend forderte Mölzer im Februar 2005 eine von »allen Nationen getragene« Gedenkveranstaltung für die »Opfer des alliierten Bombenterrors«, die in Dresden stattfinden solle. Einige Tage zuvor hatte er sich von einer anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz verabschiedeten Resolution des Europäischen Parlamentes zu Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit distanziert. Mölzer begründete seine Haltung mit dem Hinweis, dass die Republik Österreich »keine Verantwortung« für den Holocaust trage.[3] Auch der Historiker und FPÖ-Vordenker Lothar Höbelt tritt gegen ‚Siegergeschichte' und ‚rote Missinterpretationen' an. Er will auf die Opfer der Großväter aufmerksam machen. So sei »die Zahl der Österreicher, die 1945 in Gefangenschaft wanderten, [...] zweifelsohne größer« gewesen, als die der Befreiten und Großmütter, die »zu hunderttausenden« von Alliierten vergewaltigt worden seien. Zudem vertritt Höbelt die Auffassung, dass die wahre Freiheit Österreichs erst 1957, als die ehemaligen NSDAP-Mitglieder wieder wählen durften, hergestellt wurde.[4]

Die etablierten Oppositionsparteien nehmen selbst teil, um wenigstens kleine kritische Elemente einzubringen. Die SPÖ integriert sich in den Jubiläumsreigen und unternimmt lediglich Versuche der Zurechtrückung aber kaum der lauten Kritik – z.B. forderte sie im Zuge der Flutkatastrophe in Asien, dass ein Viertel der Gelder für die Jubiläumsfeierlichkeiten gespendet werden sollen. Die Grünen fordern anlässlich des Jubiläumsjahres eine Generalamnestie für alle nach dem Homosexuellenparagraphen verurteilten.

Echter Widerstand beginnt sich zaghaft aber doch auf der Linken zu formieren: Unter www.oesterreich-2005.at hat sich bereits eine Plattform als »Vorsorge-Paket gegen ein Jahr Heimat-Feiern« gegründet. Wie sich der Rest der antifaschistischen Linken und eventuell Teile von KP, SP und Grüner Jugend verhalten werden, ist erst nach Jahreswechsel abzusehen. Noch gibt es trotz düsterer Feierschwülstigkeit Hoffnung. ■

Manu Tesak ist Zeithistorikerin und lebt in Wien

3| Vgl. Der Standard vom 11.2.2005.
4| Lothar Höbelt, Von der »Befreiung« zur Freiheit. In: Zur Zeit 7.-13. Jänner 2005, S. 18



Das Wiener Holocaust-Mahnmal

Interview mit
Gerhard Milchram
(Jüdisches Museum der Stadt Wien)

AIB: Im Oktober 2000 wurde in Wien das von der britischen Bildhauerin Rachel Whiteread entworfene Holocaust-Mahnmal eingeweiht, das an die mehr als 65.000 österreichischen Jüdinnen und Juden erinnern soll, die in den Jahren zwischen 1938 und 1945 ermordet wurden. Das Mahnmal auf dem Judenplatz ist Bestandteil eines Gesamtkomplexes zu dem ein kleines Museum und ein unterirdischer Schauraum gehören. Kannst du noch einmal die Entstehungsgeschichte des Wiener Holocaust-Mahnmals skizzieren?

Milchram: 1994 trat Simon Wiesenthal an den Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) mit der Idee heran ein eigenes Mahnmal für die österreichisch-jüdischen Opfer der Schoa am Judenplatz in Wien zu errichten. Diese Idee wurde spontan von Michael Häupl aufgegriffen, und ein internationaler Wettbewerb zur Gestaltung des Mahnmales ausgeschrieben. Da zu diesem Zeitpunkt klar war, dass das Mahnmal über den Resten der mittelalterlichen Synagoge errichtet werden würde, begannen 1995 archäologische Ausgrabungen. Im Jänner 1996 konnten dann die Entwürfe eines Wettbewerbes für das Mahnmal präsentiert werden. wobei Die Jury entschied sich für den Entwurf der britischen Künstlerin Rachel Whiteread. Nach den Gemeinderatswahlen von 1996 erließ der neu eingesetzte Kulturstadtrat Peter Marboe (ÖVP) einen Baustopp, um die Wogen der mittlerweile einsetzenden Diskussion zu glätten, und kündigte eine Überprüfung des Gesamtprojektes an. Schließlich konnte bis März 1998 ein Kompromiss gefunden werden, der sowohl die Errichtung des Mahnmales, als auch die Einrichtung eines Museums zum mittelalterlichen Judentum sowie einen darin enthaltenen Bereich vorsah, wo die Namen aller 65.000 österreichisch-jüdischen Opfer der Schoa abgerufen werden

können. Am 26. Oktober 2000 konnte schließlich das Gesamtensemble – Mahnmal mit neu gestalteten Platz sowie das Museum Judenplatz, als eine Außenstelle des Jüdischen Museum Wien eingeweiht werden.

Gab es Widerstände gegen den Bau des Mahnmals? Waren in diesem Zusammenhang antisemitische Argumentationsmuster festzustellen?

Zum Zeitpunkt der Entscheidung des Wiener Bürgermeisters zur Errichtung des Mahnmales gab es so gut wie keine Diskussion. Erst ab dem Zeitpunkt als das Siegerprojekt des Wettbewerbes bekannt gegeben wurde setzte eine massive Auseinandersetzung ein. Es ging darum, ob der Judenplatz der richtige Ort sei, der Entwurf von Rachel Whiteread dem Thema angemessen und ob die Überreste der mittelalterlichen Synagoge nicht selbst Mahnmal seien. Diese Argumente wurden quer durch alle Parteien und Gruppierungen vorgebracht. All dies machte es jenen leicht, die aus anderen Gründen gegen das Mahnmal waren. So unterstützte zum Beispiel die FPÖ eine Bürgerinitiative von Anrainern gegen den Bau des Mahnmales und die FPÖ Abgeordnete Heidmarie Unterreiner übte Kritik an einer angeblich geplanten Zuschüttung der Ausgrabung.

Auffallend ist, dass trotz aller Widerstände zwischen dem Architekturwettbewerb 1996, der Grundsteinlegung im Herbst 1998 und der Enthüllung des Wiener Holocaust-Mahnmals am 25.10.2000 »nur« fünf Jahre lagen. In Deutschland hingegen wurde über das Berliner Holocaust-Mahnmal knapp 10 Jahre diskutiert. Ist Österreich durch eine vergleichsweise offenere Gedenkkultur geprägt?

Österreich ist sicherlich nicht von einer offeneren Gedenkkultur geprägt – eher im Gegenteil. Die relativ unproblematische Umsetzung des Wiener Schoa Mahnmales verdankt sich der glücklichen Konstellation, dass auf politischer Seite sowohl Bürgermeister Häupl als auch der damalige Kulturstadtrat Peter Marboe (ÖVP) immer voll und ganz hinter diesem Projekt standen. Hier war Wien tatsächlich anders. Ob dasselbe Projekt in einem gesamtösterreichischen Kontext so klaglos umzusetzen gewesen wäre sei dahingestellt.

Das Mahnmal besteht aus einem weißen Kubus, dessen Außenmauern in Beton gegossene Bücher darstellen, deren Rücken nach innen gekehrt sind. Kannst Du etwas zur Symbolik des Mahnmals und dessen Bedeutungsebenen sagen?

Rachel Whiteread verweigert selbst eine Interpretation ihrer Arbeit. Es bleibt also jedem Betrachter offen, selbst Sinn in ihre Arbeit zu interpretieren. Ich denke, dass dieses Mahnmal in Zusammenhang mit den Überresten der mittelalterlichen Synagoge gelesen werden kann. Im 13. Jahrhundert werden im aschkenasischen Judentum Memorbücher als literarische Form des Totengedenkens greifbar, welche in den folgenden Jahrhunderten zu den wichtigsten Quellen der Erinnerung zählen. Diese Bücher stellen unter anderem auch papierene Friedhöfe dar. Gibt es doch auch eine Legende, dass am Ende der Zeiten der Engel Gottes durch die Friedhöfe geht, um die Namen der verstorbenen von den Grabsteinen abzulesen und sie so zur Auferstehung zu rufen. Überträgt man diesen Gedanken auf das Mahnmal mit der nach außen gestülpten Bibliothek, so haben wir es durch die ungeheure Anzahl der Getöteten eben nicht mit einem Memorbuch, sondern einer ganzen Bibliothek von Memorbüchern zu tun. Durch die Ungeheuerlichkeit des Vernichtungswahnes nicht zugänglich, nicht lesbar, am Platz stehend als stummes Zeugnis für die Ermordeten. Hoffnung gibt nur die ins Museum verlegte Möglichkeit, die Namen doch noch zu erfahren, und auf diese Weise wieder in die Erinnerung und zurückzuholen.

Das Holocaust-Mahnmal zusammen mit dem Museum und den unterirdischen Schau- bzw. Gedenkräumen verknüpft zwei Intentionen: Einerseits soll hier ein »Ort der Besinnung« geschaffen werden. Andererseits offeriert die Ausstellung leicht konsumierbare, mit modernster IT-Technik aufbereitete Informationen über die Geschichte der Juden in Wien. Funktioniert diese angestrebte Symbiose aus Gedächtnisort und Infotainment?

Grundsätzlich muss gesagt werden, dass es kein Museum leisten kann eine komplette oder universelle Geschichte eines Themas darbieten zu können. Dies sind Konzepte die in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts versucht wurden und schon damals an ihren eigenen Ansprüchen scheiterten. Museale Arbeit kann nur den Besucher dazu anregen Fragen zu stellen und dazu animieren sich mit einem Thema weiter zu beschäftigen. Ein Museum sollte ein Ort sein an dem mehr Fragen gestellt, als Antworten gegeben werden. Der erhobene Zeigefinger ist ein Relikt bürgerlich-konservativer Erziehungsmuster des 19. Jahrhunderts.

Vier Jahre Museum Judenplatz haben gezeigt, dass das Konzept in vielen Teilen funktioniert. Zum einen funktioniert hier der Erinnerungsort, als Ort an den Menschen zum Zwecke des Erinnerns kommen, zum anderen bietet der Raum viel Platz für Interpretationen entweder für den individuellen Besucher oder aber auch für die hauseigenen Guides die hier den Gruppen verschiedene Themen näher bringen können. Mittlerweile wird dieser Raum auch von einer religiösen Gruppierung zu Chanukka genutzt um dort das Chanukka-Licht zu entzünden. Anders verhält es sich mit der computeranimierten 3D Rekonstruktion von Synagoge und mittelalterlichen jüdischen Viertel. Diese

→

➔ entspricht den modernsten Methoden der Archäologie, gibt aber ein sehr konkretes Bild von imaginierten Orten (wenn auch wissenschaftlich gut fundierten Imaginationen) vor, dass keinen Spielraum mehr für Interpretationen offen lässt. Wiederum anders verhält es sich mit den Themen bezogenen Computerstationen, welche verschiedene Aspekte mittelalterlicher jüdischer Existenz abdecken und verschiedene Themen allgemein verständlich darbieten.

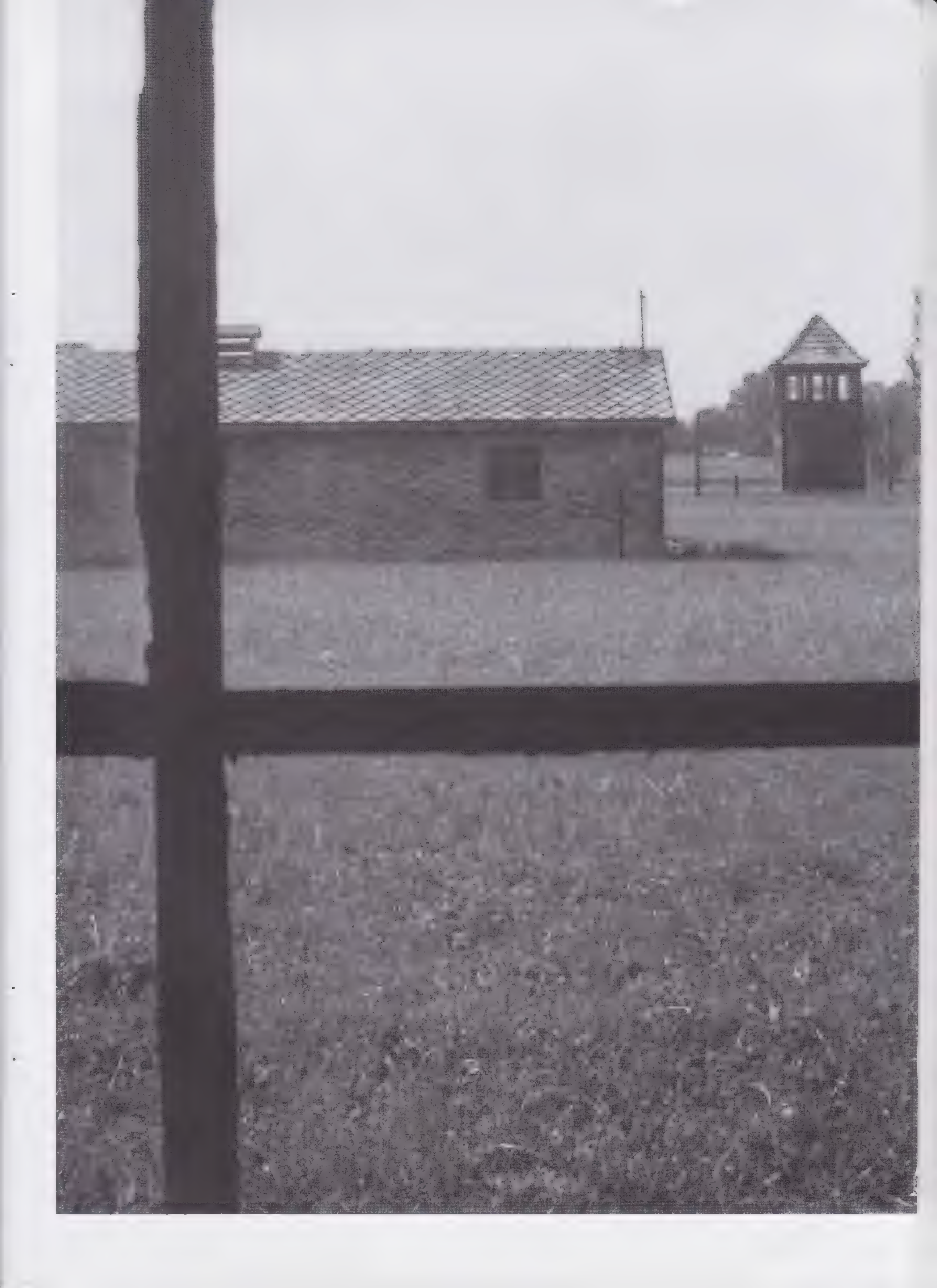
Auf der zweiten themenrelevanten Ebene, nämlich jener, die sich mit der Vernichtung der österreichischen Juden durch das Nationalsozialistische Regime beschäftigt, verhält es sich ähnlich. Einerseits der Gedächtnisort vor den Toren des Museum, nämlich das Mahnmal von Rachel Whiteread, andererseits die computergestützte Abfragemöglichkeit der Namen der 65.000 österreichisch-jüdischen Opfer, somit ein Memorbuch in elektronischer Form plus der Möglichkeit zu tief greifender Information zu den Hintergründen des Genozids in Österreich und an den jüdischen Österreichern, erarbeitet von den Experten des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands.

Welche Rolle spielt die Erinnerung an den Holocaust in der politischen Kultur Österreichs heute? Dominiert im kulturellen Gedächtnis Österreichs immer noch der Mythos »erstes Opfer« nationalsozialistischer Expansionspolitik gewesen zu sein?

Durch die Diskussion über die Kriegsvergangenheit von Kurt Waldheim wurde in den 80er Jahren der Mythos von Österreich als erstem Opfer des Nationalsozialismus aufgebrochen. In der Folge wurde tatsächlich sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet die durchaus auch zu einer Bewusstseinsänderung führte. Siehe dazu die Erklärung des damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) in Yad VaShem, der erstmals offiziell eine Mitschuld von Österreichern am Nationalsozialismus bekannte. Daraus wurden schlussendlich Konsequenzen gezogen und zum Beispiel das Dokumentationsarchiv beauftragt die Namen sämtlicher österreichisch-jüdischer Opfer der Schoa zu erfassen. Auch in der Frage der Vermögensentschädigungen kam es langsam aber doch dazu gemeinsam mit den Opfern eine Lösung zu finden. Einiges wurde dann schlussendlich von der ÖVP/FPÖ Koalition zu Ende geführt. Zum Beispiel die Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter oder auch einige Restitutionen von Raubkunst aus Bundesmuseen. Soweit kann man in den letzten zwanzig Jahren durchaus auf positive Entwicklungen zurückblicken. Andererseits muss man seit Beginn der Koalition von ÖVP/FPÖ festhalten, dass von offizieller Seite wieder Rückschritte in Denkmuster gemacht werden, die man eigentlich für aufgebrochen hielt. So behauptete der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in einem Interview mit der Jerusalem Post vom 9. November 2000, dass »der österreichische Staat das erste Opfer des Nazi-Regimes« und die Österreicher erste Opfer waren. Diese Haltung wurde in einem weiteren Interview von der damaligen Außenministerin Frau Ferrero-Waldner verteidigt. Hier zeigt sich deutlich, dass die Bundesregierung versucht alte Akzente in der Selbstdarstellung des Landes zu setzen, was für die Erinnerungskultur des Landes nichts Gutes verheißt.

Vielen Dank für das Gespräch ■

Gerhard Milchram ist Historiker und wissenschaftlicher Kurator im Jüdischen Museum der Stadt Wien



Die wissenschaftliche und belletristische Literatur zum Thema Nationalsozialismus und Erinnerungskultur erreichte vergangenen rund 20 Jahren eine bis dahin nicht gekannte Menge. Exzellente Gesamtdarstellungen und Einzelstudien finden sich ebenso, wie unbrauchbare oder gar revisionistische Publikationen. Nachfolgend empfiehlt die Redaktion ausgewählte Bücher, die sich im vergangenheitspolitischen Diskurs der letzten Jahre als »Klassiker« erwiesen, auf welche viele heutige Darstellungen des Themenkontextes Bezug nehmen. Die Lektüre mancher der genannten Bücher trägt mehr zum Verständnis des Themas bei, als es viele jüngere Publikationen vermögen.



Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem: ein Bericht von der Banalität des Bösen, Piper, München 1986, 11,90 EUR

Der in den Jahren 1961/62 in Jerusalem stattfindende Prozess gegen Adolf Eichmann war nach den Nürnberger Kriegsverbrecher Tribunalen Ende der 40er Jahre, der öffentlich meist beachtete gegen einen NS-Kriegsverbrecher. Dieser Prozess war Strafgericht und geschichtspolitisches Lehrstück in einem. Der junge Staat Israel bewies der Welt und seinen Staatsbürger/innen die Fähigkeit, NS Verbrecher zu fassen, vor Gericht zu stellen und in einem rechtsstaatlichen Verfahren abzuurteilen.

Eichmann war im RSHA für die organisatorische Umsetzung der »Endlösung« zuständig, wirkte an der Radikalisierung ihres Fortgangs mit und war an führender Stellung der ungarischen Juden im Jahre 1944 verantwortlich. An den Verhandlungen nahm auch die deutsch-jüdische Philosophin Hannah Arendt teil, die die Shoah im amerikanischen Exil überlebt hatte. Ihr Buch löste eine hitzige Kontroverse über die Frage der Darstellung von NS-Verbrechen und ihren Tätern aus. Denn Arendt stellt Adolf Eichmann nicht als das erwartete Monster dar, welches aus niederen Beweggründen ein unglaubliches Verbrechen in Gang setzt. Vielmehr zeichnet sie Eichmann als einen deutschen Beamten, der mit einer motivrationalen Mischung aus Gehorsamspflicht, ideologischer Überzeugung und Eigeninitiative die Vernichtung der Juden Europas wie einen Verwaltungsvorgang abarbeitet. Im Laufe des Prozesses bemüht sich Eichmann denn auch eilfertig, die Staatsanwaltschaft zu überzeugen, sein Handeln sei von verwaltungsorganisatorischen Sachzwängen bestimmt gewesen. Arendt deutet die Figur Eichmann als »Banalität des Bösen«, was ihr u.a. von Gershom Sholem den Vorwurf einbrachte, sie werde der Monstrosität der Shoah nicht gerecht. ■



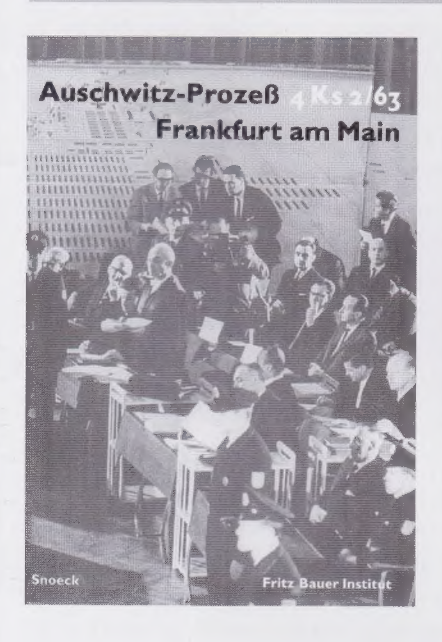
Imre Kertész, Roman eines Schicksallosen, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1996, 8,90 EUR

Kann ein Konzentrationslager langweilig sein? Gibt es ein ‚Glück der Konzentrationslager'? Unter bestimmten Umständen schon, meint der Träger des Literatur Nobelpreises 2002 Imre Kertész – und weil schon diese beiden Fragen im Zusammenhang von Holocaust-Literatur lange Zeit nahezu undenkbar waren, hat Kertész' Roman erst einmal jahrelang keinen Verleger gefunden.
1960-1973 entstanden, brauchte der Roman eines Schicksalslosen auch nach seinem ersten Erscheinen erst einmal gute 20 Jahre, bis er als das erkannt und rezipiert wurde, was seine Bedeutung im Kontext der Holocaust-Literatur ausmacht: eine bis dahin nicht akzeptierte Erweiterung der Möglichkeiten über den Holocaust zu sprechen und zu schreiben. Aus der Sicht eines heranwachsenden Jungen erzählt der autobiographische Roman die Welt der Lager und der universalen Tötungsmaschine, als sei beides das Natürlichste der Welt. Das Grauen beginnt aus der Nähe betrachtet zu menscheln und lakonisch nimmt der Junge aus der Perspektive des manchmal fast unbeteiligten Beobachters Überleben und Sterben zur Kenntnis. Kein Pathos sondern Alltag bis hin zur Banalität bildet das Fundament dieses Entwicklungsromans unter falschen Vorzeichen. Und der Leser – er möchte manchmal ebenso wie der ältere Herr, den der Protagonist des Romas am Ende trifft, den Kopf schütteln und sich irritiert umschauen, dass einem das unvorstellbare Grauen so selbstverständlich und natürlich erscheinen kann. Doch es kann eben sein und Kertész zeigt es auf: [E]s gibt keine Absurdität, die man nicht ganz natürlich leben würde [...]. In Kertész Roman findet sich eine an Franz Kafka oder Albert Drach erinnernde emotionale und sprachliche Nüchternheit, ja fast Kälte, derer man sich als Leser nicht entziehen kann und die einen frieren macht. Diese Form der Darstellung ist aus dem Holocaust-Diskurs nicht mehr wegzudenken, denn es ist im Kontext dieser Literatur eine wichtige, Konventionen aufbrechende Variante, die einseitige Vereinnahmung verhindert und zwischen den Zeilen auf unnachahmliche Weise das Unsagbare rettet. ■

Katalog: Fritz Bauer Institut (Hg.): Auschwitz-Prozeß 4Ks2/63 Frankfurt am Main. Köln 2004, 49,80 EUR

DVD: Fritz Bauer Institut und Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau (Hg): Der Auschwitz-Prozeß. Protokolle und Dokumente. Berlin: Directmedia Verlag 2004, Die digitale Bibliothek 101, 45,- EUR

Begleitheft: Monica Kingreen: Der Auschwitz-Prozeß. Geschichte, Bedeutung und Wirkung. Frankfurt a.M. 2004, Pädagogische Materialien Nr. 8 (mit CD) 112 S., 15,- EUR, ISBN 3-932883-21-7



Fast 20 Jahre nach Kriegsende wurde erstmals die Frage der Verantwortung für die Massenvernichtung in Auschwitz-Birkenau in einem großangelegten Prozess in die Wohnzimmer eines bis dahin vornehmlich mit dem Wiederaufbau und der Westeingliederung beschäftigten Publikums gebracht. Am 19.12.1963 begann in Frankfurt der sog. »Auschwitzprozess«. Dieser Prozess, in dem zunächst 22 (später 20) Täter des KZ und Vernichtungslagers Auschwitz angeklagt waren, dauerte zwei Jahre. Es war nicht nur der bis dahin längste, sondern auch der meist beachtetste Prozess vor einem deutschen Gericht. Wiederum 40 Jahre später, im Jahr 2003, eröffnete in Frankfurt am historischen Ort das Fritz Bauer Institut eine Ausstellung, die die Geschichte des Prozesses zum einen dokumentieren, zugleich sich aber auch künstlerisch mit der Thematik auseinandersetzen wollte.

In der Ausstellung selbst, die Ende 2004 auch in Berlin zu sehen war, überwiegt jedoch leider der künstlerische Aspekt gegenüber dem dokumentarischen Interesse. Exemplarisch wird das Prozessgeschehen schwerpunktmässig an sechs Angeklagten veranschaulicht. Größtes Manko der Ausstellung ist sicherlich, daß die Zeugen als eigenständige Gruppe allzu farblos bleiben, sie kommen lediglich im Zusammenhang mit den Angeklagtenportraits zu Wort, darüber hinaus blicken sie einen stumm von Fotos an der Wand an.

Diesen – und weitere, z.B. den dokumentarischen – Mangel auszugleichen bemühen sich drei Begleitpublikationen. Zum einen ist da der Katalog – mit seinen knapp 900 Seiten und einem Preis von 50 Euro kaum der naheliegendste Kauf –, der sowohl die Kunstwerke der Ausstellung dokumentiert und erläutert, als auch eine Einführung in wesentliche Aspekte der juristischen Aufarbeitung allgemein und des Ausschwitzprozesses im besonderen gibt. Übersichtlich gestaltet ist er eine durchaus weiterführende Lektüre. Wirklich hervorzuheben sind aber die pädagogischen Begleitmaterialien zur Ausstellung. Sie füllen besonders gut die Lücke, die die Ausstellung zur Frage der Zeugenproblematik läßt – wer waren die Zeugen, wo kamen sie her, wie wurden sie betreut und wie erging es ihnen vor Gericht? Abgerundet werden die Materialien mit einer Hör-CD, die Mitschnitte von 21 Zeugenaussagen enthält.

Ingesamt schwach, weil einseitig, bleibt in der Ausstellung wie auch in den Materialien die Frage der Wirkung und Rezeption des Prozesses. Der Schwerpunkt liegt hier nahezu ausschließlich auf der künstlerischen und intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Thema. So kommt die Frage der öffentlichen Meinung und Stimmung allenfalls indirekt zur Sprache. Dabei wäre es sicher spannend, z.B. die Wirkung des Prozesses auf die später als »68er« etikettierte bundesrepublikanische Linke der frühen 60er Jahre zu beleuchten oder auch die Ergebnisse von zeitgenössischen Meinungsumfragen zu betrachten.

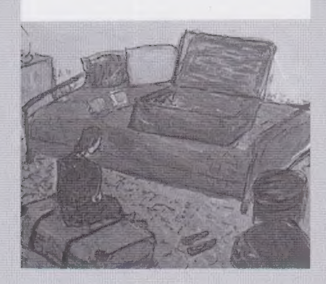
Betrachtet man aber die Ausstellung nicht isoliert, sondern gemeinsam mit Katalog, pädagogischem Begleitheft und der noch zu erwähnenden DVD, die den gesamten 430-stündigen Tonbandmitschnitt der Verhandlung sowie ausgewählte Dokumente des Prozeßgeschehens enthält, so ergibt sich ein Gesamtbild, das die immense Bedeutung dieses Prozesses in seinen verschiedenen Facetten deutlich werden läßt und gerade auch durch die DVD zum eigenständigen Weiterlesen/hören/denken einlädt. ■

Weitere Infos unter www.fritz-bauer-institut.de

Ruth Klüger: weiter leben: eine Jugend, dtv, München 1994, 8,- EUR

ERIK PLUMMER | Ruth Klügers 1992 erschienenes Buch »weiter leben: eine Jugend« ist nicht nur ein Erlebnisbericht über das (Weiter-) Leben im Konzentrationslager, sondern ein Bericht über ein Frauenleben im umfassenderen Sinne.

Ihr Buch teilt sich in vier Teile: Kindheit im »bis ins Mark hinein judenkinderfeindliche« Wien, die Zeit ab 1942 im ‚Ghetto' Theresienstadt, im ‚Vernichtungslager' Auschwitz-Birkenau und im ‚Arbeitslager' Christianstadt (Außenlager von Groß-Rosen), Flucht und Leben im Bayern der Nachkriegszeit sowie das Leben in den USA ab 1947. Im Epilog beschreibt Ruth Klüger einen fast tödlichen Fahrradunfall in Göttingen, der ausschlaggebend für das Verfassen ihres »deutschen Buchs« wird.

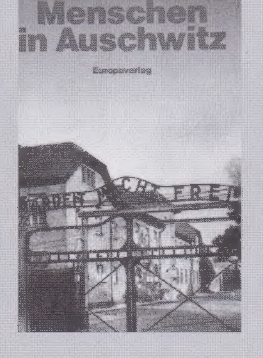


Der Fluchtpunkt des Buchs ist die Erfahrung des Überlebens im KZ, ohne dessen Grauen detailliert zu schildern. Die Perspektive der 1931 geborenen Klüger ist dabei eine doppelte: Nach vorn die eines heranwachsenden Mädchens und im Rückblick die einer fast 60jährigen Literaturwissenschaftlerin. Intensiv schildert sie existenzielle Ausgrenzung und Identitätsfindung als Jüdin und als Frau. Literatur und insbesondere Lyrik spielen dabei eine entscheidende Rolle. Zu ihrem Leben in Auschwitz sagt sie: »Ich hab den Verstand nicht verloren, ich hab Reime gemacht«. Damit wendet sie sich gegen das Diktum Adornos, dass nach Auschwitz Gedichte zu schreiben, barbarisch sei. ■

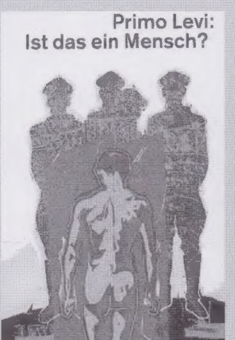
Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Europa Verlag, Wien 1995

Lange bevor wichtige Standartwerke zur Funktionsweise der Vernichtungslager in deutscher Sprache erschienen, hatte Hermann Langbein sein Buch »Menschen in Auschwitz« veröffentlicht. Langbein, ein österreichischer Kommunist und Spanienkämpfer, arbeitete als Häftling in der Registratur des Lagers und gehörte der Widerstandsgruppe an. Hier hatte er wesentlichen Anteil an der Organisation des Überlebens von Menschen im Lager. Nach der Befreiung war er Generalsekretär des Internationalen Auschwitz Komitees. Als Zeuge trat er u.a. im Frankfurter Auschwitz Prozess auf.

Sein 1972 erstmals erschienenes Buch wendet sich in nüchtern deskriptiven Stil der Funktionsweise und Organisation des Lagerkomplexes Auschwitz zu. Unterteilt ist das Buch in grob zwei Kapitel, das über die Gefangenen von Auschwitz und eines über die Bewacher des Lagers. Langbein geht auf den Häftlingsalltag ebenso ein, wie auf spezifische Fragen der Lager-Soziologie und ihrer Hierarchien. So beleuchtet er die Rolle der »Lagerprominenten« ebenso wie den hoffnungslosen Zustand des »Muselmanns«, der aufgrund der erlittenen Qualen jeden Lebenswillen verlor. Präzise analysiert Langbein die Funktionsweise des Vernichtungslagers Auschwitz und dessen Rolle innerhalb des Systems der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager. Diesem furiosen Buch verdankt die Welt jenseits der Lager viele Details und Grundkenntnisse über Auschwitz als Inbegriff des Grauens der Vernichtung der europäischen Juden. ■



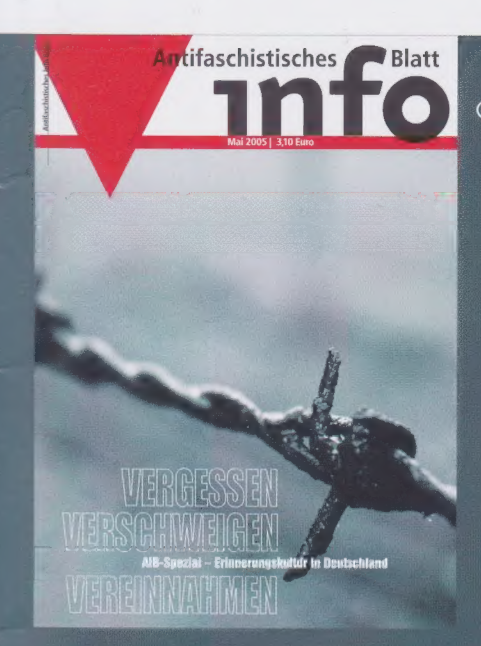
Primo Levi: Ist das ein Mensch? Ein autobiographischer Bericht, dtv, München ´92, 8,- EUR



Als Primo Levis schmaler Band in den fünfziger Jahren in einem unbekannten italienischen Verlag erschien, fand es kaum Beachtung. In diesem Buch hatte der junge Turiner Chemiker Primo Levi seine Erlebnisse im Vernichtungslager Auschwitz festgehalten. Erst rund dreißig Jahre nach seinem Erscheinen, erlangte Levis Buch Weltruhm. Levi beschrieb darin mit einer wissenschaftlich zu nennenden und zugleich emphatischen Sprache seinen Leidensweg vom italienischen Durchgangslager Carpi Fossoli nach Auschwitz. Zuvor hatte sich der frisch examinierte Wissenschaftler den italienischen Partisanen angeschlossen. Nach der Befreiung kehrte Levi nach Turin zurück, arbeitete wieder als Chemiker und freier Schriftsteller. Seine nachfolgenden Bücher »Das Periodische System« und »Die Untergegangenen und die Geretteten« kreisen um die Frage, wie die Überlebenden ihr Dasein nach der Befreiung und im Angesicht des erlittenen Traumata, gestalten können. Primo Levi zerbrach seelisch an dieser Frage und nahm sich 1987 in seinem Turiner Haus das Leben. Zehntausende Bürger folgten bei der Beerdigung seinem Sarg. Levis erstes Buch gilt heute neben Elie Wiesels »Die Nacht« und Jean Amerys »Jenseits von Schuld und Sühne« als DAS literarische Werk, welches es vermag das Leiden in den Lagern zur Sprache zu bringen. Das Werk des Italieners kann als Kontrapunkt zu T.W. Adornos Diktum, nach Auschwitz könne es keine Literatur mehr geben, gelesen werden. ■

Abonniert

das antifaschistische info blatt



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
17. Jahrgang
Nummer 67 | Mai. 2005

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 66

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A	14 | 17 | 18 | 23 bis 26	7,70 Euro
Info-Paket B	27 bis 33	11,30 Euro
Info-Paket C	34 bis 40	11,30 Euro
Alle Info-Pakete		25,60 Euro

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

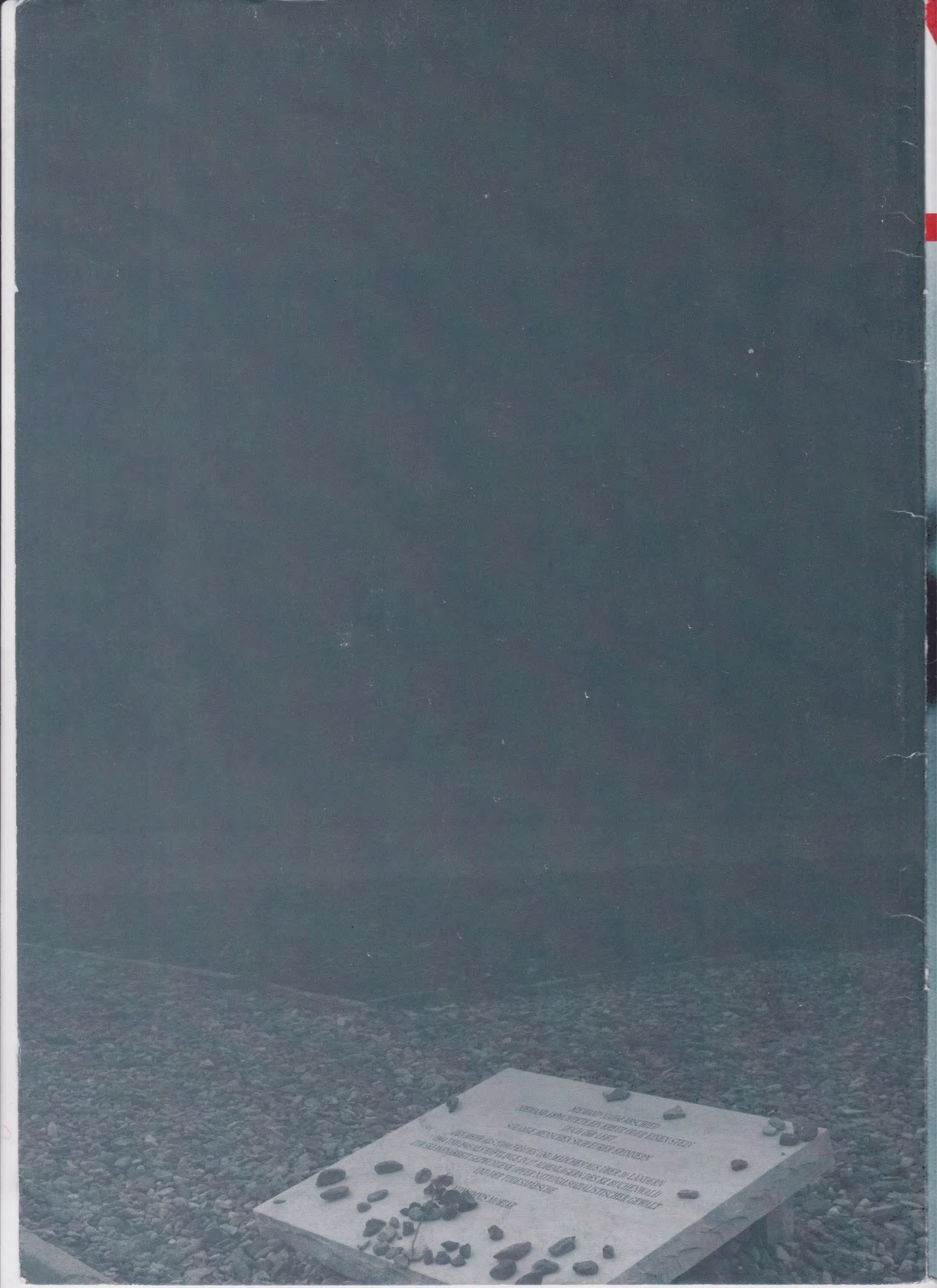
Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


NIEMAND NAHM ABSCHIED
DOCH IHR LEBT
SOLANGE MENSCHEN SICH EURER ERINNERN
UND DER TODESMÄRSCHE